

1/2017

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



## We are the Champions

**Exportweltmeister Deutschland: Erfolgsmodell  
oder Problem für den Rest der Welt?**

Seite 4

**Gütesiegel  
'Made in Germany'**

Seite 8

**Der Euro  
spielt für Deutschland**

Seite 14

**Deutschland – Willkommen  
in der Steueroase**

Seite 20

**Industrie 4.0 –  
Rohstoffimporte für den  
Exportweltmeister**

## SCHWERPUNKT

### Exportweltmeister Deutschland

Kartenhaus oder Erfolgsmodell?

Jürgen Maier

### Die wirtschaftliche Bedeutung des Exports für Deutschland

Leistungsbilanzüberschüsse durch Stärkung der Binnennachfrage abbauen

Bernd Westphal

### Immer auf die Kleinen!

Warum kleine und mittlere Unternehmen vom Exportrekord kaum profitieren

Dr. Katharina Reuter

### Wettbewerbsstark von außen

Der deutsche Exportüberschuss und der Euro

Thanos Skouras

### Die Internationalisierung des deutschen Dienstleistungssektors

Das Problem des Importdefizits Deutschlands

Martin Beckmann

### Übermäßige Überschüsse Deutschlands

Eine Bedrohung für die Eurozone

Dominique Plihon

### Steuerparadies Deutschland und ihre Wirkung auf den globalen Süden

Wie Deutschland im internationalen Geldwäsche- und Steuerfluchtgeschäft mitmischte

Markus Meinzer

### Steuersenkung als Exportförderung

Deutsche Unternehmen als Profiteure des Steuerwettbewerbs

Markus Henn und Lisa Metzinger

### Exportieren um jeden Preis?

Wie aus der Fixierung auf Agrarexporte sehr viel Handel mit vielen Nebenwirkungen wurde

Jutta Sundermann

### Exportweltmeister 4.0 – Industrie 4.0

Revolution im Norden, Kontinuität der Ausbeutung im Süden

Michael Reckardt

### Schwerpunktpublikationen

## AKTUELL

### 2 Neue Wege aus der Globalisierungskrise 23

Ein kritischer Blick auf die deutsche G20-Präsidentschaft 2017

Dr. Klaus Schilder

### 4 Konzernklagerechte reloaded 25

Die EU plant einen internationalen Gerichtshof für Konzerne

Alessa Hartmann

### Mit Bayer-Monsanto die neue Grüne Revolution exportieren? 27

Die Fusion von Bayer und Monsanto im deutschen und globalen Kontext

Stig Tanzmann

### 8 Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern stärken 29

Internationaler Kongress gegen die Diskriminierung von bäuerlichen ErzeugerInnen weltweit

Lena Michelsen

## 10 THEMEN UND AGS

### Wer soll das alles bezahlen? 31

Nachhaltige Entwicklung und Steuervermeidung

Marie-Luise Abshagen

### Zwischenstopp Cancún 33

Die CBD-Vertragsstaatenkonferenz zieht eine ernüchternde Zwischenbilanz, stellt aber einige wichtige Weichen

Friedrich Wulf

### Der Protest geht weiter 35

EU-Parlament stimmt trotz anhaltender Kritik für das umstrittene Freihandelsabkommen CETA

Jasmin Miah und Nelly Grotefendt

### Klimaschutz durch Aufforstungen? 37

Die vertrackte Sache mit dem Kohlendioxid

László Maráz

### Agenda Setting im postfaktischen Zeitalter 39

NGOs als Treiber oder Getriebene?

Marijana Todorovic

### Publikationen 41



### Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Juni 2017.

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 93, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Marijana Todorovic und Nelly Grotefendt **MITARBEIT:** Josephine Koch, Jasmin Miah und Annika Villmow **KORREKTORAT:** Julia Rintz **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** iidea studio/Shutterstock.com



© André Groth

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Made in Germany“ ist weltweit auf Erfolgskurs. Wie es aussieht, ist Deutschland nicht nur im Fußball Spitze, sondern mittlerweile auch Weltmeister im Export. Unsere wirtschaftliche Stärke ist in aller Munde. Doch mehr und mehr mischen sich darunter auch kritische Stimmen.

Auch wenn diese in Wirtschaft und Politik immer lauter werden – heimlich sind wir doch irgendwie stolz auf unsere wirtschaftliche „Vorherrschaft“. Doch wie nachhaltig ist sie? In dieser Ausgabe des Rundbriefs werfen wir einen Blick auf die verschiedenen Gesichter der deutschen Exportweltmeisterschaft.

Warum wir für eine nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit die Grundlagen unserer aktuellen Wirtschaftspolitik hinterfragen müssen, wird im ersten Artikel erklärt. Dass das allerdings trotzdem nicht bedeuten darf, dass Deutschlands Exportüberschüsse geschwächt werden sollten, dafür plädiert der Autor des zweiten Artikels (S. 4).

Des Weiteren werden Sie in dieser Ausgabe erfahren, weshalb kleine und mittlere Unternehmen kaum vom Exportrekord profitieren (S. 6), auf welche Weise die Internationalisierung im Dienstleistungssektor zum Importdefizit beiträgt (S. 10) und inwiefern die Währungsunion die deutschen Wettbewerbsvorteile im Euroraum zusätzlich verstärkte (S. 8 & 12).

Auch beim Thema Steuern nimmt Deutschland eine kontroverse Rolle ein. Ob Deutschland eine Steueroase ist und wie es im internationalen Geldwäsche- und Steuerfluchtgeschäft mit, erfahren wir auf Seite 14. Im darauffolgenden Artikel wird ergänzend aufgezeigt, wie deutsche Unternehmen sich von Steuervergünstigungen locken lassen oder diese sogar als Voraussetzung z. B. für die Eröffnung einer Niederlassung einfordern (S. 16).

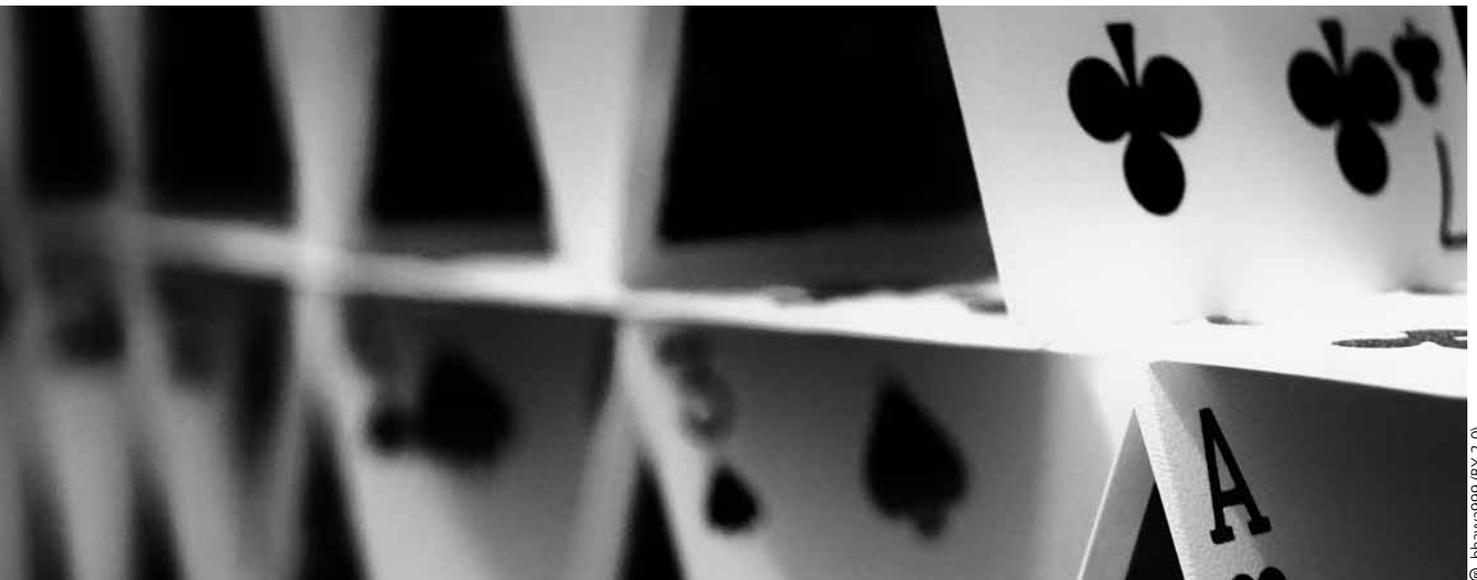
Als besonders fragwürdig entpuppt sich die Exportorientierung im Landwirtschaftssektor – Deutschland ist auch Weltmeister im Export von Schweinefleisch. Man fragt sich, weshalb ein Land in einem Sektor vorne mitspielen will, der sich – insbesondere beim Schweinefleisch – mehr durch menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und Preisdumping charakterisieren lässt, als durch die für Deutschland normalerweise geschätzte Qualität im Industriegewerbe oder Ingenieurwesen (S. 18).

Auch im Hinblick auf Rohstoffe – Stichpunkt Industrie 4.0 – stehen wir vor neuen Herausforderungen. Durch die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft benötigt Deutschland für den Export eigener Produkte „Made in Germany“ in zunehmendem Maße Seltene Erden und andere Rohstoffe. Die ökologischen und sozialen Folgekosten tragen dabei andere anderswo (S. 20).

Deutschlands Exportüberschüsse sind Thema in der Europäischen Union, beim G20-Prozess, bei den Wahlen in Frankreich – aber nicht in der deutschen Öffentlichkeit. Verdrängen lässt sich das Thema trotzdem nicht, deshalb haben wir es zum Schwerpunkt dieser Ausgabe gemacht.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Marijana Todorovic



© bhavya995 (BY 2.0)

Exportieren wie die Weltmeister ... bis das Kartenhaus in sich zusammenfällt.

# EXPORTWELTMEISTER DEUTSCHLAND

## Kartenhaus oder Erfolgsmodell?

**Deutschland ist wirtschaftlich erfolgreich, soweit man das von ganzen Ländern überhaupt behaupten kann. Die meisten Menschen erleben es so, aber viele andere auch nicht. Anzeichen für wirtschaftlichen Erfolg sind in der Regel eine Reihe von Zahlen, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquote, und eben auch die Handelsbilanz. 2016 lag der deutsche Handelsbilanzüberschuss bei der Rekordhöhe von über 310 Milliarden US-Dollar – mehr als die weitaus bevölkerungsreicheren Staaten China (260 Milliarden) oder Japan (170 Milliarden). Umgerechnet auf alle Einwohner Deutschlands sind das pro Kopf 3.875 US-Dollar, die Sie und ich statistisch mehr exportieren als importieren. Ein einsamer Weltrekord – der Wert für China liegt bei gerade einmal 190 US-Dollar.**

**D**IES ENTSpricht 8,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, eine seit Jahren wachsende Zahl. Die EU-Kommission (Europäische Union) stuft bereits Werte von dauerhaft mehr als 6 Prozent als stabilitätsgefährdend ein. Deutschland liegt seit 10 Jahren ununterbrochen darüber. Die Kommission rügt die Bundesregierung daher regelmäßig und empfiehlt, mehr zu investieren und so die Nachfrage im Inland zu stärken.

Doch in Deutschland interessieren solche Rügen kaum jemanden. Stattdessen hören wir ein anderes Mantra: Niemand profitiert so vom freien Handel wie Deutschland. Wir leben vom Export wie kein anderes Land. Der Export sichert ein Viertel der

deutschen Arbeitsplätze. Solche und ähnliche Argumente waren ein zentraler Bestandteil der Argumentation für TTIP in den letzten Jahren. Allzu viel Durchschlagskraft entwickelten diese Hinweise in der Diskussion nicht, obwohl sie zumindest auf den ersten Blick durchaus zutreffen. Sie sind im Übrigen viel mehr als nur Zustandsbeschreibungen, sie sind auch ein Glaubensbekenntnis: die Exportorientierung hatte für die deutsche Wirtschaftspolitik seit Kriegsende geradezu den Charakter eines Staatsziels.

### Überschuss hier, Defizit dort

Aber warum ist das überhaupt interessant für einen Rundbrief, bei dem es um Umwelt und Entwicklung geht?

Wenn wir die berühmte „Transformation“ zu einer nachhaltigen Entwicklung, zu mehr globaler Gerechtigkeit schaffen wollen, kommen wir nicht umhin, die Grundlagen der heutigen Wirtschaftspolitik zu hinterfragen. Böse Zungen sagen, da diese Wirtschaftspolitik nicht nachhaltig sei, erledige sich das früher oder später von selbst: Das Mantra vom immerwährenden Wirtschaftswachstum war immer schon ein Wolkenkuckucksheim, und längst nähern sich die Wachstumsraten aller einigermaßen „entwickelten“ Ländern immer mehr der Null an, obwohl Politik und Zentralbanken alles tun, um „das Wachstum“ anzukurbeln.

Nicht ganz so einfach ist es mit den deutschen Rekordüberschüssen. Sicher ist jedenfalls, die Exportüberschüsse des einen Landes sind immer und zwangsläufig die Handelsbilanzdefizite woanders, denn die Erde insgesamt handelt nicht mit dem Mond. Die Summe der Netto-Handelsbilanzen aller Länder kann immer nur Null sein. Sicher ist auch, man kann nicht dauerhaft mehr ausgeben als man einnimmt. Also geht chronischen Defizitländern irgendwann das Geld aus und

dann können sie den Überschussländern auch nichts mehr abkaufen, so dass deren Überschüsse deshalb auch irgendwann zusammenschrumpfen müssen.

Eigentlich ist es offensichtlich, dass es nicht nachhaltig sein kann, wenn ein Land Jahr für Jahr seine Exportüberschüsse in immer neue Höhen steigert – auf Kosten des Rests der Welt. Dieses Ungleichgewicht verursacht längst enorme weltwirtschaftliche Probleme. Außerhalb Deutschlands wird dies offen diskutiert. Das US-Finanzministerium prangerte schon unter Obama die deutschen Überschüsse sogar als Risiko für die weltweite Finanzstabilität an. Das Hauptargument lautet: Länder mit hohen Überschüssen tragen dazu bei, dass andere Staaten sich hoch verschulden, um ihre Importe zu finanzieren. In Deutschland findet diese Diskussion kaum statt. Die Steigerung der Exportüberschüsse ist und bleibt unbestrittene Staatsdoktrin.

### Irrweg Agrexporte

Wenn deutsche Unternehmen hochentwickelte Technologien anbieten, beste Qualität produzieren und ihre Produkte deswegen weltweit nachgefragt werden, ist das sicher ein Zeichen wirtschaftlicher Exzellenz. Dafür brauchen sie im Prinzip keine staatliche Unterstützung, das schaffen sie selbst. Anders sieht es in Branchen aus, in denen ohne staatliche Unterstützung niemals Wettbewerbsvorteile für deutsche Unternehmen entstehen würden. Das eklatanteste Beispiel ist die Agrarindustrie. Diese Branche meint mit massiver staatlicher Unterstützung, Milch, Schweinehälften und Hühnchenteile in Schwellen- und Entwicklungsländer wie China exportieren zu müssen. Dafür betreibt die EU-Handelspolitik aggressive Marktöffnung weltweit – gleichzeitig müssen wir immer mehr Bio-Produkte importieren, weil die inländische Nachfrage weit schneller steigt als das Angebot. Das ist eigentlich das Gegenteil des deutschen Wirtschaftsmodells. Andere Branchen überlassen den Preiskampf für billige Massenware den Chinesen, während wir hochpreisige Premiumsegmente abdecken. Dieser unerbittliche Preiskampf ruiniert Bauern hierzulande genauso wie in anderen Ländern. Wo sollen eigentlich Entwicklungsländer Devisen auf Exportmärkten verdienen, wenn nicht im Agrarsektor? Stattdessen ist es erklärtes Ziel der deutschen und

EU-Handelspolitik, immer mehr Entwicklungsländer zu zwingen, knappe Devisen für Agrarimporte auszugeben. 110 Länder sind heute Netto-Nahrungsmittelimporteure, vor 30 Jahren waren es noch 30. Strukturelle Importabhängigkeit bedeutet Abhängigkeit von Faktoren, die man kaum kontrollieren kann. Das ist etwas anderes als vorübergehende Überschüsse oder Defizite.

### Wieviel Export ist genug?

Längst untergräbt der deutsche Exporterfolg seine eigenen Grundlagen. Innerhalb der EU kann selbst Frankreich immer weniger mit der deutschen Exportmaschine mithalten. Die Gemeinschaftswährung Euro führt zu einer systematisch unterbewerteten Währung in Deutschland – Grundlage der extremen Exporterfolge – und einer systematisch überbewerteten Währung in Frankreich und Südeuropa. Damit driftet die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Eurozonen-Länder immer weiter auseinander. Frankreichs wirtschaftliche Schwäche und sinkende Kaufkraft führte 2015 erstmals dazu, dass das Land auf Platz 2 der Rangliste der deutschen Handelspartner abrutschte.

Auf Platz 1 der Liste der deutschen Handelspartner stehen jetzt die USA. Die USA sind aber das Land mit dem größten Handelsbilanzdefizit der Welt, sage und schreibe 500 Milliarden Dollar (2016). Zu welchen Verwerfungen dies führt, konnte man im US-Wahlkampf plastisch sehen. Mit keinem Land erzielt Deutschland einen so großen Exportüberschuss wie mit den USA: mehr als 40 Milliarden US-Dollar. Der scharfe Konjunkturanbruch in China zeigt deutlich, dass eine derart extreme Orientierung auf Exporte, wie sie Deutschland betreibt, durchaus nicht ungefährlich ist. Wenn allen anderen die Puste ausgeht, kaufen sie weniger. Wie nachhaltig ist es, diese Exportüberschüsse noch weiter steigern zu wollen? Wenn in prosperierenden deutschen Wirtschaftsregionen über 50 Prozent Exportanteil erreicht ist, reicht das dann nicht? Müssen es 60, 70 werden? Vielleicht ist es schon zu viel?

### Das Mantra der Wettbewerbsfähigkeit

Auch die binnenwirtschaftlichen Grundlagen der extremen Exporterfolge geraten unter Druck. Maßgebliche Ursache für die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist eine systematische Kos-

tensenkungspolitik: Vor allem das gemessen am Rest Europas ausgeprägte Lohndumping führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die immer mehr Spannungen verursacht. Seit Einführung des Euro ist das Reallohniveau in der Eurozone in Deutschland mit am langsamsten gestiegen. Ein Drittel der Menschen in Europa sind mittlerweile wirtschaftlich abgehängt in einem politisch gewollten „Niedriglohnsektor“ und bilden den Nährboden für Protestbewegungen aller Art. Jahrzehntelang waren die Eliten der Bundesrepublik Deutschland davon überzeugt, dass die Exporterfolge des Wirtschaftswunderstaats die Grundlage für den Wohlstand seien. Diese Gleichung funktioniert so nicht mehr. Der Preis, der für die Exporterfolge zu bezahlen ist, übersteigt zunehmend den Nutzen. Die Zurichtung ganzer Gesellschaften auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Auch innerhalb der EU wachsen zunehmend die Zweifel angesichts der massiven deutschen Dominanz, wie lange die Gemeinschaftswährung Euro eine derart auseinanderstrebende Wirtschaft in der Eurozone noch aushält. Das Rezept des deutschen Finanzministers, Frankreich und die südeuropäischen Euroländer müssten eben mit mehr „Reformen“ à l'allemande, sprich Austerität und Lohnzurückhaltung wettbewerbsfähiger werden, ist nichts anderes als der Vorschlag eines Wettlaufs nach unten. Dass Lohn- und Sozialdumping die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, ist nicht zu leugnen – es gehört zu den Troika-Auflagen für die Euro-Krisenländer. Dieser Wettlauf nach unten ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Für den Rest der Welt wäre es vermutlich nicht schlecht, wenn die Deutschen mal ein bisschen weniger wettbewerbsfähig wären und beispielsweise mal einen kräftigen Reallohnzuwachs vorweisen könnten. Wenn die Risiken einer extremen Weltmarktabhängigkeit immer größer werden, kann es nicht schaden, wieder mehr auf regionale statt globale Wertschöpfungskreisläufe zu setzen. Nachhaltig wäre es allemal.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.



© Logan Brumm (BY-ND 2.0)

Gütesiegel ‚Made in Germany‘ steht heute für Innovation, Zuverlässigkeit und Qualität.

# DIE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DES EXPORTS FÜR DEUTSCHLAND

## Leistungsbilanzüberschüsse durch Stärkung der Binnennachfrage abbauen

**Die wirtschaftlich gute Situation in Deutschland ist nicht zuletzt der hohen Nachfrage nach Gütern ‚Made in Germany‘ auf dem Weltmarkt zu verdanken. Die Löhne in den besonders exportorientierten Branchen sind überdurchschnittlich und in den Betrieben hat sich eine vorbildliche Mitbestimmungskultur entwickelt. Richtig ist aber auch: Deutschland muss seinen Leistungsbilanzüberschuss perspektivisch abbauen. Dazu bedarf es einer Stärkung der Binnennachfrage, die durch höhere Löhne und mehr Investitionen erreicht werden kann.**

**D**EUTSCHLAND WIRD immer wieder wegen seines hohen Leistungsbilanzüberschusses kritisiert. Die Europäische Kommission sieht darin ein makroökonomisches Ungleichgewicht, das die Erholung im Euroraum hemme. US-Präsident Trump hat jüngst sogar mit hohen Strafzöllen auf deutsche Autos gedroht.

**Exportwirtschaft bietet faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen**

Falsch wäre es, jetzt die Exportwirtschaft in Deutschland zu schwächen. Ein Großteil der Exportgüter wird in der Metall- und Elektroindustrie sowie der chemischen Industrie hergestellt. In diesen Branchen werden – nicht zuletzt dank starker Gewerkschaften – überdurchschnittlich

hohe Löhne gezahlt und das nicht nur für das Management, sondern auch für FacharbeiterInnen. Außerdem ist hier in den meisten Betrieben die Arbeitnehmermitbestimmung vorbildlich. Diese guten Arbeitsplätze wirken sich positiv auf die gesamtwirtschaftliche Lage aus, wie auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („die 5 Wirtschaftsweisen“) in seinem Jahresgutachten 2016/2017 bestätigt: „Ein erheblicher Teil dieser expansiven Effekte dürfte von einem Anstieg der verfügbaren Einkommen aus den exportorientierten Wirtschaftsbereichen ausgehen.“

Die hohen Einkommen der Beschäftigten in den exportstarken

Branchen stärken wiederum die Binnennachfrage und tragen dazu bei, dass Deutschland in großem Umfang Waren und Dienstleistungen importieren kann. Auch die exportstarken Unternehmen selbst beziehen Bauteile, IT-Support und viele andere Leistungen aus dem Ausland und stützen so die dortige Wirtschaft. Wenn zum Beispiel Volkswagen weniger Autos verkauft, spüren das auch die Zulieferbetriebe in Tschechien und Spanien. Eine Schwächung der Exportwirtschaft kann also nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

### Handelspolitisches Umfeld ist ungewiss

Die momentan günstige Situation für die Exportbranchen ist aber keineswegs auf Dauer garantiert. So hat der günstige Außenwert des Euro wesentlich zum Anstieg der Ausfuhren in den Jahren 2016 und 2017 beigetragen. Es besteht die Gefahr, dass sich die deutschen Exportunternehmen auf die temporär hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit verlassen und sich nicht auf eine zukünftige Normalisierung vorbereiten.

Eine weitere Gefahr für die Exportwirtschaft sind protektionistische Tendenzen, wie sie etwa an den von US-Präsident Donald Trump angeordneten Strafzöllen ablesbar sind. Auch der „Brexit“ war ein Signal weg von internationaler Zusammenarbeit hin zu nationalen Alleingängen.

Dabei ist äußerst fraglich, ob der US-Wirtschaft Sanktionen gegen Importe letztlich überhaupt nutzen werden. Denn ebenso wie die deutsche Wirtschaft profitieren auch die USA von einer internationalen Arbeitsteilung, die es der heimischen Industrie erst ermöglicht, konkurrenzfähig zu produzieren. So arbeitet die US-Industrie vielfach mit Maschinen und Anlagen aus Deutschland und verarbeitet Bauteile, die in Mexiko hergestellt wurden.

Wie protektionistische Maßnahmen das Gegenteil des ursprünglich beabsichtigten bewirken können, zeigt eindrucksvoll die ‚Made in Germany‘-Kennzeichnung. Ursprünglich sollte dieses Label in Großbritannien Waren aus Deutschland kennzeichnen und die heimische Industrie vor unliebsamer Konkurrenz schützen. Letztlich kam das Gegenteil heraus. ‚Made in Germany‘ entwickelte sich zum globalen Gütesiegel und steht heute für Innovation, Zuverlässigkeit und Qualität.

Wir wollen daher den Welthandel nicht verhindern, wohl aber faire Handelsbedingungen durchsetzen. Bei CETA ist uns das gelungen. Die ursprünglich vorgesehenen privaten Schiedsgerichte wurden verhindert, die Daseinsvorsorge gesichert, Arbeitnehmerrechte im Abkommen verankert, das Vorsorgeprinzip erhalten und Klagegründe weit eingegrenzt. CETA ist ein modernes Freihandelsabkommen, das mit seinen Standards die Messlatte setzt, an dem sich zukünftige Abkommen orientieren müssen.

### Binnennachfrage stärken

Der Export wird eine wichtige Stütze unserer Wirtschaft bleiben. Um unseren Leistungsbilanzüberschuss zu verringern, sollten wir daher nicht auf eine Schwächung der Exporte, sondern auf eine stärkere Binnennachfrage setzen.

Dazu setzt die SPD auf faire Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse. Für die Durchsetzung von fairen Löhnen für alle Beschäftigten sind in erster Linie die Gewerkschaften zuständig, deren Anliegen wir unterstützen. Aber auch der von der SPD durchgesetzte gesetzliche Mindestlohn war ein richtiger und wichtiger Schritt, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Neben guter Bezahlung brauchen die Beschäftigten sichere Arbeitsplätze, die ihnen ihre Lebensplanung erleichtern. Um diesem Ziel näherzukommen, hat der Bundestag die Gesetze zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen und Leiharbeit beschlossen. Diese Politik wollen wir fortsetzen und dafür sorgen, langfristig die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen zu steigern. Dazu sind zum Beispiel steuerliche Entlastungen dieser Einkommen denkbar. Aber auch prekäre Beschäftigung müssen wir weiter zugunsten regulärer Arbeitsverhältnisse zurückdrängen.

Gleichzeitig brauchen wir einen starken Staat, der investieren kann. Höhere Ausgaben für Bildung, Forschung, Infrastruktur, Mobilität, Ressourcen- und Energieeffizienz und nicht zuletzt für digitale Innovationen sind dringend erforderlich, um wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt auch in Zukunft gewährleisten zu können. Auch trotz jüngster staatlicher Ausgabensteigerungen bleiben dessen Anlageinvestitionen in der Summe hinter den staatlichen Abschreibungen zurück. Das heißt:

Wir leben auf Verschleiß. Staatliche Investitionen wollen wir ergänzen um Anreize für Unternehmen, damit diese ihrerseits innerhalb Deutschlands investieren. Während sich die Wirtschaft gut entwickelt, schneidet Deutschland bei den Investitionen im internationalen Vergleich eher schlecht ab. Die Investitionsquote, die das Verhältnis von Investitionen zur Wirtschaftsleistung beschreibt, liegt in Deutschland bei etwa 20 Prozent. In Ländern wie Irland, Schweden und der Schweiz liegt sie mit etwa 24 Prozent deutlich höher. Maßnahmen zugunsten von höheren Investitionen steigern das Potentialwachstum und bauen gleichzeitig den Leistungsbilanzüberschuss ab. Daher wollen wir neben öffentlichen Forschungsprogrammen Innovationsimpulse für kleine und mittlere Unternehmen setzen, unter anderem durch einen Forschungsbonus, also einen Personalkostenzuschuss für ForscherInnen und EntwicklerInnen bei MittelständlerInnen und Startups. Dringend bedarf es auch eines Programms von Bund, Ländern und Kommunen zur Modernisierung unserer Schulen. Dazu fordert die SPD-Fraktion, in den nächsten 5 Jahren 9 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Unsere Linie ist klar: Wir wollen eine starke Exportindustrie mit gut bezahlten Beschäftigten ebenso wie faire Handelsbedingungen. Gleichzeitig wissen wir, dass wir zur Verringerung unseres Leistungsbilanzüberschusses die Binnennachfrage stärken müssen. Wir setzen dazu auf gute Arbeit mit fairen Löhnen und Investitionen in die Zukunft unseres Landes.



Bernd Westphal

Der Autor ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der SPD-Bundestagsfraktion.



© Jörg Kamtel (BY-NC-ND 2.0)

99,3 Prozent aller deutschen Unternehmen sind kleine und mittlere Betriebe.

## IMMER AUF DIE KLEINEN!

Warum kleine und mittlere Unternehmen vom Exportrekord kaum profitieren

**Deutschland setzt auf die Exportwirtschaft, aber je kleiner ein Unternehmen ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass es exportiert. Auch die Märkte außerhalb Europas sind nicht im Fokus der kleinen und mittleren Unternehmen, da deren Hauptabsatzmarkt innerhalb von Europa liegt. Mehr Freihandel, wie von den klassischen Wirtschaftsverbänden der Großunternehmen gefordert, ist also auch keine Lösung, wenn es darum geht, stabile regionale Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen.**

**D**EUTSCHLAND IST stark im Export. Das ist Fakt. Im Jahr 2016 wurden Waren in einem Wert von 1.207,5 Milliarden Euro ins Ausland exportiert. Damit ist der deutsche Export nochmals um 1,2 Prozent angestiegen. Das hat auch dazu geführt, dass Deutschland nach Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo) China als Land mit dem weltgrößten Exportüberschuss abgelöst hat.<sup>1</sup>

Der deutsche Exporthunger hat aber auch seine Schattenseiten.

Denn der Export-Überschuss von 8,6 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (Ifo-Institut), wird von der Kommission der Europäischen Union (EU) als stabilitätsgefährdend eingestuft. Dieser extreme Exportüberschuss des wirtschaftlich stabilen Deutschlands könnte andere Länder in der Euro-Zone weiter schwächen. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Exporte geht in diese EU-Länder – und hohe Exportüberschüsse bedeuten dann eben auch Defizite bei den Handelspartnern.

**Wer exportiert:  
Die Großen oder die Kleinen?**

Es exportieren vor allem die Großunternehmen. Sie dominieren mit mehr als 80 Prozent das deutsche Exportvolumen.<sup>2</sup> Kleinstunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen dagegen eine untergeordnete Rolle – auf sie entfallen nur 17 Prozent der Exporte. Dabei nehmen die KMU eine enorm wichtige Rolle für die deutsche Wirtschaft ein: Sie schaffen Arbeitsplätze in den Regionen, sind innovativ und sorgen mit meist regional-bezogenen Wirtschaftskreisläufen dafür, dass Regionen widerstandsfähig bleiben. Laut statistischem Bundesamt gab es 2014 in Deutschland 2,5 Millionen kleine und mittlere Unternehmen. Das sind 99,3 Prozent aller deutschen Unternehmen. Besonders wichtig

sind KMU für die Beschäftigung in Deutschland – rund 61 Prozent der tätigen Personen arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen. Für den überwiegenden Teil der KMU ist der deutsche Markt der relevante Absatzmarkt.

### Was nützt es den Kleinen?

Generell sind KMU eine wichtige Stütze für die Beschäftigung in Deutschland. In den Krisen Jahren 2008 und 2009 hatten die KMU eine stabilisierende Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung. Laut Volkswirt Dr. René Söllner besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Außenhandelsaktivität und Beschäftigungswachstum innerhalb von KMU.<sup>3</sup> Mittelständische Unternehmen, die im Außenhandel aktiv sind, verzeichnen ein höheres Wachstum der Beschäftigungszahl als KMU, die nicht im Außenhandel aktiv sind. Söllner führt auf, dass KMU Nachfrageschwankungen im Heimatmarkt durch Außenhandel besser ausgleichen können und durch die Diversifizierung ihrer Vorleistungsquellen Beschaffungskosten verringern können. Dies würde sich positiv auf ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirken.

Der Logistikkonzern UPS schätzt, dass das Exportgeschäft weiterwachsen wird. 37 Prozent der europaweit befragten KMUs erwarten ein zunehmendes Exportvolumen (53 Prozent erwarten eine stabile Situation). Allerdings rechnen in Deutschland 16 Prozent der KMUs mit einem Rückgang der Liefermengen.<sup>4</sup>

Mit Blick auf den oben skizzierten positiven Effekt der Außenhandelsaktivität für KMU bleibt festzuhalten, dass Freihandelsabkommen zur Steigerung des Exports nach Amerika oder Kanada für die KMU kaum sinnvoll sind, da deren Hauptabsatzmarkt innerhalb von Europa liegt.

Inzwischen ist allgemein bekannt, dass die großen Wohlstandseffekte durch Freihandelsabkommen wie CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada) überschätzt wurden. Die neuen Abkommen können kein nennenswertes gesamtwirtschaftliches Wachstum generieren – das bedeutet aber auch, dass die Wirkung vor allem durch Umschichtungen innerhalb der Wirtschaft zu spüren sein wird. Bei Umschichtungen innerhalb eines Systems gibt es immer Gewinner und Verlierer. Die Gewinner werden die Großunternehmen sein. Denn die kleinen und

mittleren Unternehmen werden unter den handelsumlenkenden Effekten leiden, durch verstärkte Importe, die die regionale Wirtschaft noch stärker unter Druck bringen.

### CETA – Mittelstand verliert

Laut Europäischer Kommission soll CETA 10.464 deutschen Unternehmen, die bereits nach Kanada exportieren, zugutekommen. Von den rund 3,6 Millionen Unternehmen in Deutschland wäre dies ein Anteil von 0,3 Prozent aller deutschen Unternehmen. Die deutschen Exporte nach Kanada sind mit 2 Prozent des gesamten Exportvolumens von geringer Bedeutung. Und selbst wenn: Die Abschaffung von Zöllen garantiert keineswegs die automatische Einführung von Produkten nach Kanada – denn die höchste Hürde sind nicht die Zölle, sondern die unterschiedlichen Verfahren bei der Produktzulassung. Allerdings ist auch mit CETA keine Lösung bei der Vereinfachung von Produktzulassungen in Sicht. Denn eine gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen ohne vorhergehende Harmonisierung der Standards birgt große Risiken. Benachteiligt wäre hier vor allem wieder der deutsche bzw. europäische Mittelstand.<sup>5</sup>

### Mehr Export ist auch keine Lösung

Ein zu hoher Exportüberschuss ist nicht nur stabilitätsgefährdend innerhalb von Europa. Um die heimischen Wirtschaftsstrukturen zu stärken, fehlt es Deutschland im internationalen Vergleich an Investitionen. Dabei könnte Deutschland seine hohen Steuereinnahmen durchaus sinnvoller einsetzen. Öffentliche Investitionen könnten die Binnennachfrage steigern, indem der Staat zum Beispiel Geld in die Infrastruktur steckt oder Anreize für Unternehmen setzt, ihrerseits innerhalb Deutschlands zu investieren. Dies würde die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken.

Wenn viele kleine und mittlere Unternehmen Freihandelsabkommen wie CETA ablehnen, heißt das nicht, dass sie generell gegen freien Handel sind. Ein völkerrechtlich bindender Vertrag ist aus Sicht vieler MittelständlerInnen das falsche Instrument für die zweifelsohne bestehenden Herausforderungen: Normen sollten am besten in den einschlägigen Institutionen wie der Internationalen Organisation für Normung festgelegt werden – und nicht in bilateralen Abkommen. Dass

eine gegenseitige Anerkennung von Richtlinien auch ohne große Rahmenabkommen möglich ist, zeigt beispielsweise das Äquivalenzabkommen für Bioprodukte zwischen den USA und Europa. Branchenspezifische Abkommen sind zu bevorzugen – damit es eben nicht dazu kommt, dass schwächere Branchen (in Europa zum Beispiel die Landwirtschaft) den Interessen von stärkeren Branchen (zum Beispiel der Automobilwirtschaft) geopfert werden.



Dr. Katharina Reuter

Die Autorin ist Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, Bundesverband der grünen Wirtschaft und Mitglied des Beirats 'Unternehmen für gerechten Handel'.

- 1 <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/ifo-institut-deutschland-hat-china-beim-exportueberschuss-ueberholt/19323148.html>.
- 2 <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/KleineMittlereUnternehmenMittelstand/KleineMittlereUnternehmenMittelstand.html>.
- 3 René Söllner (2011): Ausgewählte Ergebnisse für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland 2009 [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/UnternehmenGewerbeanzeigen/KMUDeutschland2009122011.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/UnternehmenGewerbeanzeigen/KMUDeutschland2009122011.pdf?__blob=publicationFile).
- 4 [https://www.ups.com/media/news/de/European\\_SME\\_Exporting\\_Insights\\_Study\\_2015.pdf](https://www.ups.com/media/news/de/European_SME_Exporting_Insights_Study_2015.pdf).
- 5 <http://unternehmenhandeln.de/faktenblatt-ceta-in-der-diskussion-auswirkungen-des-freihandelsabkommens-mit-kanada-fuer-den-europaeischen-mittelstand/>.



© Tom Dennis Radetzki (BY-NC 2.0)

Durch die Währungsunion werden Wettbewerbsbedingungen in der EU verzerrt.

# WETTBEWERBSSTARK VON AUSSEN

## Der deutsche Exportüberschuss und der Euro

**Die Regierung unter Donald Trump ließ kürzlich verlauten, Deutschland nutze die Eurozone aus: Die hohen Exportüberschüsse kämen durch eine „massive Unterbewertung“ des Euro-Wechselkurses zustande. Bundeskanzlerin Angela Merkel wies diesen Vorwurf umgehend zurück mit dem Hinweis, dass die Europäische Zentralbank (EZB) völlig unabhängig agiere und einzig verantwortlich für den Wechselkurs des Euro sei. Die Entscheidung der EZB, den Wechselkurs eher auf Länder wie Portugal oder Slowenien als auf Deutschland abzustimmen, sei eine politische Entscheidung, auf die Deutschland keinen Einfluss hätte. Aus deutscher Sicht scheint Merkel den Vorwurf damit entkräftet zu haben – denn es stimmt, dass Deutschland keine direkte Kontrolle auf den Euro hat. Aber könnte es nicht sein, dass der Vorwurf der Trump-Regierung seine Berechtigung hat? Oder handelt es sich um eine völlig unhaltbare Behauptung?**

**M** KERN bezeichnet der Begriff der Wettbewerbsstärke eines Staates die vergleichbare Gesamtproduktivität und das Entwicklungspotential der Wirtschaftsleistung. Diese Faktoren geben Auskunft darüber, ob ein Staat international im freien Wettbewerb konkurrenzfähig ist. Dies wird allerdings oft durch Wechselkursschwankungen verdeckt, die kurzfristig durch eine ganze Reihe von Faktoren beeinflusst werden. Trotzdem bringen freie Märkte über einen längeren Zeitraum zwangsläufig Wechselkurse hervor,

die sich den Entwicklungen des internationalen Handels anpassen. Solche Wechselkursschwankungen müssen spontan durch Marktkräfte ausgelöst werden, so dass die Leistungsbilanz der Handelspartner im Laufe der Zeit ungefähr ausgeglichen wird. Beispielsweise wird die Nachfrage nach der Währung eines Staates mit einem Handelsüberschuss und wachsender Wettbewerbsfähigkeit steigen. Seine Währung wird gegenüber den Währungen der Handelspartner aufgewertet, und die Güter der Handelspartner

im Binnenmarkt günstiger. Gleichzeitig werden die im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen für den Handelspartner teurer. Dieser Mechanismus führt dazu, dass das Ansteigen des Wechselkurses eher den Import erhöht und den Export verringert. So gesehen sind die Veränderungen der Wechselkurse, die die andauernden Marktkräfte zwangsläufig auf lange Sicht verursachen, in der Lage, die unterschiedlichen Niveaus im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen und zu kaschieren. Solch ein Ausgleich findet aber nicht unter den Mitgliedstaaten einer Währungsunion statt.

### Wie das Handicap beim Golf: Freie Märkte werden in der Eurozone besonders verzerrt

In einer Währungsunion wie der Eurozone kann eine Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten (oder die Abweichung von der durchschnittlichen Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Union) nicht durch eine Veränderung des

Wechselkurs innerhalb eines Staates ausgeglichen werden, da die Mitgliedstaaten einer Währungsunion eine gemeinsame Währung haben. Veränderungen oder unterschiedliche Niveaus in der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten haben außerdem meist begrenzten Einfluss auf den Wechselkurs ihrer Währungsunion gegenüber den Drittstaaten, da dieser wiederum durch den handelsgewichteten Durchschnitt der gesamten Union bestimmt wird. Somit ist jede Veränderung (oder das unterschiedliche Niveau) der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten von außen beeinflusst verglichen zu dem, was eine solche Veränderung (oder die unterschiedlichen Niveaus) in einem währungstechnisch eigenständigen oder aus einer Währungsunion ausgeschlossenen Staat bewirken würde.

Um dies zu verstehen, hilft eine Analogie aus der Welt des Sports: Das Handicap-System, das in einer ganzen Reihe von Wettbewerbssportarten angewandt wird, kann mit den durch freie Märkte verursachten Wechselkursschwankungen verglichen werden. Ein Beispiel: Menschen, die Golf spielen, erhalten in kurzen Abständen ein Handicap, also eine Art Bewertung, die anhand ihres Könnens und der momentanen Leistung getroffen wird. Ziel des Handicaps ist die Vergleichbarkeit bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit der SpielerInnen auf dem Feld und Chancengleichheit im Wettbewerb. In diesem Zusammenhang kann eine Währungsunion wie eine Gruppe von FreundInnen betrachtet werden, die zwar unterschiedlich gut Golf spielen, aber dasselbe Handicap erhalten, nämlich den Durchschnittswert aller Leistungen. Hier wird schnell deutlich, dass ein solcher Zusammenschluss der Person, die am besten Golf spielt, einen unfairen Wettbewerbsvorteil verschafft, nicht nur im Verhältnis zu den weniger gut Spielenden innerhalb der Gruppe, sondern auch gegenüber all denjenigen, die ein Handicap aufgrund ihrer individuellen Leistung erhalten haben. In einem solchen Zusammenhang werden die Gewinnaussichten der am besten Spielenden innerhalb der Gruppe erhöht und die der schlechter Spielenden verringert.

### **Deutschland profitiert von der Hebelwirkung der Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone**

In Anbetracht dieser Analogie führt die Erhöhung der deutschen Wettbe-

werbsfähigkeit durch die Eurozone höchstwahrscheinlich zum enormen wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik. Bereits seit Gründung der Eurozone war Deutschland nicht nur wettbewerbsfähiger als die meisten anderen Mitgliedstaaten, sondern strebte auch noch eine Steigerung an – nicht zuletzt durch eine unbeliebte, weitreichende Arbeitsmarktreform. Es ist bestreitbar, ob die Auswirkungen dieser Reform tatsächlich zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit geführt haben. Ungeachtet dessen ist jedoch offensichtlich, dass Deutschlands politische Klasse in Einmütigkeit mit den einflussreichen Gewerkschaften der auf Export ausgerichteten Metall- und Chemieindustrie die deutsche Wettbewerbsfähigkeit einheitlich geschützt und gefördert hat. Zweifelsohne hat Deutschland mithilfe der oben beschriebenen Hebelwirkung bei der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone die internationale Finanzkrise von 2008 überstanden und kann sich heute als eindeutig führende Wirtschaftskraft in Europa behaupten.

### **Wer hat nun Recht – Merkel oder Trump?**

Merkels Behauptung, der unterbewertete Wechselkurs Deutschlands sei dem Verhalten der EZB geschuldet, die den Wechselkurs den weniger wettbewerbsfähigen Mitgliedern der Eurozone gegenüber anpasse, ist in gewisser Hinsicht unaufrichtig. Denn die Währungspolitik der EZB beeinflusst zwar den Wechselkurs des Euro, doch gibt es zahlreiche andere, kurzfristige Kräfte, die ebenso auf den Kurs einwirken. Viel entscheidender ist jedoch, dass die EZB in erster Linie die Preisstandards und Wirtschaftsaktivität kontrollieren und regulieren möchte und der Einfluss auf den Wechselkurs dabei nur als ein Mittel zu diesem Zweck dient. In der derzeitigen Konjunkturlage zielt die EZB auf die Ausweitung der Wirtschaftsaktivität durch billiges Geld ab. Die Auswirkungen auf den Wechselkurs sind dabei eher zweitrangiges Nebenprodukt als das eigentliche Ziel. Obwohl also in diesem Fall die Politik der EZB als Unterbewertung des Euro interpretiert wurde, könnten auch andere Faktoren dafür verantwortlich gewesen sein, an erster Stelle etwa die wachsende Unsicherheit über die Zukunft der Eurozone.

So ist keinesfalls bewiesen, dass die EZB jemals die Unterbewertung des

Euro und ein daraus resultierendes Handelsplus als explizites politisches Ziel vorangetrieben hat. Es gibt im Gegenteil guten Grund zur Annahme, dass die EZB den Wert des Euro aufrechterhalten wollte. Tatsache ist, dass die Leistungsbilanz der Eurozone von Beginn der Währungsunion an bis in jüngster Zeit einigermaßen ausgeglichen war. Anders sieht die Entwicklung der deutschen Leistungsbilanz aus: kurz nach Einführung des Euro wurde ein Überschuss erzielt, der bis heute anhält. So wird deutlich, dass sich die von der US-Regierung geäußerten Bedenken nicht auf die gegenwärtige Konjunkturlage beziehen, sondern auf die strukturelle Tendenz der Eurozone, die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten zu begünstigen, und so Deutschland und anderen wettbewerbsstarken Staaten der Währungsunion hohe Exportüberschüsse einzubringen auf Kosten der schwächsten Mitglieder, deren Defizite immer größer werden. Diesem strukturellen, inhärenten Merkmal einer jeden Währungsunion mit unterschiedlich wettbewerbsstarken Mitgliedern muss mit einem hohen Maß an Solidarität begegnet werden, wenn nachhaltige Entwicklung gewährleistet sein soll. Eine solche Solidarität, zum Beispiel in Form einer angemessenen Entschädigung unter den Mitgliedsstaaten, ist in einem föderal verfassten Staat näherliegend als im Fall der Eurozone, in der sich eine solidarische Haltung zuallererst in einem entschiedenen Schritt zu einem föderalen Europäischen Staat äußern würde. Dies würde einen raschen Abschluss der Bankenunion und die Einführung einer gemeinsamen Staatskasse beinhalten.



Thanos Skouras

Der Autor ist emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Wirtschaftsuniversität Athen. Dass der Euro die Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst, legt er theoretisch in einem Artikel dar, erschienen in der *Real-World Economics Review*, Nr. 77, Dezember 2016.

Aus dem Englischen von  
Lisa Pottstock.



© Atomic Taco (BY-SA 2.0)

Deutsche Transport- und Logistikunternehmen profitieren von der Internationalisierung deutscher Dienstleistungen.

# DIE INTERNATIONALISIERUNG DES DEUTSCHEN DIENSTLEISTUNGSSEKTORS

## Das Problem des Importdefizits Deutschlands

**Trotz der weiterhin hohen Wichtigkeit der Industrie hat auch die deutsche Volkswirtschaft einen Wandel in Richtung Dienstleistungen vollzogen. Ihr Anteil an Wertschöpfung und Beschäftigung beträgt ca. 70 Prozent. Auch der Wert von Dienstleistungsexporten hat zugenommen. Insgesamt weist die deutsche Ökonomie eine starke Außenhandelsorientierung auf, während die binnenwirtschaftliche Entwicklung relativ vernachlässigt wird. Dies fördert weltwirtschaftliche Ungleichgewichte, die durch höhere deutsche Importe unter anderem mittels einer korrigierten Einkommens- und Vermögensverteilung reduziert werden könnten.**

**U**RSACHE FÜR die Zunahme von Dienstleistungen waren und sind die Ausdifferenzierung von Produktionsbereichen, sich verändernde Lebensbedingungen, Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und die technische Entwicklung. Politische Vorgaben wie in jüngster Zeit der Ausbau von Kindertagesstätten (Kitas) trugen ebenfalls zu ihrer Expansion bei. Steigende Einkommen führten zu einer Nachfrage nach z. B. kommerziellen Freizeitangeboten. Künftig wird die Alterung der Gesellschaft zu einem wachsenden Angebot von Dienstleistungen, z. B. in der Pflege, führen. Gleichzeitig entwickelte

sich auch ein erhöhter Bedarf nach Dienstleistungen im direkten Zusammenhang mit der Güterproduktion, was höhere Aufwendungen für Bildung und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, im Vertrieb und in der Anwendung verlangt. Schließlich ermöglicht auch die fortschreitende Digitalisierung das Angebot neuer Dienstleistungen über das Internet.

Zum Dienstleistungswachstum tragen auch noch politische Liberalisierungen bei. In der Europäischen Union (EU) wurde mit dem Binnenmarkt auch der freie Dienstleistungsverkehr etabliert, die Dienstleistungsrichtlinie von 2006 erleichterte den Marktzugang weiter. Mit dem Allgemeinen Abkommen über den

Handel mit Dienstleistungen (GATS) von 1995 und dem aktuell verhandelten Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) wird die Liberalisierung von Dienstleistungen im globalen Maßstab angestrebt.

### Umfang und Struktur der deutschen Dienstleistungsexporte

Die gewachsene Bedeutung von Dienstleistungen und Dienstleistungshandel sowie die allgemeine Exportorientierung vieler deutscher Unternehmen haben dazu geführt, dass die deutschen Dienstleistungsexporte stark gestiegen sind. Zwischen 2003 und 2013 verdoppelte sich deren Wert auf 226,7 Milliarden Euro. Damit war die deutsche Volkswirtschaft 2013 weltweit nach den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich der drittgrößte Dienstleistungsexporteur. Ein wichtiger Grund für vermehrte Dienstleistungsexporte liegt in ihrer engen Verbindung mit dem Industriexport. Dienstleistungen wie z. B. Finanzierung, Wartung und Reparatur werden gemeinsam mit einem industriellen Gut verkauft.

Mit der Liberalisierung des Handels und der technischen Entwicklung – insbesondere dank des Internets – hat der internationale Dienstleistungshandel zugenommen und sich zugleich die Struktur der deutschen Dienstleistungsexporte verändert. Stark gewachsen ist der Export technologischer Dienstleistungen (Patente und Lizenzen, Forschung und Entwicklung, EDV, Ingenieurs- und sonstige technische Dienstleistungen), deren Wert sich zwischen 2002 und 2013 beinahe vervierfacht hat und 63,5 Milliarden Euro betrug. Große Bedeutung beim Dienstleistungsexport kommt auch dem Transportsektor zu. Deutsche Transport- und Logistikunternehmen konnten 2013 ihre Erlöse aus dem Dienstleistungsexport auf 46,3 Milliarden Euro erhöhen.<sup>1</sup> Neben diesen unternehmensnahen Dienstleistungen findet zunehmend, wenn auch bisher mit sehr viel bescheideneren Umsätzen, Export im Bereich sozialer Dienstleistungen statt. So gründete etwa das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Initiative iMOVE (Internationales Marketing der beruflichen Bildung). Damit werden deutsche Bildungsdienstleister darin unterstützt, ihre Aus- und Weiterbildungsangebote im Ausland anzubieten.

### Überschüsse hier, Defizite dort

Auch wenn Deutschland vermehrt Dienstleistungen exportiert, so ist die deutsche Dienstleistungsbilanz negativ. 2014 betrug das Defizit 39,1 Milliarden Euro, war damit aber um einiges geringer als noch 1999. Ein wichtiger Faktor dabei sind die Ausgaben deutscher TouristInnen im Ausland, die als Beitrag zum Dienstleistungsimport gezählt werden und die an diesem einen Anteil von 25 Prozent ausmachten.<sup>2</sup>

Unter den deutschen Exporten beläuft sich der Anteil von Dienstleistungen aber nur auf 15 Prozent; es dominieren die industriellen Waren. Deren hoher Wert trägt in Kombination mit dem Dienstleistungsexport und wertmäßig geringeren Importen dazu bei, dass Deutschland seit einigen Jahren regelmäßig Exportüberschüsse erzielt. 2016 überstieg deren Wert den der Importe um 9 Prozent. Diese Überschüsse stehen seit einigen Jahren vermehrt in der Kritik, schließlich sind die Überschüsse des einen die Defizite des anderen. Gerade innerhalb des Euroraums bestehen

massive Ungleichgewichte zwischen Überschussökonomien wie Deutschland und Defizitländern insbesondere in Südeuropa. Die mit den Defiziten dort stetig gewachsene Verschuldung hat entscheidend mit zur Krise des Euroraums beigetragen.

Sollte Deutschland neben den Warenexporten auch seine Dienstleistungsexporte weiter steigern wollen und verschiedene politische Initiativen, ob aus dem Bundeswirtschaftsministerium oder dem BMBF (z. B. Förderschwerpunkt zum Export von Dienstleistungen) deuten dies an, dann würde das unter den jetzigen Bedingungen die Überschüsse der deutschen Volkswirtschaft weiter erhöhen. Innerhalb des Euroraums würden die ökonomischen und auch sozialen und politischen Spannungen weiter zunehmen. Sollte Deutschland also weniger exportieren? Nicht unbedingt, denn das Problem des Überschusses liegt weniger bei den Exporten, als bei einem Importdefizit.

### Ursachen des deutschen Importdefizits

Die Einkommens- und die Vermögensentwicklung haben sich in Deutschland in den letzten Jahren zugunsten hoher Einkommen und Vermögen polarisiert. Dies hat die Sparneigung bei den Reichen erhöht, die Kaufkraft breiter Bevölkerungsteile jedoch geschwächt und mit zum Importdefizit beigetragen. Die Reallöhne der abhängig Beschäftigten haben sich seit 2000 in Deutschland nur schwach entwickelt. In der Konsequenz wuchs der private Konsum seit 2000 nur um 11 Prozent, während die Exporte im gleichen Zeitraum um 104 Prozent zunahm. Und 2012 verfügten die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 45 Prozent des Vermögen. Die weniger Vermögenden 70 Prozent hatten hingegen nur 10 Prozent.<sup>3</sup>

Ebenfalls zum Importdefizit beigetragen hat eine Sparpolitik, die das Ziel der „schwarzen Null“ priorisiert und dafür Investitionen vernachlässigt hat. Allein bei den Kommunen ist verschleißbedingt zwischen 2002 und 2015 ein Investitionsbedarf von ca. 60 Milliarden Euro aufgelaufen. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 57.000 Vollzeitstellen in Kitas, Schulen und Hochschulen fehlen,<sup>4</sup> und wachsenden Personalbedarf gibt es auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge wie z. B. in Gesundheit und Pflege.

### Was tun?

Um das Importdefizit abzubauen, muss erstens die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung reduziert werden. Dazu müssen Gewerkschaften gestärkt, prekäre Beschäftigung ab- und das soziale Sicherungssystem ausgebaut werden. Im Bereich des Arbeitsmarktes bedeutet dies z. B., dass das Tarifvertragssystem gestärkt wird, der gesetzliche Mindestlohn schnell auf 10 Euro steigt und Befristungen erschwert werden. Im sozialen Sicherungssystem muss die gesetzliche Rente gestärkt werden, etwa über eine Anhebung des Rentenniveaus und die Aufwertung niedriger Rentenansprüche. Hohe Einkommen und Vermögen müssen stärker besteuert werden.

Zweitens müssen die öffentlichen Investitionen erhöht werden. Benötigt werden mehr Infrastrukturinvestitionen, sowohl in Bereiche wie Breitbandausbau, Energiewende, Verkehr, Entsorgung und sozialen Wohnungsbau als auch in die soziale Infrastruktur, wie etwa Gesundheit, Pflege, Bildung, Verwaltung und Kultur. Mit höheren öffentlichen Investitionen würden nicht nur außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abgebaut, sondern vor allem auch öffentliche Bedarfe in verschiedensten Bereichen befriedigt.



Martin Beckmann

Der Autor arbeitet als Gewerkschaftssekretär in der ver.di-Bundesverwaltung.

- 1 GTAI (2014): Die deutsche Wirtschaft lebt vom Export. [www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=die-deutsche-wirtschaft-lebt-vom-export,did=1092856.html?view=renderPdf](http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=die-deutsche-wirtschaft-lebt-vom-export,did=1092856.html?view=renderPdf).
- 2 Deutsche Bundesbank (2015): Entwicklungen im Waren- und Dienstleistungshandel Deutschlands. [www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/entwicklung\\_waren\\_und\\_dienstleistungshandel\\_deutschland.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/entwicklung_waren_und_dienstleistungshandel_deutschland.pdf?__blob=publicationFile).
- 3 DGB (2016): Gerecht verteilen – Wohlstand sichern. DGB Verteilungsbericht 2016, Berlin.
- 4 IMK (2017): Die Zukunft gestalten. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2017. IMK Report 120, Düsseldorf.

# ÜBERMÄSSIGE ÜBERSCHÜSSE DEUTSCHLANDS

## Eine Bedrohung für die Eurozone

**Immer wieder werden die übermäßigen Staatshaushaltsdefizite einiger Euroländer getadelt. Natürlich ist es wünschenswert, diese Defizite in den Griff zu bekommen, doch sollten übermäßige Ungleichgewichte nicht minder in Angriff genommen werden, allen voran die enormen und wiederkehrenden Handelsüberschüsse Deutschlands – denn beide Ungleichgewichte sind untrennbar miteinander verknüpft. Auf dem Spiel steht dabei nicht weniger als die Zukunft des Euroraums selbst!**

**E**NDE 2016 veröffentlichte Eurostat (das Statistische Amt der Europäischen Union) die Indikatoren für die frühzeitige Ermittlung makroökonomischer Ungleichgewichte in den 28 Ländern der Europäischen Union (EU).<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um ein 2011 eingesetztes Verfahren, das Teil der „Sixpack“-Verordnung ist. Es soll eine bessere Beobachtung der wirtschaftlichen Situation in den EU-Ländern ermöglichen und eine erneute Eurokrise verhindern. Die Indikatoren zeigten zum Teil erhebliche außenwirtschaftliche Ungleichmäßigkeiten. Demnach wurden als Grenzwert für übermäßige Defizite 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) festgelegt, während für übermäßige Überschüsse 6 Prozent gelten. Den durch Eurostat veröffentlichten Indikatoren zufolge überschreitet keines der Defizitländer der Eurozone die Schwelle von -4 Prozent. (Griechenland liegt bei -1,2 %, Frankreich bei -0,7 %). Deutschland hingegen liegt mit seinem Überschuss deutlich über dem kritischen Wert (+7,5 %). Dies gilt ebenso für die Niederlande (+9,1 %) und Dänemark (+8,8 %).

Seit 2012 hat Deutschland den Grenzwert für einen übermäßigen Überschuss wiederholt überschritten. Mehr als die Hälfte der deutschen Überschüsse werden mit Ländern der Eurozone erzielt. Während diese Überschüsse in Verbindung mit den europäischen Ländern 2016 weiter anstiegen, gingen jene in Verbindung mit nicht europäischen Ländern zurück.

Insgesamt erzielten alle Länder der Eurozone einen außenwirtschaftlichen Überschuss von 3 Prozent ihres BIP. Dieser Gesamtüberschuss ist in erster Linie auf Deutschland als zentrale Wirtschaftskraft im Euroraum

zurückzuführen. Die anderen Euroländer hingegen zeigen sich im Wesentlichen ausgeglichen.

### Welche wirtschaftliche Bedeutung haben außenwirtschaftliche Ungleichgewichte?

Weist ein Land ein außenwirtschaftliches Defizit auf, so bedeutet dies, dass es mehr ausgibt als es produziert und sich im Ausland verschulden muss, da es nicht über ausreichend inländische Ersparnisse verfügt. Dem entgegen steht ein Land mit außenwirtschaftlichem Überschuss, das über hohe inländische Ersparnisse verfügt und aus diesem Grund Geld ans Ausland verleiht und dort hohe Geldforderungen anhäuft. Anders gesagt: Während ein Defizitland über seine Verhältnisse

lebt, bleibt ein Überschussland unter seinen Möglichkeiten.

Die übermäßigen Außenhandelsüberschüsse Deutschlands sind deshalb ein Problem, weil sie zeigen, dass dieses Land zwar übermäßige Ersparnisse besitzt, aber nicht in dem Maße dazu beiträgt, innerhalb des Euroraums die Binnennachfrage – und somit die Erwerbstätigkeit und Beschäftigung – anzukurbeln, wie es dies könnte (oder sollte). Diese ungenügende Binnennachfrage betrifft nicht nur den Verbrauch, sondern auch die privaten und staatlichen Investitionen. Von 2008 bis 2015 sind die staatlichen Investitionen um 3,6 Prozent auf 2,7 Prozent des Euroraum-BIP zurückgegangen. Die Investitionen durch Unternehmen stagnieren auf einem geringeren Niveau als noch 2008. Diese unzureichenden Investitionen sind besorgniserregend, da sie dazu beitragen, das zukünftige mögliche Wachstum in der Eurozone zu verringern.

Der Überschuss an Ersparnissen in Deutschland und innerhalb des



Der Euroraum – momentan noch ein unvollständiges und nicht abgeschlossenes Konstrukt.

© Michael Scherost. (BY-NC-ND 2.0)

Euroraums hat zahlreiche negative Auswirkungen. So sieht sich die Europäische Zentralbank (EZB) zu einer lockeren Geldpolitik gezwungen, um eine Deflation innerhalb des Euroraums abzuwenden. Das geringe Zinsniveau im Euroraum, unter dem nicht zuletzt die deutschen SparerInnen leiden, lässt sich somit auf den Überschuss an Ersparnissen zurückführen.

### Welche Gründe gibt es für die Ungleichgewichte zwischen den Ländern der Eurozone?

WirtschaftswissenschaftlerInnen sollten moralische Bewertungen möglichst vermeiden. Es geht hier also nicht darum, Anklage gegen Deutschland und seine Unternehmen mit ihren ausgezeichneten Exportergebnissen zu erheben. Vielmehr ist es offensichtlich, dass diese Funktionsstörungen in weiten Teilen auf die ungeeigneten Regelungen und Mechanismen der Eurozone zurückzuführen sind.<sup>2</sup> So lässt sich beispielsweise feststellen, dass die Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums seit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) im Jahr 1999 stark zugenommen haben. Die Erklärung liegt auf der Hand: Die Entstehung der WWU ging mit der Aufgabe der nationalen Währungen einher, welche durch eine einzige Währung ersetzt wurden. Somit fielen auch die Währungsangleichungen weg, die zuvor ein Ausgleichen des Außenhandels ermöglichten. Das eigentliche Problem ist jedoch, dass versäumt wurde, diesen Ausgleichsmechanismus durch einen neuen zu ersetzen. Die Folge: Während die wettbewerbsstärksten Länder – Deutschland, die Niederlande und Dänemark – wachsende Außenhandelsüberschüsse ansammeln konnten, verschlechterte sich der Zustand der weniger wettbewerbsstarken Länder, in denen die Inflation am höchsten ist, was wiederum zu deutlichen Außenhandelsdefiziten führte. Die Erfahrung bestehender Währungsunionen, wie etwa in den USA, zeigt, dass eine gemeinsame Haushalts- und Steuerpolitik, die wichtige finanzielle Transfers zwischen den Regionen der Währungsunion ermöglicht, wesentlich für ausgleichende Anpassungen ist. Doch genau daran mangelt es im Euroraum.

### Wie lässt sich eine Implosion des Euroraums verhindern?

Ohne eine Verringerung der Ungleichgewichte steuert die Eurozone

auf eine zweifache, wirtschaftliche wie politische Krise zu. Nicht nur die Ungleichgewichte sind untragbar, sondern auch die einigen Ländern, insbesondere in Südeuropa, auferlegte Politik. Früher oder später werden diese Länder aus der Eurozone austreten, sei es nun infolge massiver Spekulationen gegen sie seitens der Finanzmärkte oder aber aufgrund von eurokritischen Kräften, die an die Macht kommen, so wie dies in Frankreich bei den kommenden Wahlen im Frühjahr 2017 der Fall sein könnte.

3 einander weitgehend ergänzende Lösungsansätze lassen sich als Ausweg aus dieser gefährlichen Situation ausmachen.

Der erste Lösungsansatz sieht eine Änderung der Wirtschaftspolitik Deutschlands vor, besitzt dieses Land doch die zum Handeln wesentlichen Freiheitsgrade. Deutschland weist einen Haushaltsüberschuss auf und gewährleistet in weiten Teilen seine Zahlungsfähigkeit. Der restliche Euroraum hingegen zeigt ein erhebliches Haushaltsdefizit, das im Wesentlichen auf den Konjunkturrückgang zurückzuführen ist, und kann seine Zahlungsfähigkeit nicht gewährleisten. Einzig Deutschland ist demnach in der Lage, eine stärker auf Expansion ausgerichtete Haushaltspolitik auszuüben, weniger zu sparen, mehr zu investieren und seinen Außenhandelsüberschuss zu reduzieren und damit einhergehend die Defizite der südlichen Länder des Euroraums. Ehrgeizige staatliche Investitionen in Deutschland würden eine Sanierung der Infrastruktur ermöglichen, die in einem schlechten Zustand ist, und somit den deutschen BürgerInnen nutzen, ebenso wie dem Euroraum als Ganzes.

Der zweite Lösungsansatz besteht darin, die derzeitigen Regeln der WWU zu verstärken. Die deutsche Regierung reitet die ganze Zeit darauf herum, dass die gemeinsamen Regeln in Europa einzuhalten sind. Gleichzeitig verletzt sie jedoch die Regel des übermäßigen außenwirtschaftlichen Überschusses, indem sie die eigenen Überschüsse seit 2012 nicht verringert. Vor allem im Hinblick darauf, dass die Regelungen für Deutschland bereits sehr vorteilhaft sind, ist dies nicht hinnehmbar! Denn der Grenzwert für übermäßige Überschüsse liegt bei +6 Prozent des BIP und ist somit weniger einschränkend als die für Defizitländer geltende Norm von -4 Prozent. Eine derartige Reform der

Regelungen sollte sich von den 2 Prinzipien zur Reduzierung internationaler Ungleichgewichte inspiriert sehen, die John Maynard Keynes kurz nach dem 2. Weltkrieg vorstellte: a) die Festlegung symmetrischer Normen für Überschuss- und Defizitländer, b) Zinszahlungen auf Normüberschreitungen zur Ahndung undisziplinierter Länder.

Der dritte Lösungsansatz zur Vermeidung einer Implosion der Eurozone besteht darin, den noch nicht abgeschlossenen Aufbau der Währungsunion wie bereits beschrieben zu Ende zu führen. Dies bedeutet die Umsetzung einer „Transferunion“ innerhalb des Euroraums, die dazu dient, das Aufholen der weniger fortgeschrittenen Länder zu finanzieren. Damit einhergehen sollte, die WWU auch mit jener Säule auszustatten, die ihr bisher fehlt: eine ebenso haushaltspolitische wie politische Union. Ausgehend von diesem neuen Gebäude können sich der Euroraum und die EU als Ganzes den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen, angefangen bei der Energiewende, die massiver Investitionen in Höhe von bis zu 1,5 Prozent des BIP der EU bedarf.<sup>3</sup> Wird die Energiewende ohne ein bedeutendes gemeinsames Budget und eine europäische Umweltsteuer gelingen?



*Dominique Plihon*

Der Autor ist Professor an der Universität Paris Nord und Mitglied von Attac Frankreich

*Aus dem Französischen von Marlene Nagel.*

- 1 <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7734038/2-16112016-BP-EN.pdf/83d7d0a3-d726-42a7-b8bc-90330c93b935>.
- 2 Joseph Stiglitz (2016): Europa spart sich kaputt – Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und Europa einen Neustart braucht. Siedler Verlag, München.
- 3 Europäische Kommission (08.03.2011): Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft bis 2050. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0112:FIN:DE:PDF>.

# STEUEROASE DEUTSCHLAND UND IHRE WIRKUNG AUF DEN GLOBALEN SÜDEN

## Wie Deutschland im internationalen Geldwäsche- und Steuerfluchtgeschäft mitmischt

**In Deutschland ist man es gewohnt, in Sachen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Konzernsteuerflucht mit dem Finger auf andere zu zeigen. Deutschland ist das Opfer, „die Steueroasen“ die Bösen. Dabei spricht vieles dafür, dass Deutschland selbst ein sicherer Hafen für die gestohlenen Reichtümer von DiktatorInnen, Steuerfluchtgelder und Mafiavermögen aus aller Welt geworden ist. Obendrein sorgt Deutschland mit seiner Außensteuerpolitik und den Steuerverträgen mit Entwicklungsländern dafür, dass diese kaum etwas vom Steuerkuchen der Auslandsinvestitionen deutscher Konzerne abbekommen. Und die Bundesregierung wirft bei Verhandlungen um die Ausgestaltung internationaler Steuerregeln traditionell ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale, um zu verhindern, dass sich daran etwas ändert.**

**N**IGERIAS EHEMALIGER Diktator Sani Abacha soll über 5 Milliarden US-Dollar gestohlenen Vermögen ins Ausland gebracht haben. Als er 1998 unter dubiosen Umständen starb und sein Amtsnachfolger Olusegun Obasanjo die Rückholung der gestohlenen Staatsschätze in Angriff nahm, froren Großbritannien und die Schweiz Abachas Vermögen ein. Darunter waren offenbar Konten der Londoner Niederlassungen der Commerzbank und der Deutschen Bank.<sup>1</sup> Auch Luxemburg handelte und froh unter anderem 1,31 Milliarden DM bei der Luxemburg-Niederlassung der Hamburger Bank M. M. Warburg ein.<sup>2</sup> In einem Bericht des nigerianischen Generalstaatsanwaltes Bola Ige über die versteckten Gelder des Abacha-Regimes äußerte Ige den Verdacht, dass Abachas Gelder auch im deutschen Finanzsystem bei inländischen Banken angelegt waren.<sup>3</sup> Kurz nachdem der Bericht bei den Vereinten Nationen eingereicht wurde, erschossen unbekannte Täter Ige in seinem Haus. Es bleibt offen, ob zwischen dem Mord und dem Bericht ein Zusammenhang bestand.

### Transparenz und Bankenprüfungen in Deutschland: Fehlanzeige

Auf Nachfrage erläuterte die Bundesbank, dass hierzulande bis heute nie Kontensperrungen gegen den Abacha-Clan umgesetzt wurden.<sup>4</sup> Auch bei der Finanzaufsicht ist der

Kontrast zwischen den Reaktionen in der Schweiz und in Deutschland im Fall der Vermögen des Abacha-Clans beachtlich. Während die Schweizer Seite besondere Prüfungen bei den entsprechenden Banken durchführte, sind von der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht keinerlei Anstrengungen in diese Richtung bekannt. Die Schweizer Finanzaufsicht veröffentlichte das Ergebnis ihrer Prüfung, bei der nur 5 Banken keine Mängel nachgewiesen wurden. Bei 4 Bankengruppen waren die festgestellten Mängel so gravierend, dass diese formal verwandt, Vorstandsmitglieder entlassen oder deren gesamte Kundenbasis von externen PrüferInnen durchgegangen wurde.<sup>5</sup> In Deutschland hingegen sucht man selbst solche kleinen Schritte in Richtung Transparenz vergeblich.

Leider ist das kein Einzelfall. Immer wieder finden Kleptokraten- bzw. Potentaten-Gelder den Weg nach Deutschland. Informationen zu diesen Fällen dringen nur durch Un- oder Zufälle, und obendrein äußerst bruchstück- und lückenhaft an die Öffentlichkeit. Nachweislich hatten folgende Kleptokraten Konten, Vermögenswerte und andere Finanzbeziehungen in Deutschland, die ohne Mitwirkung inländischer Banken nicht möglich gewesen wären: Pinochet (Chile), Mobutu (Zaire/DRC), Janukowitsch (Ukraine), Mubarak (Ägypten), Ben Ali (Tunesien), Gaddafi (Libyen), Ni-

jasov (Turkmenistan), Saddam Hussein (Irak), und Paul Biya (Kamerun). Die Beschlagnahmung der Gelder findet in Deutschland wenn überhaupt nur auf internationale Sanktionsbeschlüsse hin statt, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass jemals solche Gelder aus Deutschland zurückgeführt wurden.

Gesetzeslücken in Deutschland erleichtern Korruption im Ausland. Gesetzeslücken machen es deutschen BankerInnen leicht, gestohlene ausländische Vermögen zu verwalten. Gelder aus ausländischen Korruptions-Straftaten wie Untreue, Vorteilsnahme oder Erpressung dürfen deutsche BankerInnen straffrei annehmen und verwalten – selbst dann, wenn sie wissen, dass das Geld aus diesen Straftaten stammt. Denn nur, wenn diese im Ausland begangenen Taten hier als Vortat zur Geldwäsche zählen, würden sich inländische BankerInnen gegebenenfalls (bei Vorsatz) der Geldwäsche schuldig machen. Die Engführung der Delikte, die beim politischen Amtsmissbrauch überhaupt als Geldwäschevortat infrage kommen, trägt sicherlich dazu bei, dass Banken ungestraft bleiben und deren Aufsichtsbehörden sowie Strafverfolgungsbehörden wenn überhaupt nur zögerlich nachfragen bzw. durchgreifen, wenn sie mit ungewöhnlichem Reichtum von PolitikerInnen in Berührung kommen.

### Wie die Ärmsten der Welt die westliche Wirtschaft subventionieren

Das ist in anderen Ländern durchaus anders. Vielerorts gelten Korruptionsdelikte auch über die Bestechlichkeit und Bestechung hinaus durchaus als Vortat zur Geldwäsche – etwa in den USA, Australien oder der Schweiz. So hat Deutschland laut einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Jahr 2013 anders als etwa die USA, Luxemburg, Großbri-

tannien oder Schweiz zwischen 2006 bis 2012 keinen einzigen Cent Korruptionsgelder eingefroren – denn die Rechtsgrundlage dafür fehlt. Korruptionsgelder können nicht beschlagnahmt werden – sie sind in Deutschland sicher. Dabei gibt es schon seit Jahren die Initiative zur Rückführung gestohlener Vermögenswerte (StAR) der Weltbank und der Vereinten Nationen, die gestohlene Gelder in die Ursprungsländer zurückführt.

Dabei geht es nicht um Kleckerbeträge. Allein der afrikanische Kontinent verlor zwischen 1970 und 2008 944 Milliarden US-Dollar, die als Offshore-Finanzanlagen oft bei europäischen und US-amerikanischen Banken angelegt sind. Diesem gewaltigen Finanzvolumen standen im Jahr 2008 offene staatliche Auslandsschulden derselben afrikanischen Staaten bei westlichen Staaten von nur 177 Milliarden US-Dollar gegenüber. Unter dem Strich wird so deutlich, dass weitaus größere Summen den afrikanischen Kontinent in Richtung Globaler Norden verlassen, als letztendlich über Entwicklungshilfekredite zurückfließt. Diese Summen stärken hier die Kaufkraft und Stabilität der westlichen Währungen, und sorgen für ein Überangebot an Kapital, das zu Verzerrungen und Konzentrationsprozessen in der (post-)industriellen Wirtschaft führt. Global gilt ein ähnlicher Befund. Zugespitzt kann man

also sagen, dass die Verwundbarsten und Ärmsten der Welt unseren Lebens- und Wirtschaftsstil subventionieren.

Nach Zahlen der Bundesbank liegen im deutschen Finanzsystem riesige Finanzvermögen von SteuerausländerInnen (2,5 bis 3 Billionen Euro verzinste Anlagen im August 2013), die potentiell der Steuerhinterziehung dienen, da deren Erträge in Deutschland nicht besteuert und auch bislang praktisch nicht an die Heimatländer der SteuerausländerInnen gemeldet werden. Mindestens 11 Prozent dieser Summe stammt aus Schwellen- und Entwicklungsländern, die Dunkelziffer dürfte deutlich höher ausfallen.

### Dringender Reformbedarf der deutschen Steuerpolitik

Der Schutz einer zögerlichen Veröffentlichungs- und intransparenten Verwaltungspraxis im Geldwesen genießt in Deutschland bis heute politisch höchste Priorität. Schon 2014 kämpfte die Bundesregierung im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Europäischen Union (EU) praktisch allein gegen die Veröffentlichung von Geldwäsche-Sanktionen, die in einem Entwurf zur 4. Geldwäscherichtlinie vorgeschlagen wurde. Bei diesen Verhandlungen führte die Bundesregierung ebenfalls die Gruppe der TransparenzgegnerInnen in punkto

öffentliches Register der Firmeneigentümer an.

Nach den Enthüllungen der Panama-Papiere wurde dann der deutschen Öffentlichkeit schnell eine Kehrtwende im Sinne eines Transparenzregisters und einer vollständigen Öffentlichkeit der Informationen in Aussicht gestellt. Der im Februar 2017 vom Kabinett vorgestellte Entwurf für ein sogenanntes Transparenzregister im Rahmen der Novellierung des Geldwäschegesetzes entpuppt sich jedoch als dreiste Mogelpackung. Die Hintermänner deutscher Firmen sollen nun nicht öffentlich gemacht werden, auch wenn bekannt ist, dass organisiertes Verbrechen und viele Briefkastengesellschaften aus dubiosen Steueroasen gern als Aktionäre deutscher Kapitalgesellschaften auftreten und Korruption florieren kann. Der Vorschlag aus der Feder des Finanzministeriums degradiert Presse und Zivilgesellschaft zu BittstellerInnen, die bei „berechtigtem Interesse“ das Register einsehen dürfen – aber ebenso gut willkürlich abgewiesen werden können.

Es wird höchste Zeit, dass sich Deutschland vom Irrweg einer Steuer- und Verdunkelungsoase verabschiedet und einen grundlegenden Politikwechsel einläutet.



Markus Meinzer

Der Autor ist Vorstandsmitglied und Senior Analyst beim Tax Justice Network und Autor diverser akademischer Beiträge zum Thema Steueroasen und Schattenfinanzplätze sowie des Buches ‚Steueroase Deutschland‘, das 2015 bei C. H. Beck erschienen ist.

- 1 <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/1576527.stm>.
- 2 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-16525418.html>.
- 3 Bola Ige (2002): Abacha and the Bankers: Cracking the Conspiracy. United Nations Office on Drugs and Crime: Forum on Crime and Society, New York, S. 111-118.
- 4 Telefonat mit Bundesbank am 24.2.2014.
- 5 [www.icc-ccs.org/media/case\\_upload/Switzerland%20September%202000%20SFCB%20report.pdf](http://www.icc-ccs.org/media/case_upload/Switzerland%20September%202000%20SFCB%20report.pdf).



© WeiterWinkel (BY-NC 2.0)

Panama, Cayman-Inseln, Irland, Schweiz, Liechtenstein, ... und Deutschland?!

# SIEMENS

## The future moving in.

© Alan Levine (BY 2.0)

In Indien machte Siemens die Eröffnung zweier Firmen von Steuererleichterungen abhängig.

## STEUERSENKUNG ALS EXPORTFÖRDERUNG

### Deutsche Unternehmen als Profiteure des Steuerwettbewerbs

**Deutsche Unternehmen profitieren davon, dass selbst arme Länder ihnen noch Steuervergünstigungen geben, nur um sie anzulocken. Die heute üblichen Steuerabkommen verschieben außerdem eher Gewinne und damit Steuern nach Deutschland als sie in ärmeren Ländern zu lassen. Auch nutzen deutsche Unternehmen Steueroasen, um Steuern zu vermeiden. Reformen der internationalen Besteuerung sind deshalb dringend nötig.**

**D**EUTSCHE EXPORTE und Auslandsinvestitionen haben viele Voraussetzungen – eine davon ist Steuerpolitik. Zwar wird kein Unternehmen größere Investitionen oder Exporte nur von Steuern abhängig machen, aber die Höhe der Steuern spielt dennoch eine Rolle. Das wird auch im Entwurf des neuen „Marshallplan mit Afrika“ des Entwicklungsministeriums deutlich: Zwar wird die Bedeutung von Steuern für Entwicklung betont und zu Maßnahmen gegen aggressive Steuervermeidung von Unternehmen aufgerufen. Der Plan befürwortet jedoch zugleich „Steueranreize“ und „entwicklungsförderliche Doppelbesteuerungsabkommen“.

Die internationale Steuerpolitik besteht heute vor allem aus diesen rund 3.000 bilateralen Steuerabkommen. Sie regeln die Besteuerung grenzüberschreitender Geschäfte von Unternehmen. Hauptziel ist es, „Doppelbesteuerung“ zu vermeiden.

In der Praxis heißt das für ein deutsches Unternehmen meist, dass es für seine Auslandsgeschäfte keine Steuern in Deutschland zahlt, sondern nur in dem Land, wo es seine Geschäfte tätigt. Sofern der Steuersatz im Ausland niedriger ist – was häufig der Fall ist –, spart das Unternehmen Steuern.

#### Steuerwettbewerb und die unsichtbare Hand des Lobbyismus

Nun kann man es für richtig halten, dass das deutsche Unternehmen nur die ausländische Steuer zahlt. Doch führt das dazu, dass gerade ärmere Staaten ausländisches Kapital über Steuersenkungen anzulocken versuchen. Das reicht von Sonderwirtschaftszonen über reduzierte Sondersteuersätze bis hin zu langfristigen Absprachen über Steuern. In Subsahara-Afrika haben solche Steuererleichterungen stark zugenommen: Gewährten sie 1980 nur 40 Prozent der Staaten, waren es 2005 80 Prozent.<sup>1</sup>

Davon profitiert zum Beispiel der DAX-Konzern HeidelbergCement, der in Tansania in einer Sonderwirtschaftszone aktiv ist. Dort zahlt ein Unternehmen für 10 Jahre weder Steuern auf Gewinne, Dividenden, Zinsen oder Mieteinnahmen noch lokale Steuern. Bei Zöllen, Mehrwertsteuern und Steuern für Rohstoffe gibt es Reduzierungen.<sup>2</sup> Ein anderes Beispiel ist die Firma Bosch, die in Vietnam als „High-Technology“-Hersteller Steuervergünstigungen erhält.

Doch Steuervergünstigungen fallen nicht einfach vom Himmel. Der Direktor von Bosch Vietnam drohte dem vietnamesischen Minister für Planung und Investitionen 2012 damit, dass Bosch sich einen neuen Standort für eine Erweiterung suchen werde, wenn es keine Steuererleichterungen gebe. Bosch hatte in Vietnam bereits über 100 Millionen US-Dollar investiert und stellte eine Erweiterung auf bis zu 322 Millionen US-Dollar in Aussicht.<sup>3</sup>

Ähnlich agierte Siemens in Indien: Die Eröffnung zweier Firmen wurde unverhohlen vom Ausgang einer Steuerreform abhängig gemacht. Wie diese Reform aussehen soll, machte der Vizepräsident von Siemens in Asien klar:<sup>4</sup> Indien solle den Unternehmens-

steuersatz auf 25 Prozent senken und seine Steuer auf Dividenden sowie die allgemeine Regel gegen Missbrauch von Steuergesetzen – wie es sie ebenfalls in Deutschland gibt – abschaffen.

### Unfaire Steuerabkommen

Ein anderer Steuernachteil bei Exportgeschäften entsteht ärmeren Staaten dadurch, dass das typische Steuerabkommen mit Deutschland auf einem Muster der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beruht. Diesem zufolge existiert eine sogenannte „Betriebsstätte“, die besteuert werden kann, erst ab einer recht hohen Schwelle, was Länge und Form der Aktivität angeht. Außerdem sind Quellensteuern auf Zahlungen von Dividenden, Zinsen oder Lizenzgebühren in den Produktionsländern nur begrenzt zulässig. Stattdessen gehen die Gewinne vor allem an die Sitzstaaten der Unternehmen, wo sie dann besteuert werden. Quellensteuern wären aber wichtig für ärmere Länder, wenn dort die Produktion stattfindet. Deshalb haben die Vereinten Nationen (UN) nach der OECD ein eigenes Musterabkommen entwickelt, das eher dem Interesse der Entwicklungsländer dient.

Eine Analyse von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) hat 2013 gezeigt, wie es um die Quellensteuern in deutschen Abkommen mit Entwicklungsländern steht: Der maximal zulässige Steuersatz beträgt im Durchschnitt für Zinsen 7,7 Prozent und für Lizenzgebühren 8,5 Prozent. Diese Sätze sind niedrig im Vergleich zu den rund 30 Prozent Gewinnsteuern, die später in Deutschland bezahlt werden müssen.

Als 2013 vom Finanzministerium erstmals eine „Verhandlungsgrundlage“ für Steuerabkommen veröffentlicht wurde, betonte man als Idealziel eine Null-Besteuerung an der Quelle. Diese lasse sich aber, so das Ministerium damals, bei Entwicklungsländern nicht erreichen, da diese eben ein Interesse an Quellensteuern haben – zumindest möglichst niedrig sollten die Steuern aber ausfallen. Das Ministerium behauptet zwar inzwischen, dass es schon eine spezielle Grundlage für die Verhandlungen mit Entwicklungsländern habe, die stärker auf deren Interessen eingeht, veröffentlichen will sie diese – anders als die allgemeine Verhandlungsgrundlage – aber nicht.

Zum Teil wurden diese Verteilungsprobleme bei den Arbeiten von

G20 (Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) und OECD gegen ‚Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung‘ (englisch BEPS) aufgegriffen: Betriebsstätten sollen nun weiter definiert sein, so dass ein Land besteuern kann, wenn ein Konzern dort nur Logistik oder Warenlager unterhält. Doch die Auseinandersetzung geht weiter: Jetzt muss nämlich noch entschieden werden, welche Gewinne der neuen Betriebsstätte zugeordnet werden, und hierzu wurde bisher bei den G20 keine Einigung zwischen den Schwellen- und Industrieländern erzielt.

Zudem wurde eine Stärkung der Quellensteuern von den G20 nicht grundsätzlich diskutiert, weil sich die Industrieländer verweigerten. Ironischerweise hat die deutsche Regierung im Januar aber ein Gesetz vorgelegt, das für Deutschland die Quellenbesteuerung bei Lizenzen stärken soll. In der Begründung wird beklagt: „Da eine Vielzahl der deutschen Doppelbesteuerungsabkommen einen Nullsteuersatz auf Lizenzzahlungen vorsieht [...], wäre es möglich, dass es multinationalen Unternehmen auch weiterhin gelingen wird, Gewinne durch Lizenzzahlungen auch in solche Staaten zu verlagern.“ Was für Deutschland recht ist, wäre für ärmere Länder nur billig.

### Aggressive Steuervermeidung gehört zum Geschäft

Die deutschen Exportunternehmen profitieren nicht nur von den Steuerabkommen. Sie senken ihre Steuern zusätzlich durch aggressive Steuerplanung. Eine Analyse ergab, dass alle DAX-Konzerne und großen deutschen Familienunternehmen Tochterfirmen in Steueroasen haben, vor allem in den Niederlanden, Luxemburg, Irland, der Schweiz, Hongkong und Singapur.<sup>5</sup> Zudem halten viele Unternehmen ihre Töchter in ärmeren Ländern über Töchter in Steueroasen. Zum Beispiel besitzen Siemens, Bosch, Henkel, Continental, BASF, Brenntag und BMW Tochtergesellschaften in Südafrika über irische oder niederländische Töchter. Auch wenn dabei Steuervermeidung im Detail oft nicht zu beweisen ist, gibt es doch viele Hinweise darauf.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass deutsche Konzerne häufig in Auseinandersetzungen mit ausländischen Steuerbehörden involviert zu sein scheinen. Auch hier nur einige Beispiele: In Argentinien hatten

Volkswagen, Daimler und der Agrarhändler Töpfer lange juristische Auseinandersetzungen, die sie teils verloren haben. BMW soll in Indien 2013 120 Millionen US-Dollar zu wenig an Steuern gezahlt haben, da importierte Autoteile falsch klassifiziert wurden.

Die ärmeren Länder müssen ihren fairen Anteil an den Gewinnen multinationaler Konzerne bekommen, auch auf Kosten des deutschen Exportmodells. Dazu braucht es die Nutzung von UN- statt OECD-Standards, einen Regierungsausschuss zu Steuern bei den Vereinten Nationen, die Schließung aller Steueroasen und stärkere Steuerverwaltungen. Langfristig wäre die Lösung eine Gesamtkonzernsteuer, bei welcher der globale Konzerngewinn ermittelt und anhand von Aktivitätskennzahlen auf die Länder verteilt wird.



Markus Henn und  
Lisa Metzinger

Markus Henn ist Referent für Finanzmärkte bei der Organisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung in Berlin. Lisa Metzinger studiert International Economics in Tübingen und absolviert derzeit ein Praktikum bei WEED.

- 1 Michael Keen/Mario Mansour (2009): Revenue Mobilization in Sub-Saharan Africa: Challenges from Globalization. IMF Working Paper 09/157.
- 2 KPMG (2016): Africa Incentive Survey 2016. „Africa is open for business“. A guide to tax/incentives in Africa.
- 3 Vietnam Investment Review (13.7.2012): Bosch Vietnam fires off an incentives warning. Bosch Vietnam wants more incentives to muscle up its investment in the country.
- 4 International Tax Review (18.2.2015): Budget Preview: Siemens on how tax may hold the key to „Make in India“.
- 5 WEED (2015): Aktivität deutscher Großunternehmen in Steueroasen/ Schattenfinanzplätzen und Investitionen darüber in Entwicklungs- und Schwellenländer sowie in deren Sonderwirtschaftszonen. [http://www2.weed-online.org/uploads/tabelle\\_aktivitaet\\_deutscher\\_grossunternehmen.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/tabelle_aktivitaet_deutscher_grossunternehmen.pdf).

# EXPORTIEREN UM JEDEN PREIS?

Wie aus der Fixierung auf Agrarexporte sehr viel Handel mit vielen Nebenwirkungen wurde

**Hätten Sie's gewusst? Seit Jahrzehnten ist Deutschland Netto-Nahrungsmittelimporteur, hat also jedes Jahr mehr Geld für importierte Agrarprodukte ausgegeben als für exportierte Waren landwirtschaftlichen Ursprungs eingenommen. Aber es ist nicht, wie es immer war. Der Wert der Agrarexporte des Landes hat sich von 1990 bis 2015 mehr als vervierfacht.<sup>1</sup> Deutschland ist 2015 zugleich Weltranglisten-Dritter beim Export von Agrargütern und Nummer 3 der weltweit am meisten importierenden Länder.**

**D**ER BUNDESAGRARMINISTER Christian Schmidt gibt gerne den Handelsreisenden und jetzt in den Iran, nach Uruguay, Brasilien und Argentinien. Mit einem Exportgipfel wollte Schmidt im Oktober 2015 den Willen der Regierung unterstreichen, Agrarexporte weiter zu stärken. 2016 stellte er die neuen Fördermaßnahmen seines Hauses vor: Für Messeteilnahmen im Ausland gibt es Zuschüsse, für Investitionen in der Ferne Ausfallbürgschaften. An seiner Seite weiß der Minister in dieser Frage den Deutschen Bauernverband, der seit Langem für mehr Weltmarktorientierung trommelt.

Bauernverband und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) befürworten die umstrittenen Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada beziehungsweise den USA. Die Auseinandersetzung um TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft EU-USA) und CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada) haben aber auch gezeigt, dass der mächtige Bauernverband keinesfalls ungebrochen Zustimmung zu seinem Kurs erfährt. Zu viele Bäuerinnen und Bauern erleben, wie gnadenlos sie in diesem Hamsterrad aus immer mehr Produktion zu immer geringeren Preisen im Stich gelassen wurden.

Die Milchpreiskrise führte 2015 und 2016 drastisch vor Augen, wohin die Politik der billigen Massenprodukte führt: Jeden Tag gaben 2015 im Schnitt 8 Milchviehbetriebe (oft nach Generationen kontinuierlicher Kuhhaltung) auf. Tägliche Verluste zwangen dazu und trieben andere Höfe tiefer in die Schuldenfalle. Auch die, die

vermeintlich „alles richtig gemacht“ und umfangreich in neue Ställe und größere Herden investiert hatten.

„Nebenbei“ zerstört überschüssiges Fleisch oder massenweise billiges Milchpulver in anderen Ländern Existenzperspektiven und führt zu scharfer Kritik kleinbäuerlicher Netzwerke und entwicklungspolitischer Organisationen.

## Neoliberale Politik gegen bäuerliche Landwirtschaft

Die heutige Export-Orientierung hat zahlreiche Wurzeln. Da wären die Welthandelsorganisation (WTO), die Europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Lissabon-Strategie der EU und nicht zuletzt umtriebige

LobbyistInnen der international agierenden Agrarkonzerne.

Als die damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 zum ersten Mal Pläne einer Gemeinsamen Agrarpolitik verabschiedeten, litt die Landwirtschaft noch an den Folgen des Krieges. Die Ernährung der Bevölkerung war sicherzustellen und der Wiederaufbau auf dem Lande zu stärken. Dafür wurden umfangreich Gelder bereitgestellt – der größte Posten des EU-Haushaltes. Die Preissicherungsstrategie ging zunächst auf – aber sie führte zu einer Überproduktion, die nicht mehr kontrollierbar schien. Milchseen und Butterberge und in den Meeren verklappte Tomaten zeigten in den 80ern, dass eine Strategieänderung hermusste. Neben Absatzförderungen und Flächenstilllegungsprämien kam die Orientierung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

In dieser Zeit verhandelten die Staaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT die Grün-



Deutschland ist Exportweltmeister beim Schweinefleisch. Auch die hierzulande weniger nachgefragten Schweinefüße schicken wir bis nach China.

© flippy whale (BY-NC 2.0)

derung der Welthandelsorganisation WTO. Die „Globalisierung“ war in aller Munde und wurde auch nach Margaret Thatcher und Ronald Reagan weitestgehend neoliberal gedacht. Möglichst wenig Staat und möglichst viel Spielraum für die Wirtschaft waren das Credo. Die Regierungen der handelsstarken Länder versprachen ihren WählerInnen Wohlstand und Wachstum und unterstützten auf vielfältige Weise besonders große Wirtschaftsakteure in ihrem eigenen Land. Die Mitgliedsländer der EU vereinbarten im Jahr 2000 ihre „Lisabon-Strategie“. Die EU zielt darauf ab, der weltweit stärkste Wirtschaftsraum zu werden und beim Export alle anderen zu übertrumpfen.

Dabei hatte die Landwirtschaft immer eine gewisse Sonderrolle inne. Während es in etlichen Teilen der Agrarbranche echte Großkonzerne gibt (Pestizide, Saatgut, Dünger, internationaler Handel, Lebensmittelverarbeitung, Einzelhandel), passiert der tatsächliche Anbau und die reale Tierhaltung an ganz vielen Orten, direkt auf der Scholle. Wenn Menschen auf dem Lande keine Perspektiven mehr sehen, ziehen sie in die Städte – und nicht zuletzt gerät die Versorgung der Bevölkerung in Gefahr.

Die tödlichen Folgen der umfangreich gewährten Exportsubventionen in den Ländern des Globalen Südens wurden durchaus diskutiert und auch ökologische Fragen der ungebremsten Produktion. Aber während die WTO den Abbau von Exportsubventionen zum Prinzip machte, nahm sie dieser Entscheidung durch lange Übergangsfristen erstmal die Wirkung. Gleichzeitig setzte die WTO auf Marktöffnungen, damit den Exportwilligen möglichst keine Kundschaft, wo auch immer auf der Welt, entkommen konnte.

Die EU-Agrarpolitik bildete beides ab: Um Exportprodukte nicht mehr so umfangreich direkt zu fördern, wurden die Subventionen von tatsächlich gehaltenen Tieren oder angebauten Feldfrüchten entkoppelt und nach und nach kamen Umweltauflagen für die Bäuerinnen und Bauern dazu. Die Idee, den globalen Wettbewerb weiterzuentwickeln, trat in den Vordergrund. Gerade der Bauernverband, an dessen Tischen immer auch die größten AgrarhändlerInnen und Saatgutunternehmen, Molkereien und DüngefabrikantInnen ihren Platz hatten, schwärmte von schier unendlichen Märkten in aller Welt.

### Die Globalisierung der Tierhaltung

2016 war Deutschland Exportweltmeister beim Schweinefleisch. Das geht unmittelbar einher mit einer Rekordnachfrage nach Eiweißfutter für die Schweine, das aus Brasilien oder Argentinien in Form von Soja die Import-Zahlen in die Höhe treibt.

Diese Zahlen drücken viele „Nebenwirkungen“ nicht mit aus. Nicht die Züchtung auf immer schnelleres Erreichen der Schlachtreife bei großem Leid für die Tiere und nicht das Gülleproblem: Dem umfangreichen Nährstoffimport steht eine Überlastung der Böden und des Grundwassers hierzulande mit Nährstoffen gegenüber. Zu den dunklen Seiten der Massenproduktion gehören auch Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen, die FernsehzuschauerInnen eher aus Reportagen aus Ländern des Globalen Südens kennen. Dort schufteten LeiharbeiterInnen aus Rumänien, kennen kaum ihre Rechte, werden schlecht bezahlt und müssen für Unterkunft und Arbeitswerkzeug extra zahlen.

Ein wachsender Teil des Schweinefleisches wird bis ins ferne China verschickt, vom Schnitzel bis zu den in Deutschland weniger nachgefragten Schweinefüßen, -köpfen oder -ohren. Trotzdem sind die wichtigsten Fleischhandelspartner weiterhin innerhalb der EU zu finden. Dort fällt es aber wohl selbst Fans von Agrarexporten schwer, die Vorteile des großen Grenzverkehrs zu erkennen. Wem nützt es, wenn 2015 Fleisch für 1,07 Milliarden Euro von Deutschland in die Niederlande gefahren und für 1,18 Milliarden Euro Fleisch in die Gegenrichtung auf Straße und Schiene geschickt wird?<sup>2</sup>

### Welternährung predigen, „Energiepflanzen“ beschließen

Das Volumen des Agraraußenhandels stieg auch, weil Bundesregierung und EU Energiepflanzen zu einem Zukunftsprojekt erklärten. Seit 2011 ist im E10-Benzin ein Zehntel Sprit pflanzlichen Ursprungs vorgeschrieben. Dafür wird unter anderem Mais angebaut und Zuckerrohr importiert. Von den 1,5 Millionen Tonnen Palmöl, die jährlich in die Bundesrepublik importiert werden, landet über die Hälfte als Biodiesel im Tank.

Schon 2008 erklärte die Weltwasserkonferenz, dass die verfügbaren Mengen unbelasteten Süßwassers nicht für die Masse der geforderten Energiepflanzen und die Nahrungs-

pflanzen gleichzeitig reichen. Im selben Jahr kam es weltweit zu drastischen Preissteigerungen der Lebensmittel und Hungerprotesten. Identifiziert wurden dafür mehrere Ursachen, aber die Treibstoffproduktion aus Lebensmitteln spielte eine zentrale Rolle dabei.

### Gegenwind macht Hoffnungen – muss aber noch auffrischen

Während die bisherigen Bundesregierungen und die Funktionäre des Deutschen Bauernverbandes wenig Einsicht zeigen, wird der Widerstand gegen ihre Exportstrategie stärker. Die Breite und Wirkung der Bewegung gegen das TTIP-Abkommen macht Hoffnungen für die zukünftigen Auseinandersetzungen um die Fragen der Export-Orientierung und ihrer Rahmenbedingungen. Im Zuge der Milchkrise formulierten viele Milchbäuerinnen und -bauern die Notwendigkeit von Mengenreduzierungen. Innerhalb der WTO entwickelten viele Länder des Globalen Südens schon vor Jahren eine deutliche Opposition gegen die pauschale und ständige Marktöffnungsforderung der exportstarken Staaten.



Jutta Sundermann

Die Autorin lebt als freie Publizistin und Aktivistin in einem Hofprojekt im Landkreis Verden. Sie gründete 2000 Attac in Deutschland mit und entwickelte dort zahlreiche Kampagnen wie zum Discounter Lidl und zum Thema Lebensmittelspekulation mit. 2014 gründete sie Aktion Agrar.

- 1 BMEL (2015): Deutscher Agraraußenhandel 2015. [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agraraussenhandel2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agraraussenhandel2015.pdf?__blob=publicationFile).
- 2 BMEL (2015): Deutscher Agraraußenhandel 2015. [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agraraussenhandel2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agraraussenhandel2015.pdf?__blob=publicationFile).



© Michael Reckordt

Noch freie Plätze – Elektromobilität in Südafrika.

# EXPORTWELTMEISTER 4.0 – INDUSTRIE 4.0

## Revolution im Norden, Kontinuität der Ausbeutung im Süden

**Für Produkte ‚Made in Germany‘ importiert Deutschland nahezu 100 Prozent der benötigten Primärmetalle. Das Umweltbundesamt (UBA) erwartet, dass wir 2030 das Dreifache an Aluminium und Zink sowie das Doppelte an Kupfer, Chrom, Gold und Platin im Vergleich zum Jahr 2010 verbrauchen werden. Durch die Digitalisierung der Wirtschaft im Zuge von Industrie 4.0 kann der Verbrauch von Zukunftsmetallen wie Seltenen Erden oder Lithium noch dramatischer werden. Die sozialen und ökologischen Folgekosten werden dabei externalisiert und bleiben den Gemeinschaften in den Abbauregionen überlassen.**

**S** EIT EINIGEN JAHREN versprechen Wirtschaft, Politik und Forschungsinstitute die vierte Welle der industriellen Revolution. Im angelsächsischen Raum wird vom Internet der Dinge („Internet of Things“) gesprochen; in Deutschland firmiert die Digitalisierung der Fertigung und des Vertriebs unter dem Begriff „Industrie 4.0“. Für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist Industrie 4.0 ein radikaler Strukturwandel: „Neue Daten, Vernetzung, Automatisierung und die digitale Kundenschnittstelle sprengen bestehende Wertschöpfungsketten.“ Industrie 4.0 sei die Neukonfigurierung des globalen Produktionssystems oder gar eine

„Reindustrialisierung“. Industrie 4.0 ist nicht nur die Digitalisierung der horizontalen und vertikalen Wertschöpfungsketten der Unternehmen, sondern wird auch große Veränderungen im Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Unternehmen nach sich ziehen. Der BDI rechnet, dass ein Zuwachs von 1,25 Billionen Euro an industrieller Bruttowertschöpfung bis 2015 möglich ist, warnt aber auch vor möglichen Verlusten in Höhe von 605 Milliarden Euro in der Wertschöpfung, wenn nicht die passenden Weichen gestellt werden. Industrie 4.0 ist also das Versprechen, Exportweltmeister bleiben zu können, wenn nur die Chancen genutzt werden.

**Fehlender sozio-ökologischer Diskurs**

Es sind vor allem große Wirtschaftsverbände aus dem Bereich Elektronikindustrie (ZVEI), Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sowie der Verband der digitalen Industrie (BITKOM), die, unterstützt von der Bundespolitik, den Diskurs der Industrie 4.0 und entsprechende Umsetzungsprozesse vorantreiben. Alle drei Verbände sind wichtige Mitglieder im BDI und haben die Plattform Industrie 4.0 initiiert. „Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries und Bundesforschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka steuern und leiten die Plattform gemeinsam mit hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften“, steht auf der Homepage der Plattform. Das Ziel ist, gemeinsame Handlungsempfehlungen für einheitliche und verlässliche Rahmenbedingungen auszuarbeiten. Zwar arbeitet das von der Industrie dominierte Bündnis in der Plattform mit einigen Forschungsinstituten und der Gewerkschaft IG Metall zusammen, eine Beteiligung von Umwelt- oder Entwicklungsver-

bänden findet aber nicht statt. So fehlt bislang auch jeglicher Diskurs über ökologische und menschenrechtliche Auswirkungen von Industrie 4.0.

### Die industrielle Veränderung wirkt gewaltig

In einer vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) im Jahr 2015 erarbeiteten Zukunftsvision geht die Bundesregierung von Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen aus: Dazu gehören neue Marktchancen und Exportmöglichkeiten, eine nachhaltigere Wirtschaft inklusive Ressourcenschonung und Energieeffizienz, Entstehung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, neue Freiräume und soziale Teilhabe sowie eine steigende Lebensqualität, „weil die Digitalisierung zum Nutzen der Menschen eingesetzt wird“. Das klingt so, als würden einige der drängenden Probleme der Zukunft bald gelöst werden.

Industrie 4.0 verspricht, dass durch die Entwicklung von neuen Technologien gewisse Krisen gelöst werden können. So sollen Wertschöpfungsketten ressourceneffizienter neuorganisiert werden. Industrie 4.0 hat im Kern ein ähnliches Versprechen wie die Grüne Ökonomie. „Mit mehr technologischer Innovation schaffen wir die Effizienzrevolution und die Entkopplung der Wirtschaftsleistung vom Energie und Materialverbrauch“, fassen die KollegInnen der Heinrich-Böll-Stiftung, Thomas Fatheuer, Lili Fuhr und Barbara Unmüßig, in ihrer ‚Kritik der Grünen Ökonomie‘ die Ziele der selbigen zusammen. Beiden Narrativen kann man eine Technologiegläubigkeit unterstellen, die blind ist „für Fragen der Macht und Politik und für Fragen von Gerechtigkeit und Demokratie“.

In Studien betont die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) – laut eigener Aussage das rohstoffwirtschaftliche Kompetenzzentrum der Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe – derweil, dass die Digitalisierung der Industrie und die dafür benötigten Technologien, wie Sensoren, Radio Frequency Identification (RFID)-Tags, Industrie-Roboter, Displays oder bleifreie Lote, andere Rohstoffe in hohem Maße verbrauchen. Alleine für 42 Zukunftstechnologien, so schätzt die DERA, wird bis 2035 das Vierfache der heutigen Produktion an Lithium, das Dreifache an Schweren Seltenen Erden sowie das Anderthalbfache an Leichten Seltenen Erden und Tantal benötigt. Durch die

häufige Nutzung von Elektronik gehen ExpertInnen davon aus, dass die weltweite Kupfer-Nachfrage in den nächsten Jahren bis 2050 zwischen 213 und 341 Prozent zunehmen wird.

### Keine Atempause, Geschichte wird gemacht: Es geht voran

Diesen vollkommen verantwortungslosen Mehrverbrauch an metallischen Rohstoffen, der schon heute zu gewaltsamer Vertreibung, politischen Morden und ökologischen Katastrophen führt, wird mit einem starken Glauben an den Fortschritt begegnet. Dieser Glaube grenzt stellenweise gar an Wahnsinn. So sprechen VertreterInnen der Wirtschaft und Politik teilweise von einer Dematerialisierung durch die Industrie 4.0. In einer von der Deutschen Telekom finanzierten Publikation wird vorgerechnet, dass im Bereich der E-Paper – durch elektronische Zeitungen und Bücher – ein Einsparpotential von 9,5 Millionen Tonnen Papier bestünde. Dies würde einem theoretischen Reduktionspotential der Treibhausgase um 4,5 Megatonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen entsprechen. Nun fehlt in dieser Rechnung scheinbar die Einberechnung der E-Reader und Computer, die man benötigt, um in Zukunft die Daten zu lesen. Auch der elektrische Strom, den diese Geräte in Produktion und Betrieb benötigen sowie der für Recycling aufgewendet wird, müssten mit den Einsparzielen verglichen werden. Und selbst wenn diese mitberechnet würden, bleibt Holz im Gegensatz zu metallischen Rohstoffen ein nachwachsender Rohstoff. Zumal die Metalle häufig in so kleinen Mengen, als Legierungen, Lötunkte etc., in den Elektronikprodukten aufgetragen werden und deshalb nicht zurückgewonnen werden können, dass sie de facto verbraucht werden.

Die Potenziale der Dematerialisierung sind bisher nur an Einzelbeispielen analysiert und noch nicht systematisch zusammengetragen worden. Doch schon jetzt scheint es auch in der Industrie eine Skepsis zu geben, ob die Dematerialisierung Wirklichkeit wird. „Für die Technologien von morgen brauchen wir mehr Rohstoffe – für ein Elektroauto zum Beispiel 60 Kilogramm mehr Kupfer, 50 Kilogramm mehr Aluminium, 20 Kilogramm mehr Stahl und 10 Kilogramm mehr Nickel als für einen herkömmlichen Verbrenner. Bei Erneuerbaren Energien und der Telekommunikation spielen Aluminium, Kupfer, Mag-

nesium, Nickel, Zink, Blei und andere Metalle ebenfalls eine wichtige Rolle“, schreibt zum Beispiel die Wirtschaftsvereinigung Metalle auf ihrer Homepage. Der BDI wird noch deutlicher: „Ohne Rohstoffe keine Energiewende, keine Elektromobilität, keine schnellen Breitbandnetze, und keine Industrie 4.0“, schreibt er im Rahmen seines fünften Rohstoffkongresses im Jahr 2016, der den Titel hatte: ‚Rohstoffsicherung 4.0‘.

Auch die von Politik und Industrie beschworene Ressourceneffizienz muss nicht zwangsläufig zu einer Verringerung des Verbrauchs führen. Wie uns die Forschung zu Rebound-Effekten zeigt, werden knapp 50 Prozent der Effizienzeffekte durch höheren Verbrauch der Mehrproduktion und stärkeren Konsum aufgefressen. Bei vielen Entwicklungen wird es also nicht um eine Dematerialisierung oder eine höhere Effizienz gehen, sondern vor allem um einen Wechsel der Rohstoffströme. Fossile oder nachwachsende Rohstoffe werden bei Elektromobilität und Erneuerbaren Energien durch metallische Rohstoffe ersetzt. Eine Dematerialisierung findet nicht statt.

Ebenfalls ungeklärt ist bisher der Einfluss von Industrie auf zunehmende Gefahren für Mensch und Umwelt durch Hackerangriffe auf Großindustrieanlagen wie Schmelzen und Raffinerien, den Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in den Ländern des Globalen Südens sowie den Energieverbrauch durch die Digitalisierung von Billionen von Gegenständen. Industrie 4.0 birgt das Risiko, die planetarischen Grenzen endgültig überzustrapazieren. Es wird Zeit, dass sich Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen in die Diskussion einmischen!



Michael Reckordt

Der Autor arbeitet bei PowerShift als Koordinator des AK Rohstoffe, einem bundesweiten Netzwerk von Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen.

Die ausführliche Studie inklusive einer Betrachtung der rohstoffpolitischen Auswirkungen und ausführlichen Quellen steht online zur Verfügung unter: <https://power-shift.de/ressourcenfluch-4-0/>.



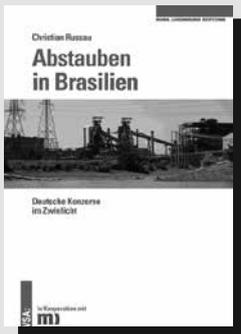
## BILLIGES MILCHPULVER FÜR DIE WELT Das Auslaufen der EU-Milchquote und die Milcherzeugung und -exporte in Deutschland und der EU

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Brot für die Welt, Germanwatch, Misereor (10/2015)

Beginnend mit der Einführung der Milchquote über die Milchexporte bis hin zu derzeitigen Regelungen analysiert dieses Hintergrundpapier die Auswirkungen der EU-Milchpolitik auf die europäische und internationale Milchbranche. Die Studie kritisiert, dass von der aktuellen Exportstrategie bäuerliche Betriebe und ländliche Räume in

der EU ebenso negativ betroffen sind, wie viele Milchbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern. Ein grundlegender Strategiewandel sei daher notwendig.

Download unter: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-billiges-milchpulver-fuer-die-welt-2015.pdf>



## ABSTAUBEN IN BRASILIEN Deutsche Konzerne im Zwielicht

Christian Russau; eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg Stiftung in Kooperation mit medico international (2016)

Die Global Player der deutschen Wirtschaft sind alle in Brasilien aktiv. Der Autor geht in diesem Buch der Frage nach, wie sie es mit Menschenrechten und Umwelt halten und welche unrühmliche Rolle deutsche Politik und Konzerne während der Militärdiktatur in Brasilien spielten. Dabei waren die deutschen Konzerne nie alleine. Schon früh in

den deutsch-brasilianischen Beziehungen offenbarte sich das geschickte Doppelgespann von Wirtschaftshandeln und Politik.

Erhältlich als Buch auf: <https://www.fdcl.org/publication/2016-10-22-abstauben-in-brasilien/>



## UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH Der deutsche Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte gemessen an Rahmensetzungen in anderen Ländern

Brot für die Welt, Germanwatch (12/2016)

Die deutsche Bundesregierung hat zu Beginn der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) angekündigt, einen ambitionierten Aktionsplan vorlegen zu wollen. Es zeigt sich jedoch, dass das deutsche Exemplar in vielen Punkten hinter Bemühungen in anderen Ländern zurückbleibt. Die Studie von Brot für die Welt demonstriert an ausgewählten Beispielen, wo

die Umsetzung der UN-Leitprinzipien und der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in anderen Ländern weiter geht als in Deutschland.

Download unter: [https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/user\\_upload/Kurzpapier\\_NAP.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/user_upload/Kurzpapier_NAP.pdf)



## „ÖKO-EXPORTWELTMEISTER“: DEN TITEL NUR GEKLAUT? Ökologische, ökonomische und soziale Schattenseiten einer exportorientierten Green Economy Powershift, Forum Umwelt und Entwicklung (2012)

Während des Rio+20-Gipfels im Juni 2012 in Brasilien machte der Begriff der „Green Economy“ Karriere. Auch hier geht es zuallererst um die Verbreitung „grüner“ Technologien. Nicht zuletzt in der deutschen Umweltpolitik ist die ökologische Innovation im technischen Bereich das zentrale Element. Diese Studie will Gefahren aufzeigen, die entstehen, wenn der Ausbau einer Green Economy in erster Linie als Teil einer wachstums- und weltmarktorientierten Außenwirtschaftsstrategie

betrieben wird. Der Öko-Exportweltmeister wirft dann nämlich lange Schatten in allen drei Bereichen – ökologisch, ökonomisch und sozial. Den Schwerpunkt dieser Studie bilden die handelspolitischen Aspekte, die Fragen der globalen Gerechtigkeit aufwerfen.

Download unter: [http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/04/PowerShift-ChrisMethman-O\\_\\_koexportEngel\\_final8-2012.pdf](http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/04/PowerShift-ChrisMethman-O__koexportEngel_final8-2012.pdf)



© Herman Van Rompuy (BY-NC-ND 2.0)

G20-Gipfel 2013 – Staatsoberhäupter auf dem Weg zum traditionellen „Familienfoto“.

# NEUE WEGE AUS DER GLOBALISIERUNGSKRISE

## Ein kritischer Blick auf die deutsche G20-Präsidentschaft 2017

**Seit rund 3 Monaten hat Deutschland nun den Vorsitz der G20 – der Gruppe der reichsten Wirtschafts- und Industrienationen der Welt – inne. Und das in Zeiten, die kaum unruhiger sein könnten: Die Globalisierung steckt nach wie vor in einer handfesten Krise, Wohlstandsgewinne sind weltweit immer ungleicher verteilt und die ökologische Krise spitzt sich vielerorts zu. Populistische, protektionistische und nationalistische PolitikerInnen nutzen diese globalisierungskritische Stimmung geschickt für ihre durchsichtigen propagandistischen Zwecke – in Europa und weltweit. Und nicht zuletzt ist in Deutschland 2017 Wahljahr und der G20-Gipfel im eigenen Lande ein willkommener Anlass für Kanzlerin Merkel, in Zeiten stagnierender Zustimmung für ihre Politik politische Führungsstärke zu beweisen. Zeit also für eine Zwischenbilanz der G20-Präsidentschaft – und Zeit, um auf die Aktivitäten der internationalen Zivilgesellschaft zu blicken.**

**U**NTER DEM Motto „Eine vernetzte Welt gestalten“ hat die deutsche Bundesregierung und amtierende G20-Präsidentschaft scheinbar anerkannt, dass ein einfaches „Weiter so!“ nicht ausreicht, um angesichts der unerfüllten Wohlstandversprechen und wachsender Ungleichheiten für Millionen von Menschen die Akzeptanz für weltweite Liberalisierungen und Deregulierungen zu erhöhen. Die Zeiten haben sich geändert und die bisherige Globalisierung befindet sich in den Augen vieler politischer BeobachterInnen an einem Wendepunkt;

zukünftige Richtung unbekannt. Das Selbstverständnis der G20 unter dem Vorsitz Deutschlands 2017 ist klar: Die G20, ein informeller Club der reichsten Nationen der Welt, spielt eine bedeutende Rolle bei der Überwindung der globalen Krisen und der Stabilisierung der Weltwirtschaft. Denn seit der Finanzkrise 2008 hat die G20 zum Teil umfängliche Regulierungen für Banken und andere Finanzakteure umgesetzt sowie ein umfassendes Programm gegen Unternehmenssteuervermeidung beschlossen. Allerdings blieben die systemischen Risiken der

Finanzmärkte in dem Maße weiter bestehen, indem der Reformwille der G20 nachließ. Zudem setzte die G20 in anderen Politikfeldern weiter auf eine weitgehend auf Liberalisierung, ungebremsten Ressourcenverbrauch und Deregulierung aufbauenden Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der Schaffung eines gerechten und nachhaltigen Finanzsystems im Sinne der Agenda 2030 entgegenstehen. Deutschland hat 2017 die Chance, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der G20 wieder stärker an den Erfordernissen nachhaltiger Entwicklung auszurichten.

Die Agenda der deutschen G20-Präsidentschaft ruht auf 3 thematischen Säulen: 1. die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft durch nachhaltiges, ausgeglichenes und inklusives Wachstum zu erhöhen, 2. die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit in allen Politikfeldern zu erhöhen und 3. stärkere Verantwortung für globalen Frieden, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung zu übernehmen. Das Spektrum der Themen wird von Jahr zu Jahr breiter: Es reicht

von der Regulierung der Finanzmärkte über die Stärkung wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen und Reformen im internationalen Steuerregime bis hin zu gemeinsamen Ansätzen im internationalen Klima- und Energieregime und der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Kaum ein Thema, das nicht genannt ist.

Doch die Wirklichkeit zeichnet ein anderes Bild: Die Politiken der G20 wirken aus Sicht armer und marginalisierter Menschen in vielen Gesellschaften krisenverschärfend anstatt transformativ und gerechtkeitsorientiert. Die G20 werden in vielerlei Hinsicht eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung wahrgenommen. Zudem erscheint fraglich, wie die deutsche Präsidentschaft in Zeiten eines auf Populismus bauenden US-Präsidenten und eines auf Selbstermächtigung zielenden türkischen Präsidenten politische Mehrheiten für ihre Vorhaben schaffen will. Denn mehr denn je scheinen die Zeichen der Zeit auf dem internationalen politischen Parkett auf Konfrontation statt auf Kooperation zu stehen.

### **Civil20 – Für eine andere Globalisierung**

Die im Civil20 (C20) – dem zivilgesellschaftlichen Begleitprozess der G20-Politik – organisierte internationale Zivilgesellschaft fordert daher eine grundlegende Neugestaltung der Globalisierung. Dazu hat die C20 jetzt Politikempfehlungen für einen radikalen Wandel erarbeitet:

### **Für ein gerechteres Finanz- und Steuersystem**

Um die Stabilität der Finanzmärkte zu erhöhen, fordern die C20 die G20 auf, sich gegen eine weitere Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu wenden, Schattenbanken wirksamer zu regulieren und klimabezogene Risiken von ökologischen Anleihen offenzulegen. Zudem ist es überfällig, die internationale Steuerpolitik transparent und gerecht zu gestalten.

### **Für nachhaltige und klimagerechte Infrastrukturfinanzierung**

Um die Finanzwirtschaft gemäß den globalen Nachhaltigkeitszielen auszurichten, fordern die C20, die verpflichtende Offenlegung nachhaltigkeitsbezogener Risiken öffentlicher und privater Investitionen durchzusetzen. Private Investitionsflüsse müssen an die verbindliche Einhaltung von

Nachhaltigkeitsstandards und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten gebunden werden.

### **Für starke öffentliche Gesundheitssysteme**

Das Recht auf Gesundheit erfordert eine nachhaltige und gerechte Gesundheitspolitik, die Gesundheitssysteme stärkt und die allgemeine Krankenversicherung verbreitert. Zu diesem Zweck sollten die G20 die Weltgesundheitsorganisation stärken, multilaterale Initiativen wie den Global Fund unterstützen und effektive Vorsorge gegen die Ausbreitung von Pandemien treffen.

### **Für das Recht auf Wasser und eine intakte Umwelt**

Der Zugang zu Wasser, Sanitärversorgung und einer intakten Umwelt für alle Menschen ist ein Menschenrecht. Die G20 müssen sich daher zur absoluten Reduzierung der Beanspruchung der natürlichen Ressource Wasser verpflichten, auf weitere Privatisierungen verzichten und den Menschen wieder den vollumfassenden Zugang zur Ressource Wasser ermöglichen.

### **Nachhaltigkeit und Klimaschutz**

Die G20-Staaten müssen eine rasche und ambitionierte Umsetzung der Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz vorantreiben und verlässliche Pläne für eine kohlenstofffreie Wirtschaft entwerfen. Zudem gilt es, die Widerstandsfähigkeit insbesondere armer und verletzlicher Bevölkerungsgruppen gegen die Auswirkungen des Klimawandels zu stärken und Infrastrukturinvestitionen nachhaltig, klimaresilient und armutsorientiert zu machen.

### **Ungleichheiten verringern, Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen**

Die Achtung und der Schutz der Menschenrechte sind ebenso bedeutend wie die umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen. Insbesondere gilt es, durch die explizite Ausrichtung aktiver Umverteilungspolitiken sicherzustellen, dass die Ärmsten und Ausgegrenzten in der Gesellschaft von der G20-Politik profitieren. Die Verankerung von Geschlechtergerechtigkeit erfordert neben der Stärkung der Rechte von Frauen eine Gender-sensitive Haushaltsführung sowie den Abbau von Diskriminierungen aller Art.

Die Alternativen zu einer neoliberalen Globalisierung sind vielfältig, so die Kernbotschaft der C20. Die G20 können Teil der Lösung sein, ein radikales Umsteuern in zentralen Politikbereichen vorausgesetzt. Allem voran darf der Glaube an ein weiteres Wachstum der G20-Volkswirtschaften nicht als Allheilmittel gelten, denn dies steht im eklatanten Widerspruch zu den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den überbeanspruchten ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten. Dieser Widerspruch ist von den G20 bislang nicht aufgelöst. Und auch in einem anderen Bereich sind die G20 weiter denn je davon entfernt, international ein gutes Beispiel zu setzen: Statt politische Spielräume für das Recht auf freie Meinungsäußerung der Zivilgesellschaft in einigen der G20-Mitgliedstaaten einzuengen, sollten die G20 allen zivilgesellschaftlichen Gruppen ermöglichen, ihre Interessen frei und ungehindert in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen zu können – national wie international. Gleichzeitig müssen die politischen und bürgerlichen Rechte und die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft als höchstes demokratisches Gut in den G20-Ländern und darüber hinaus uneingeschränkt geachtet werden.

Vom 17. bis 18. Juni 2017 richtet die Civil20 in Hamburg das internationale C20-Gipfeltreffen aus, zu dem neben 300 Mitwirkenden des C20-Prozesses eine Reihe von VertreterInnen lokaler Organisationen, die sich kritisch mit der Politik der G20 auseinandersetzen, eingeladen werden. Kurz darauf bietet der Gipfel der Globalen Solidarität vom 5. bis 6. Juli 2017 in Hamburg einen Ort zur Diskussion gelebter Alternativen. Denn neue und andere Wege aus der Globalisierungskrise sind möglich, davon ist die internationale Zivilgesellschaft überzeugt.



Dr. Klaus Schilder

Der Autor ist Politikreferent beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR in Berlin und Mitglied im Steuerungskreis der Civil20.

# KONZERNKLAGERECHTE RELOADED

## Die EU plant einen internationalen Gerichtshof für Konzerne

**Derzeit läuft die Konsultation der EU-Kommission (Europäische Union) für einen Multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC). Dort sollen Konzerne Staaten verklagen können, wenn sie ihre Profite durch Gesetze zum Schutz der Umwelt oder der VerbraucherInnen gefährdet sehen. Wenn es nach dem Willen der EU geht, soll dieser Mechanismus in Zukunft die „alten“ Investor-Staat-Schiedsgerichte ablösen. Dieser Artikel zeigt, warum diese Idee brandgefährlich ist und die Macht der Konzerne weiter ausweitet.**

**K**ONZERNKLAGERECHTE (Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit – ISDS) gibt es schon lange in Handels- und Investitionsschutzabkommen. Doch waren es Mitte der 1990er Jahre etwa ein Dutzend Klagen, ist die Zahl mittlerweile explodiert. 2016 gab es 767 bekannte Fälle. Investoren klagten gegen Frackingmolekulatoren, Regulierungen im Bergbau, Anti-Raucher-Gesetze, den deutschen Atomausstieg, die Liste ist lang.

So blieb es nicht aus, dass im Zuge von CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada) und TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft EU-USA) auch die Konzernklagerechte und ihre Auswirkungen immer bekannter wurden. Die aktive Zivilgesellschaft, aber auch beispielsweise die Europäische Richtervereinigung, lehnen Konzernklagerechte rundweg ab. Gründe sind u. a. die mangelnde Transparenz und die fehlende Berufungsmöglichkeit. Aber problematisch ist ebenfalls die Einseitigkeit des Systems: Nur ausländische, nicht aber inländische InvestorInnen oder andere gesellschaftlichen Gruppen haben die Möglichkeit, eine Klage einzureichen. Dies führt u. a. zu einem Interessenkonflikt der „Richter“. Zudem werden öffentliche Haushalte, die für die Schadenersatzzahlungen in Milliardenhöhe aufkommen müssen, stark belastet und die (Androhung von) Klagen führen zu einem sogenannten „Regulatory Chill“, das heißt Regierungen ziehen Gesetze aus Angst vor Klagen zurück.

### Gabriels Vorschlag und Hintergrund

Der große öffentliche Druck um Konzernklagerechte in CETA und TTIP zwang die EU-Kommission, aber auch den damaligen deutschen

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, zu einer Beruhigungsspielle zu greifen: Im November 2015 schlugen sie die Einrichtung eines permanenten internationalen Investitionsgerichtshofes vor. Leider verbirgt sich hinter dem Diskussionspapier, mit dem die Kommission derzeit potentielle Beitrittsländer und Stakeholder konsultiert, nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen.

Denn der Vorstoß der EU-Kommission wird an den substantiellen Rechten für InvestorInnen, wie sie in bereits bestehenden oder derzeit verhandelten Bilateralen Investitionsabkommen (BITs) und anderen internationalen Investitionsschutzabkommen enthalten sind, nichts ändern. Der EU-Vorschlag sieht vielmehr vor, eine Konvention zu verabschieden, der Länder einzeln beitreten können. Ein Streitfall würde dann verhandelt

werden, wenn beide Länder dem Mechanismus beigetreten sind.

Der Vorschlag umfasst sowohl eine erste Instanz, wie auch einen Berufungsmechanismus. Die Mitglieder des Streitbeilegungsmechanismus sollen ständige, von den Ländern ernannte Mitglieder sein. Außerdem müssen sie „im eigenen Land richterliche Tätigkeiten ausüben oder als JuristInnen anerkannt werden“ und einen Ethikcodex befolgen, wobei die Kommission die Details dazu offenlässt. Sie sollen durch die Länder bezahlt werden, die der Konvention zur Einrichtung des Mechanismus beigetreten sind. Dennoch lässt der Vorschlag die Möglichkeit offen, dass „die Mitgliedsbeiträge durch zusätzliche Entgelte aufgestockt werden. Investoren, die gegen ein Land klagen, müssten so zumindest für einen Teil der durch den Streitfall anfallenden Kosten aufkommen“<sup>1</sup>.

Noch ist unklar, ob mit dem geplanten Streitbeilegungsmechanismus eine neue eigenständige Institution geschaffen wird oder diese einer bereits bestehenden internationalen Organisation wie der Welthandelsorganisation beigeordnet würde.



Gleiches Recht für alle? Nicht mit dem geplanten Multilateralen Investitionsgerichtshof.

### Wo lauern die Gefahren?

Genau wie das bestehende ISDS-System steht der geplante multilaterale ISDS-Mechanismus ausschließlich ausländischen InvestorInnen zur Verfügung. BürgerInnen, betroffene Gemeinden, Gewerkschaften oder Staaten selbst können nicht klagen, wenn ein Unternehmen Umwelt-, Arbeitsschutz- oder andere Gesetze missachtet. Diese inhärente Einseitigkeit schafft einen strukturellen Vorteil für die InvestorInnen – weil nur Investorklagen und die Personen, die davon finanziell profitieren, das System vorantreiben können. Auch im Bereich der materiellen Investorenrechte sieht der Vorschlag keine Reformen vor: Weder bei den hochproblematischen Rechten in bestehenden und zukünftigen Handels- und Investitionsabkommen, noch bei der Einführung von Pflichten für InvestorInnen. Rechtsinstrumente zur Einrichtung solcher Investorenpflichten bleiben gänzlich unerwähnt. Das bedeutet, dass im Rahmen der geplanten institutionellen Struktur InvestorInnen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können – genau wie im bisher bestehenden ISDS-System.

Auch können nach wie vor die nationalen und europäischen Gerichte umgangen werden, selbst wenn diese in der Lage und verfügbar wären, den Konflikt zu lösen. Der Kommissionsvorschlag enthält keinen Hinweis darauf, dass InvestorInnen zunächst den nationalen Rechtsweg gehen müssen, bevor sie den Streitfall im Rahmen der multilateralen Ebene lösen dürfen.

Bei den prozeduralen Auswahlverfahren der SchiedsrichterInnen will der Kommissionsvorschlag Veränderungen. Diese werden aber nicht verhindern, dass im Rahmen des geplanten multilateralen Mechanismus genau diejenigen SchiedsrichterInnen arbeiten werden, die bereits jetzt die Schiedsindustrie dominieren. Ganz im Gegenteil: Die Kommission betrachtet es als „wünschenswert“, dass die künftigen Mitglieder des geplanten Streitbeilegungsmechanismus „bereits über Erfahrungen in internationalem Investitionsrecht“ verfügen und schafft damit für den kleinen Klub aus privaten ISDS-SchiedsrichterInnen einen klaren Vorteil.

### Beruhigungspille für die KritikerInnen?

Durch den Vorschlag der Kommission würde eine Art Spezialgericht für Konzerne geschaffen, das Regierung

gen weiter in einen Rechtsrahmen einschließt und in dem private Profite über öffentlichem Interesse und der Demokratie stehen. Einmal eingerichtet kann es Jahrzehnte dauern, einen solchen Mechanismus wieder abzuschaffen; ISDS würde permanent festgeschrieben.

Am beunruhigendsten ist wohl, dass der Kommissionsvorschlag bereits jetzt dazu missbraucht wird, von einer massiven Ausweitung der Investorenprivilegien abzulenken. So wird im Fall der Handelsabkommen CETA und TTIP beispielsweise die Aussicht auf einen multilateralen Streitschlichtungsmechanismus als zentrales Argument dafür genutzt, Regierungen, Abgeordnete und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Investorenrechte unbedingt Teil solcher Abkommen sein müssen. Dabei erhalten doch auch schon durch CETA rund 81 Prozent der in der EU ansässigen US-InvestorInnen Zugang zu ISDS, wenn sie ihre Investition entsprechend aufstellen. In den meisten Teilen Europas haben diese Unternehmen heute noch keinen Zugang zu Schiedsgerichten.

### Wie geht es jetzt weiter?

Noch bis Juli 2017 laufen die Beratungen der EU-Kommissionen mit interessierten Staaten und Stakeholdern. Außerdem hat die Kommission eine öffentliche Konsultation initiiert, an der bis Mitte März teilgenommen werden kann. Die Fragestellungen der Konsultation sind aber sehr technisch und es werden keine grundlegenden Fragen gestellt, zum Beispiel, ob ein solcher Gerichtshof überhaupt sinnvoll ist.

Die EU-Kommission möchte den Mitgliedsstaaten im Rat schon Ende 2017 ein Mandat für die Verhandlungen um eine Konvention für einen MIC vorlegen. Würde dieses Mandat angenommen, dann könnten die Verhandlungen bereits Anfang 2018 beginnen.

### Was brauchen wir stattdessen?

Statt einer Multilateralisierung von ISDS – und nichts anderes bedeutet der Vorschlag der EU-Kommission – muss die Macht der Konzerne begrenzt werden. Wir brauchen endlich durchsetzbare Regeln zur Stärkung von Menschenrechten, Umwelt- und Klimaschutz und Sanktionen für Unternehmen, die diese verletzen. Deshalb sollten wir als Zivilgesellschaft dafür kämpfen, dass unsere Regierungen Prozesse wie das „Bin-

ding Treaty“ (bindender Vertrag) auf UN-Ebene unterstützen. Dieses hat das Ziel, Unternehmen haftbar zu machen, wenn sie menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verletzen. Die Verhandlungen um das Binding Treaty werden nicht zuletzt von der EU und Deutschland blockiert. Die Verhandlungen um einen Gerichtshof, der Konzernen noch mehr Rechte bringt, als sie sowieso schon haben, ist der völlig falsche Weg. Wir brauchen jetzt mehr denn je demokratischen Handlungsspielraum für notwendige Regulierungen, um uns den Herausforderungen unserer Zeit, wie dem Klimawandel und sozialer Ungleichheit zu stellen.



Alessa Hartmann

Die Autorin ist Referentin für internationale Handelspolitik bei PowerShift e. V.

### Mehr Informationen unter:

Diese Datenbank der UNCTAD listet alle bekannten ISDS-Fälle auf:  
<http://investmentpolicyhub.unctad.org/isds>

Eine ausführliche Analyse und Position findet sich in dem S2B-Positionspapier zum MIC: Auf Messers Schneide: Gefährliche Weichenstellung für ISDS (Februar 2017). <https://power-shift.de/auf-messers-schneide-gefaehrliche-weichenstellung-fuer-isds>

Mehr zum Binding Treaty: Jens Martens und Karolin Seitz (2016): Auf dem Weg zu globalen Unternehmensregeln. [https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Globale\\_Unternehmensregeln\\_online.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Globale_Unternehmensregeln_online.pdf)

1 Diskussionspapier der EU-Kommission (2016): Discussion paper: Establishment of a multilateral investment dispute settlement system. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/january/tradoc\\_155267.12.12%20With%20date\\_%20Discussion%20paper\\_Establishment%20of%20a%20multilateral%20investment%20Geneva.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/january/tradoc_155267.12.12%20With%20date_%20Discussion%20paper_Establishment%20of%20a%20multilateral%20investment%20Geneva.pdf).

# MIT BAYER-MONSANTO DIE NEUE GRÜNE REVOLUTION EXPORTIEREN?

## Die Fusion von Bayer und Monsanto im deutschen und globalen Kontext

In den Medien ist die Übernahme von Monsanto durch die Bayer AG für 66 Milliarden US-Dollar ein großes Thema. Hervorgehoben wird zweierlei: Zum einen geht es bei dem Deal um die bislang größte Übernahme eines ausländischen Konzerns durch einen deutschen Konzern. Zum anderen schwimmt bei der aktuellen Konzentration im Agrarchemie- und Saatgutsektor ein deutscher Konzern ganz vorne mit. Denn zeitgleich fusionieren auch Dow Chemical und DuPont sowie ChemChina und Syngenta; in der Folge entsteht ein Oligopol aus 3 Konzernen. Sollten die Staaten nicht eingreifen, werden bald diese 3 Konzerne 60 Prozent des Weltsaatgut- und 65 Prozent des Pestizidmarktes kontrollieren. Bayer-Monsanto wäre mit 30 Prozent Weltmarktanteil bei Saatgut und 25 Prozent bei Pestiziden der stärkste Konzern in diesem Oligopol. Außerdem wird Bayer-Monsanto der größte Produzent von gentechnisch verändertem Saatgut werden.

**S**OLANGE EIN deutscher Konzern ganz vorne mit dabei ist und der Mythos von Deutschland als Exportweltmeister weiter aufrechterhalten werden kann, scheint es für viele deutsche Berichterstatter nebensächlich zu sein, welche ökonomischen und ökologischen Auswirkungen diese Übernahme hat. Doch von wem gehen welche strategischen Signale, Nachrichten und Informationen aus, die wirklich das Zusammengehen der Konzerne betreffen?

vaten“ Gespräch mit US-Präsident Donald Trump direkt vor dessen Amtseinführung angekündigt, 3.000 neue Jobs in den USA zu schaffen und 8 Milliarden US-Dollar in den US-Standort von Monsanto zu investieren. Aus einem allgemeinen Demokratieverständnis heraus, aber auch aus internationaler Sicht ist es beunruhigend, dass dieses Gespräch im „privaten“ Rahmen auf diese Weise stattfand. Das Vorgehen von Bayer

und Monsanto in diesem Fall zeigt, wie offensiv der neue Konzern auch politisch seine Interessen vertreten wird und dabei zur Not auch bereit ist, übliche Regularien oder Grenzen zu überschreiten.

Die Ankündigung, 3.000 neue hochqualifizierte Arbeitsplätze in den USA schaffen zu wollen, ist auch aus anderer Perspektive bedeutend. Es ist naheliegend, dass sich Forschung und Entwicklung beim neuen Konzern stärker in den USA konzentrieren wird. Auch kann vermutet werden, dass es sich hier um Arbeitsplätze im Bereich „neue“ und „alte“ Gentechnikverfahren handeln wird. Dazu passt, dass Monsanto in den letzten Monaten seine Lizenzvereinbarungen zur Nutzung von sogenannten CRISPR-Verfahren stark ausgeweitet hat. Diese Verfahren ermöglichen neue Wege zum Eingriff in die Genetik. Aus deutscher Perspektive ist dies nicht unbedeutend, denn der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft

### Was bedeutet Bayer-Monsanto für Deutschland?

Bisher kommen die meisten Nachrichten über den Stand des Zusammengehens von Bayer und Monsanto aus den USA. Man kann den Eindruck gewinnen, dass der Sitz des Konzerns zwar in Deutschland bleiben wird, die grundlegenden Entscheidungen werden jedoch in einem globalen oder US-amerikanischen Kontext getroffen werden. Dies ist bei der Übernahme-summe von 66 Milliarden US-Dollar und der Weltmarktführerschaft von Bayer-Monsanto bei Saatgut auch nur folgerichtig. Gleichzeitig muss man sich aber vor diesem Hintergrund auch fragen, wie attraktiv der deutsche Markt für den neuen Mega-Konzern ist?

In diesem Zusammenhang ist eine Ansage des Konzerns bedenkenswert: Bayer und Monsanto haben im „pri-



Leverkusen, 11.10.2016: Bäuerinnen und Bauern protestieren vor der Bayer-Zentrale.

und die ökologischen Anbauverbände stufen CRISPR-Verfahren als Gentechnik ein. In der Folge wären über diese Verfahren erzeugte Pflanzen für den Anbau im ökologischen Landbau verboten.

Zusätzlich hat die Bundesregierung noch einmal die Zielvorgabe bekräftigt, dass 20 Prozent der Fläche in der Landwirtschaft ökologisch bewirtschaftet werden sollen. Hier stellt sich die Frage, ob der neue Konzern Bayer-Monsanto für diese von der Gesellschaft geforderte Entwicklung noch das richtige Saatgut zur Verfügung stellen kann.

### Ein Agrarwandel mit Bayer-Monsanto? Wohl kaum

Mit Blick auf die Agrardebatte geht es um Grundsätzliches: Kann mit einem Konzern wie Bayer-Monsanto der Agrarwandel hin zu einer ökologischeren Produktion überhaupt gelingen? Wohl kaum, sicher wäre es daher der erste Schritt, die Fusion zu verhindern. Ein zweiter Schritt, der aber umso dringender ist, wäre die Debatte um eine staatliche nationale oder europäische Züchtungsstrategie von Pflanzen fortzusetzen. Eine solche Strategie wurde 2016 vom Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung des Bundestages angestoßen und sollte jetzt als Alternative zum Oligopol im Agrarchemie- und Saatgutsektor ausgearbeitet werden.

### Bayer-Monsanto global

Bayer-Monsanto wird sich stark global verorten. Dies hatte der Konzern im Zuge der Bekanntgabe des Zusammenschlusses von Bayer und Monsanto bereits angekündigt. „Natürlich“ sieht der Konzern eine zentrale Aufgabe darin, einen Beitrag zu Welternährung zu leisten. Doch klar ist: Die enormen Übernahmekosten müssen in den Ländern des Südens refinanziert werden. In Europa und Deutschland entwickelt sich der Markt mit einer möglichen Ökologisierung der Landwirtschaft eher negativ für den Konzern. Die Märkte in Nordamerika sind so stark durchdrungen, dass dort keine großen Profitsprünge zu erwarten sind.

Die Märkte, die sich Bayer-Monsanto erschließen muss, um die Fusion erfolgreich zu gestalten, liegen in Afrika, Asien und Südamerika. Was es bedeutet, im Fokus der Konzerne zu stehen, kann die Zivilgesellschaft vieler südamerikanischer Staaten deutlich aufzeigen. Brasilien

ist innerhalb weniger Jahre zum Pestizidverbraucher Nummer 1 auf der Welt und ein Kernabsatzmarkt der Konzerne geworden. Die Ausweitung des Pestizideinsatzes geschieht auch auf Basis der Ausweitung der Produktionsflächen für gentechnisch veränderten Mais und Soja. Dies führt immer wieder zu Landvertreibungen und geht mit Menschenrechtsverletzungen einher. Hinzu kommt noch die Umweltzerstörung. Es ist nicht anzunehmen, dass die neuen Oligopole im Saatgut- und Pestizidbereich mildernd auf diesen Status Quo wirken werden.

### Bayer-Monsanto und die Neue Grüne Revolution in Afrika

Insbesondere der afrikanische Kontinent rückt in die Aufmerksamkeit der Konzerne. Dort wird einerseits die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten stark wachsen, andererseits sind die Märkte durch Konzerne kaum erschlossen. So wird in Afrika noch ca. 80 Prozent des Saatgutes informell erzeugt und gehandelt. Hier liegen also große Potentiale für die Konzerne. In den letzten Jahren wurden strategisch diverse Entwicklungsinitiativen und Partnerschaften initiiert, die helfen, den afrikanischen Markt für die Konzerne zu öffnen. Die Neue Allianz für Ernährungssicherung der G8-Staaten und die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) sind hier nur einige Namen. Teilweise ist auch die deutsche Bundesregierung an diesen Initiativen beteiligt.

Im Saatgutkontext haben diese Initiativen zur Folge, dass die Konzerne und Staaten auf immer aggressivere Weise versuchen, geistige Eigentumsrechte über das Sortenschutzabkommen des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV91) auch auf dem afrikanischen Kontinent durchzusetzen. Sehr problematisch ist, dass die Einführung von UPOV91, mit seinen strengen Regeln zu Saatgutverkauf, -lagerung, -nachbau, -züchtung und -zulassung, bäuerliche Saatgutsorten noch weiter an den Rand drängen wird. Bäuerinnen und Bauern würden somit auf Dauer daran gehindert werden, wie bisher Saatgut frei zu tauschen oder zu verkaufen.

Man muss sich auch vor Augen halten, wie stark der Konzern Monsanto mit Entwicklungsinitiativen in Afrika verbunden ist, die auch durch staatliche Entwicklungszusammenarbeit z. B. aus den USA gefördert werden.

Zu nennen ist hier das Projekt Water Efficient Maize for Africa (WEMA). Über diese öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) wird unter anderem stark für die Einführung von genverändertem Mais in Afrika geworben. Vielen dieser Initiativen ist ebenso wie AGRA gemein, dass sie mittel- und langfristig auf Gentechnik setzen. In jedem Fall verfolgen sie das Modell der Grünen Revolution, mit den Kernelementen Ertragssteigerung durch industrielles Saatgut in Kombination mit der Steigerung des Einsatzes von Düngemitteln und Pestiziden. Dass die unter dem Namen der Grünen Revolution praktizierten Technologien die Landwirtschaft nicht ökologisiert haben, kann als erwiesen angesehen werden. Ob dieses Modell die richtigen Antworten auf den Klimawandel liefern kann, darf zudem bezweifelt werden. Sicher ist: Eine „neue“ Grüne Revolution, die gerade auch auf Gentechnik setzt, passt perfekt in das Geschäftsmodell der neuen Konzerne wie Bayer-Monsanto. Folgerichtig wird der Exportschlag von Bayer-Monsanto auch die „neue“ Grüne Revolution sein.

Damit ist aber auch klar: International werden sich die Mega-Konzerne wie Bayer-Monsanto stark dafür einsetzen, dass das „business as usual“, das schon der Weltagrarbericht vor bald 10 Jahren verworfen hat, weitergeht. Kurzfristig wird man damit vielleicht Fusionen finanzieren können, aber eine langfristige Strategie zur Sicherung der Welternährung innerhalb der planetarischen Grenzen sieht völlig anders aus.



Stig Tanzmann

Der Autor ist Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt und arbeitet seit Jahren zu internationalen Saatgutfragen.



© Hannes Jung

Henry Saragih (Indonesien) hat den Prozess einer UN-Erklärung für die Rechte von bäuerlichen ErzeugerInnen maßgeblich mitangestoßen.

# RECHTE VON KLEINBÄUERINNEN UND KLEINBAUERN STÄRKEN

## Internationaler Kongress gegen die Diskriminierung von bäuerlichen ErzeugerInnen weltweit

Vom 7. bis 10. März 2017 kamen in Schwäbisch Hall Bäuerinnen und Bauern, MenschenrechtsexpertInnen sowie VertreterInnen aus Politik, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft zum Kongress ‚Global Peasants Rights‘ (Weltweite Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern) zusammen. Die Ziele waren, sich auszutauschen, das Thema stärker in den öffentlichen Fokus zu tragen und den Entwicklungsprozess einer internationalen Erklärung unterstützend zu begleiten. Der Kongress wurde von der bäuerlichen Bewegung La Vía Campesina, der Menschenrechtsorganisation FIAN, der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH), der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und dem Verband ECOLAND organisiert.

**D**IE WELTWEITE Landbevölkerung leidet mit Abstand am meisten unter Hunger und Mangelernährung: 50 Prozent der hungernden Menschen sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, 20 Prozent sind Landlose und weitere 10 Prozent sind KleinfischerInnen, JägerInnen und HirtInnen. Entgegen der Behauptungen von VertreterInnen der Grünen Revolution und des Agribusiness, die seit den 1960er Jahren auf (gen)technische Neuerungen und Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft setzen, erzeugen Kleinbäuerinnen und -bauern laut der Ernährungs- und Landwirt-

schaftsorganisation (FAO) 80 Prozent aller Nahrungsmittel weltweit. Dieser Missstand liegt vor allem daran, dass KleinerzeugerInnen in ländlichen Gebieten durch wachsende Konzernmacht immer öfter der Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut verwehrt wird. Daher müssen ihre Rechte dringend gestärkt und gegen Agrarmultis aktiv verteidigt werden.

### **Vielfältige Diskriminierung**

Auf dem Land lebende und arbeitende Menschen werden auf vielen Ebenen benachteiligt. Laut dem Men-

schenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) sind die 5 größten Probleme Landenteignungen und Vertreibungen, genderspezifische Diskriminierungen, unzureichende politische Maßnahmen in Bezug auf Agrarreformen und ländliche Entwicklung, fehlende Mindestlöhne und unzureichende soziale Absicherung sowie die Kriminalisierung von sozialen Bewegungen, die für die Rechte der Landbevölkerung kämpfen.

Ein zentraler Mechanismus, der zu Landenteignungen führt, ist das Landgrabbing: InvestorInnen haben seit der Jahrtausendwende rund 27 Millionen Hektar Land vor allem in Lateinamerika, Afrika und Asien aufgekauft oder langfristig gepachtet, um besonders lukrative Ackerfrüchte oder Pflanzen wie Palmöl, Zuckerrohr und Mais zur Herstellung von Agrarkraftstoffen anzubauen – hauptsächlich für den Export in die Länder des Globalen Nordens. Zugleich eignen sie sich das Land an, um auf steigende Bodenpreise zu spekulieren. Die Unternehmen profitieren dabei von

schwachen Landrechten für die lokale Bevölkerung und der mangelnden Umsetzung von Agrarreformen in den Zielländern der Investitionen. Die betroffenen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die kaum politisch repräsentiert sind, haben häufig keine Chance, sich gegen die Vertreibungen zu wehren. Landgrabbing trifft aber auch KleinfischerInnen, die den Landzugang zu Fanggründen verlieren, und HirtInnen, die wichtige Korridore nicht mehr nutzen können.

Doch nicht nur in der Landfrage haben multinationale Konzerne einen wachsenden Einfluss auf die Politik: Vor allem Saatgut- und Pestizidunternehmen bestimmen immer mehr, welche Sorten – in Kombination mit abgestimmten Agrarchemikalien – angebaut werden und was schließlich auf dem Teller landet. Vor dem Hintergrund des ohnehin schon stark konzentrierten Marktes sind die angekündigten Übernahmen von Monsanto durch Bayer, Syngenta durch ChemChina und die Fusion von Dow und DuPont äußerst besorgniserregend, da die Marktmacht dann in noch weniger Händen konzentriert wäre.

### Auf dem Weg zu einer UN-Erklärung

Eine Chance, die prekäre Situation in ländlichen Räumen zu verbessern, sehen viele Betroffene und MenschenrechtsexpertInnen darin, die unzureichenden bestehenden Rechtsabkommen zu ergänzen und den Betroffenen selbst ein Instrument an die Hand zu geben, diese Rechte einzufordern. Daher richtete der UN-Menschenrechtsrat 2012 eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe ein, die eine Erklärung für die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und anderen im ländlichen Raum arbeitenden Menschen entwerfen soll. Nachdem 2015 ein erster Vorschlag vorgelegt wurde, entwickelte sich in den folgenden Jahren ein kontinuierlicher Arbeitsprozess. Im Mai 2017 wird die Gruppe zum vierten Mal tagen.

Die Erklärung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass die wesentliche Bedeutung von Kleinbäuerinnen und -bauern, JägerInnen, FischerInnen, ImkerInnen und HirtInnen für die Welternährung anerkannt wird und ihre Rechte gestärkt werden. Artikel 17 definiert beispielsweise das Recht auf Land und fordert einen Schutz gegen Zwangsvertreibungen sowie die Anerkennung traditioneller und kollektiver Besitzrechte, die aktuell

nicht durch (inter)nationales Recht geschützt sind. Außerdem wird in Artikel 19 das Recht von Bäuerinnen und Bauern auf die Nutzung, Weiterentwicklung und den Verkauf bzw. Tausch ihres eigenen, traditionellen Saatguts festgeschrieben. Im Kern steht dahinter das Recht von Bäuerinnen und Bauern, selbst zu entscheiden, was sie anbauen wollen.

Auch wenn diese Entwicklungen durchaus positiv sind, wird die eigentliche Herausforderung darin bestehen, für die Umsetzung der Rechte zu kämpfen. MenschenrechtsexpertInnen, wie Michael Windfuhr vom Deutschen Institut für Menschenrechte sind skeptisch, ob aus der Erklärung eine Konvention entstehen könnte, die dann rechtlich bindend wäre. In jedem Fall aber würde die Erklärung die Diskriminierungen besser sichtbar machen und ermöglichen, dass Staaten zur Rechenschaft gezogen werden. Damit die Erklärung erfolgreich verabschiedet werden kann, sind die Bereitschaft und das Engagement der Regierungen gefragt. Die deutsche Bundesregierung hat sich bei der letzten Abstimmung über eine Verlängerung des Mandats der Arbeitsgruppe enthalten und sollte dringend aktiv für den Schutz der Menschenrechte der globalen Landbevölkerung einstehen.

### Kongress liefert wichtige Beiträge für UN-Prozess

Auf dem Kongress konnten die vielen VertreterInnen kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Bienenzucht, nicht-industrieller Fischerei und nomadischer Gruppen deutlich machen, welchen existenzbedrohenden Formen der Diskriminierung sie tagtäglich ausgesetzt sind. Dabei wurde auch klar, dass die Bedürfnisse und Interessen verschiedener benachteiligter Gruppen – beispielsweise indigener Gruppen und landwirtschaftlicher ErzeugerInnen – teilweise in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und Lösungen für Konflikte zwischen diesen Gruppen gefunden werden müssen.

Besonders betonten die TeilnehmerInnen des Kongresses die essenzielle Rolle der Frauen in der Landwirtschaft weltweit. Zahlreiche Redebeiträge – unter anderem von Elizabeth Mpofo, Generalkoordinatorin von La Vía Campesina – machten deutlich, wie zentral die von Frauen ausgeübten Aufgaben für die Ernährung der Weltbevölkerung sind und

wie stark sie gleichzeitig unter körperlicher, politischer und ökonomischer Gewalt leiden. Daher wurde in verschiedenen Debatten immer wieder die Forderung laut, die besondere Stellung der Frauen im aktuellen Entwurf der Erklärung noch mehr hervorzuheben.

Auf der Grundlage der vielen Beiträge und Diskussionen erarbeitete das Organisationskomitee des Kongresses zum Abschluss ein gemeinsames Dokument, in das Änderungsvorschläge der Teilnehmenden aufgenommen wurden. Nun soll es der UN-Arbeitsgruppe in Genf vorgelegt werden. Das Dokument veranschaulicht erneut die prekären Realitäten der Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, und die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die diese Missstände ermöglichen. Darauf aufbauend unterstreicht die Schrift, dass die Erklärung die heutigen Bedingungen im ländlichen Raum berücksichtigen muss. Insbesondere werden die deutsche und andere europäische Regierungen aufgefordert, ihrer Verantwortung für Menschenrechte nachzukommen und sich in diesem historischen einzigartigen Prozess aktiv einzubringen. Denn das „produktions- und exportorientierte industrielle Ernährungs- und Landwirtschaftssystem Europas“ führe zur Vernichtung kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Europa und habe enorme externe Auswirkungen auf den ganzen Planeten.

Schließlich sendete der Kongress ein hoffnungsvolles Bild einer vereinten weltweiten Bewegung, die für die Erhaltung einer kleinbäuerlichen, vielfältigen Landwirtschaft und für lebendige ländliche Regionen kämpft, in denen die Menschen unter würdigen Bedingungen leben und arbeiten können. So heißt es im gemeinsamen Abschlussdokument: „Wie ein Fluss werden unsere Kräfte zusammenfließen in einem mächtigen Strom des Lebens! Lang leben die Kleinbauern!“



Lena Michelsen

Die Autorin arbeitet als Referentin für Welternährung und globale Landwirtschaft beim INKOTA-netzwerk e. V.

# WER SOLL DAS ALLES BEZAHLEN?

## Nachhaltige Entwicklung und Steuervermeidung

**Mit der Verabschiedung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) kommen große Aufgaben auf uns zu: Armut soll bekämpft, Umwelt geschützt und Gerechtigkeit hergestellt werden. Klar ist: Die Realisierung der SDGs kostet Geld – viel Geld. Wie können Staaten die Mehrausgaben schultern? Ist die Privatwirtschaft der Heilsbringer? Welche Steuersysteme brauchen wir zur Finanzierung der SDGs? Und warum zahlt Apple eigentlich so wenig Steuern?**

**D**IE KOMMISSION der Europäischen Union (EU) legte 2016 offen, dass der Technologiekonzern Apple in Irland Steuervergünstigungen von 13 Milliarden Euro erhalten hatte. Dementsprechend habe Apple auf seine in Europa erzielten und in Irland gebündelten Gewinne nur 0,005 Prozent Steuern gezahlt. Die EU-Kommission machte deutlich, dass die Steuervergünstigungen ungültig seien und verpflichtete Irland zu Steuerrückforderungen.

Ein Großteil des internationalen Geschäfts von Apple läuft über Irland. Die Firma sitzt seit den 1980er Jahren dort, die damalige Regierung machte die Ansiedlung für Unternehmen dank Steuervergünstigungen attraktiv – eine Strategie, um die wirtschaftliche Krise des Landes zu überwinden. Zwar liegt die Unternehmenssteuer in Irland bei 12,5 Prozent, aufgrund bestimmter Steuerübereinkünfte können dort registrierte Unternehmen jedoch ihre Gewinne in Steuerparadiesen wie den Cayman Islands versteuern.

### Geschäftsmodell Steuervermeidung

Steuervermeidung ist Teil des Geschäftsmodells vieler internationaler Konzerne wie IKEA, Bayer, Amazon und Apple. Diese Konzerne, ebenso wie reiche Individuen, nutzen Lücken in Steuergesetzgebungen, um Steuerzahlungen zu vermeiden. Das Tax Justice Network schätzt, dass sich bis zu einem Fünftel des Vermögens der Welt in Steueroasen befindet und sich damit einer angemessenen Besteuerung entzieht.<sup>1</sup> Steueroasen, das sind bestimmte Inselterritorien (z. B. Cayman Islands oder Bermudas), kleine Staaten, die niedrige Steuern und günstige Rechtskonstruktionen bieten (z. B. Luxemburg oder Sin-

gapur), und die großen Finanzplätze (z. B. Schweiz und Großbritannien).

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit weist in einer Studie darauf hin, dass auch Deutschland eine der wichtigsten Steueroasen der Welt sei, insbesondere für Vermögen der Eliten aus dem Globalen Süden, zumeist aus kriminellen Quellen wie Drogen und Waffenhandel. Das nicht adäquat versteuerte, in Deutschland angelegte Auslandskapital werde auf 2,5 bis 3 Billionen Euro geschätzt. Möglich sei dies, da Deutschland die Heimatländer nicht über dieses Vermögen informiere. Das Vermögen deutscher StaatsbürgerInnen in ausländischen Steueroasen werde auf 400 Milliarden Euro geschätzt.

### Und wie bezahlen wir die SDGs?

Es ist doch schon irgendwie verrückt. Staaten verabschieden einen politi-

schen Handlungsplan für die Welt, in dem sie deren Probleme – von Armut und Hunger über Umweltzerstörung bis hin zu fehlender Rechtsstaatlichkeit – und entsprechende Lösungswege definieren. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass für dessen Umsetzung eine Menge Geld benötigt wird; die Organisationen der Vereinten Nationen (UN) sprechen von einem jährlichen Investitionsbedarf von 2,5 bis 3 Billionen US-Dollar zur Verwirklichung der SDGs.<sup>2</sup> Strategien werden zur Finanzierung genannt: ein Mehr an (Steuer-)einnahmen für Staaten und die Mobilisierung privatwirtschaftlichen Kapitals. So weit, so gut. Gleichzeitig sind aber das die Bereiche – und das ist das Paradoxe –, in denen sich politisch so wenig bewegt.

Auf der einen Seite sind die Konzerne. Da gibt es z. B. mit dem UN Global Compact Bestrebungen, einen Teil zur Umsetzung der SDGs und anderen sozial- und entwicklungspolitischen Maßnahmen beizutragen. Das kann man natürlich an sich erstmal richtig finden. Die Zeiten, in denen sich Unternehmen selbstverständlich als Akteur außerhalb des Rests der Gesellschaft definieren konnten und



© William Murphy (BY-SA 2.0) Straßenkunst in Dublin gegen Apples Steuervermeidungstricks.

Gewinnmaximierung um jeden Preis ungeahndet blieb, sind bis zu einem gewissen Grad vorbei. Vor allem bei transnationalen Unternehmen gehört es mittlerweile zum guten Ton, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erstellen und unternehmerisch Sozialverantwortung zu übernehmen, bei welcher sie wenigstens nicht illegal oder sogar fair und ethisch über bestehende Gesetze hinaus handeln. Das geht von Investitionen in den Dienstleistungssektor von Ländern des Globalen Südens (z. B. Facebooks Initiative für Internetzugang in Afrika) über die Teilnahmen an der Entwicklung nachhaltiger Ressourcennutzung (z. B. Aldi beim Runden Tisch Palmöl) bis hin zu sozialen Innovationen wie der neuen Sport-Hijab-Linie für Muslima von Nike. Wie wirksam das alles ist, sei dahingestellt – immerhin ist es existent.

### Business und SDGs – mehr als eine PR-Nummer?

Einige Unternehmen ziehen bereits eine direkte Verbindung zu den SDGs. Die Unternehmensberatung PricewaterhouseCooper (PwC) hat beispielsweise eine Studie erstellt, in der sie die SDG-Ratifizierung als fundamentale Veränderung der Art und Weise, wie Geschäfte zu führen sind, lobt und Unternehmen bezüglich Geschäftsmöglichkeiten durch die SDGs berät.<sup>3</sup> Fun Fact nebenbei: Das Netzwerk Steuergerechtigkeit nennt PwC als eine der Beratungsfirmen, die Konzerne bei der Suche nach Steuerlücken und -vermeidung unterstützen.

Auch Apple rühmt sich mit seiner nachhaltigen Unternehmensstrategie und schreibt auf seiner Internetseite, 93 Prozent der verwendeten Energie ihrer Büros, Apple Stores und Rechenzentren stamme aus erneuerbaren Quellen und 99 Prozent des für Verpackungen verwendeten Papiers sei recycelt oder nachhaltig. Fun Fact Nummer zwei: Würde Apple in den USA seine Steuern bezahlen, könnten 159 Prozent des US-Bundshaushalts für natürliche Ressourcen und Umwelt im Jahr abgedeckt werden.<sup>4</sup>

### Wollen Staaten keine Steuern?

Allerdings wäre es zu einfach, die ganze Schuld der Steuervermeidung nur auf die Konzerne zu schieben. Denn die Hauptverantwortlichen der SDG-Umsetzung sind die Staaten. Die wiederum eine solche Steuervermeidung zulassen, bewusst fördern oder die

Schaffung internationaler Abkommen für gerechte Steuerpolitik verhindern.

Irland beispielweise weigert sich bislang, die Steuern von Apple einzutreiben. Ein Treppenwitz der Geschichte: Irland stellte 2014 mit seinem UN-Botschafter David Donoghue einen der Sitzungsleiter der SDG-Verhandlungen. Seit der Verabschiedung der SDGs sei in Sachen Umsetzung allerdings nichts passiert, berichten irische Verbände. Was Irland wohl mit den 13 Milliarden von Apple für die SDG-Umsetzung tun könnte?

Der Unwille, Steuersysteme zu reformieren, ist bei zahlreichen Staaten verbreitet. Die Forderung der Länder des Globalen Südens, eine UN-Kommission zur internationalen Steuerkoordination zu schaffen, scheiterte beispielsweise am Widerstand des Globalen Nordens. Zudem lehnen es Länder wie Deutschland ab, ein im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) neu einzuführendes Unternehmensregister inklusive der Benennung der EigentümerInnen jener Firmen öffentlich zu machen. Genau jene Öffentlichkeit sei aber nötig, da bisher alle großen Steuerskandale nicht durch Steuerbehörden, sondern durch WhistleblowerInnen aufgedeckt wurden, so das Netzwerk Steuergerechtigkeit.

### Steuersysteme sind nicht nachhaltig

Die Akzeptanz beziehungsweise Unterstützung von Steuervermeidung ist das eine. Darüber hinaus lässt die Nachhaltigkeit der Steuersysteme generell in vielen Ländern zu wünschen übrig.

Nehmen wir Deutschland: Trotz derzeit guter Wirtschaftslage steht man vor einigen großen Herausforderungen wie demographischem Wandel, der stetig größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich, einer Verschuldung öffentlicher Haushalte bei gleichzeitig notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur.

Mit einem entsprechenden Steuersystem könnten diese gesellschaftspolitischen Herausforderungen auf doppelte Weise gelöst werden. Einerseits könnten bestimmte Bereiche gefördert oder belastet werden. Gleichzeitig kann der Staat mit (Mehr-)einnahmen in seiner Ausgabenpolitik entscheidende Investitionen in die verschiedenen Dimensionen von Nachhaltigkeit tätigen.

Derzeit werden Steuern in Deutschland allerdings nicht entsprechend eines Nachhaltigkeitsverständnisses erhoben. Vielmehr wird Arbeit überproportional besteuert (63,6 Prozent), während die Besteuerung von Umweltbelastung nur bei 4,6 Prozent und von Kapital bei 12,3 Prozent liegt. Dieses Verhältnis hat sich seit den 1950ern weiter verschärft. Insbesondere der Anteil der Umweltsteuer (Besteuerung von Energie, Verschmutzung, Ressourcen, Transport) Deutschlands ist im europäischen Vergleich besonders gering, der Anteil der Steuern auf Arbeit wiederum besonders hoch. Hinzukommen umweltschädliche Subventionen im Bereich von 57 Milliarden Euro (2012), insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei. Umweltverbände (und im Ansatz sogar die EU-Kommission) fordern schon seit Langem eine ökologische Steuerreform, bei welcher umweltschädliche Subventionen abgebaut werden, bestehende Steuern und Abgaben ökologisiert und neue Umweltsteuern eingeführt werden.



Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 [https://netzwerkstauergerechtigkeit.files.wordpress.com/2014/06/info-stauergerechtigkeit\\_stand-nach-beps3.pdf](https://netzwerkstauergerechtigkeit.files.wordpress.com/2014/06/info-stauergerechtigkeit_stand-nach-beps3.pdf). Bei weitere Erwähnung immer Bezug auf diese Studie.
- 2 [http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2014\\_en.pdf](http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2014_en.pdf).
- 3 [https://www.pwc.com/gx/en/sustainability/SDG/SDG%20Research\\_FINAL.pdf](https://www.pwc.com/gx/en/sustainability/SDG/SDG%20Research_FINAL.pdf).
- 4 <https://howmuch.net/articles/tax-havens#>.



Pressekonferenz der NGOs zu Beginn der Biodiversitätskonferenz in Cancún 2016.

## ZWISCHENSTOPP CANCÚN

Die CBD-Vertragsstaatenkonferenz zieht eine ernüchternde Zwischenbilanz, stellt aber einige wichtige Weichen

Die im Dezember 2016 in Mexiko abgehaltene internationale Biodiversitätskonferenz rief die Vertragsländer auf, schneller und engagierter für den Schutz von Lebensräumen, Tieren und Pflanzen zu handeln. Fast alle Ziele, den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen, würden andernfalls verfehlt. Insbesondere die Landwirtschaft müsse nachhaltiger werden. Für heisse Debatten sorgte auch das Thema synthetische Biologie.

**A**LLE 2 Jahre treffen sich die VertreterInnen der 196 Vertragsparteien der Biodiversitätskonvention (CBD), um gemeinsam über die Umsetzung der Konvention zu beraten und am Ende zahlreiche Beschlüsse zu fassen, die die Umsetzung der Konvention voranbringen sollen. Diesmal trafen sich die RegierungsvertreterInnen in der mexikanischen Ferienhochburg Cancún.

### Integration der Biodiversität in die Landnutzung oder Freibrief für die Intensivierung?

Das Hauptthema der Konferenz ist eines von zentraler Bedeutung: Es ging um die Integration des Biodiversitätsschutzes in Sektorpolitiken, namentlich die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Auf der Vorgängerkonferenz 2014 wurde diese Thematik beinahe von der Agenda

gekippt, sie konnte aber dank eines koordinierten Einsatzes von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammen mit Unterstützerländern auf der Agenda gehalten werden. Die Brisanz des Themas wurde vielen CBD-TeilnehmerInnen im Juni 2016 auf einer globalen Fachkonferenz im norwegischen Trondheim verstärkt bewusst, wo unter anderem die Frage diskutiert wurde, wie es zu schaffen sei, genügend Lebensmittel für eine Weltbevölkerung von prognostizierten 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 zu produzieren und den Hunger auf der Welt zu beenden, ohne dass dies den Biodiversitätsverlust noch weiter vorantreibt.

Fast wäre der Versuch, Biodiversitätskriterien für die Landwirtschaft zu beschließen, ins Gegenteil gekehrt worden: Die Europäische Union (EU) und andere Vertragspartei-

en wollten, dass die Vertragsstaaten der CBD zu einer Intensivierung der Landwirtschaft aufrufen. Auch wenn diese Intensivierung auf dem Papier „nachhaltig“ sein sollte, wäre dies, wie die Erfahrung lehrt, einem Freibrief für die industrielle, naturzerstörende Landwirtschaft gleichgekommen. Auch hier konnten die NGOs durch die Unterstützung der Schweiz, Uruguays und weiterer Vertragsstaaten das Ruder in letzter Minute herumreißen: Sie erreichten, dass der Begriff „Intensivierung“ aus der Beschlussvorlage wieder entfernt wurde. Im finalen Beschluss wird nun zu einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion, zur Diversifizierung, zu agrarökologischen Ansätzen und zum Biolandbau sowie zur Reduzierung von Düngemitteln und Pestiziden aufgerufen.

### Die Staaten müssen mehrere Zacken zulegen, um die Schutzziele zu erreichen

Trotz dieser positiven Ansätze fiel die Konferenz in vielerlei Hinsicht ernüchternd aus. Der auf der Konferenz präsentierte Zwischenbericht zur

Umsetzung des Strategischen Plans gegen den Verlust der Biodiversität bis 2020 zeigte, dass bis zum Jahr 2020 nur 2 von dessen 20 Aichi-Zielen<sup>1</sup> erreicht werden können, wenn nicht deutlich schneller und engagierter gehandelt wird. 2 Ziele – der Stopp des Korallensterbens durch die Ozeanversauerung (Aichi-Ziel 10) und die Verabschiedung von nationalen Biodiversitätsstrategien in allen 196 Vertragsparteien (Aichi-Ziel 17) wurden bereits verfehlt – sie hätten bis 2015 erreicht werden müssen.

Gemäß Ziel 17 müssen die Ziele der CBD und des Strategischen Plans also in politisch verbindliche nationale Strategien zum Schutz der Biodiversität übersetzt werden. 129 der 195 CBD-Vertragsparteien sind dieser Verpflichtung inzwischen nachgekommen. Deutschland hat dies bereits 2007 mit seiner umfassenden nationalen Biodiversitätsstrategie getan, die seitdem Schritt für Schritt umgesetzt wird und 2016 durch die sogenannte Naturschutz-Offensive aufgefrischt wurde. Auch die EU arbeitet stetig an der Umsetzung ihrer 2010 verabschiedeten Biodiversitätsstrategie. In anderen Ländern ist die Situation weniger rosig: Die Schweiz hat zwar 2012 eine Biodiversitätsstrategie verabschiedet, bisher aber noch kaum etwas für die Umsetzung getan. Der vor 4 Jahren unter breiter Partizipation von InteressensvertreterInnen ausgearbeitete Aktionsplan zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie wurde immer noch nicht verabschiedet. Es bleibt zu hoffen, dass die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 dem Prozess neues Leben einhaucht, schließlich befassen sich 2 ihrer 17 Ziele mit Biodiversität (14 – Meere und Ozeane, 15 – landgebundene Lebensräume).

Die TeilnehmerInnen der Konferenz riefen die Vertragsstaaten nun auf, ihre Anstrengungen zu erhöhen, u. a. durch eine verstärkte Umsetzung ihrer nationalen Biodiversitätsstrategien. Doch trotz der Etablierung eines Umsetzungsgremiums (Sustainable Body on Implementation) gibt es nach wie vor keine verbindlichen Überprüfungsprozesse, mit denen der Fortschritt einzelner Länder bei der Umsetzung ihrer nationalen Biodiversitätsstrategien und somit der Aichi-Ziele diskutiert und beurteilt wird. Zudem gibt es keine Sanktionen, für den Fall, dass die Staaten sich nicht um die Umsetzung der Biodiversitätskonvention bemühen. Ob der in

Cancún beschlossene Prozess der freiwilligen gegenseitigen Begutachtung unter den Staaten Früchte trägt, bleibt abzuwarten. Statt sich darum zu kümmern, dass bis 2020 mehr Aichi-Ziele erreicht werden, ergriffen viele Vertragsstaaten in Cancún die Flucht nach vorn und diskutierten, wie die Ziele aussehen sollen, die man sich ab 2020 setzen wird, falls die Ziele des jetzigen Strategischen Plans verfehlt werden.

### Heißes Eisen: Synthetische Biologie (oder auch GMO 2.0)

Besonders hitzig waren ferner die Debatten zum Thema Synthetische Biologie. Das Thema betrifft unter anderem den im Cartagena-Protokoll geregelten Handel mit genetisch veränderten Organismen. Zudem ermöglicht die digitale Entschlüsselung von Erbgut, den im Nagoya-Protokoll gegen Biopiraterie angestrebten fairen Deal zwischen Herkunfts- und Nutzerstaaten von genetischen Ressourcen zu umgehen. Die anwesenden NGOs sahen die getroffenen Entscheidungen als zu schwach an, um den Gefahren dieser neuen Technologie zu begegnen. Aber es wurde immerhin das Vorsorgeprinzip bestätigt – es dürfen keine „Gene Drives“ (Technologien zur beschleunigten Ausbreitung von Genen in Populationen) verbreitet werden, ohne dass adäquate Risikobewertungen und Risikomanagementsysteme etabliert sind. Zudem wurde ein seriöser Arbeitsprozess in die Wege geleitet, um den Umgang mit digitalen Sequenzen zu regeln. Die anwesenden NGOs monierten auch die zu starke Präsenz der IndustrievertreterInnen.

### Weitere Ergebnisse der Konferenz

Um dem Rückgang von Bienen und anderen Bestäubern infolge eines verringerten Blütenangebots durch Naturzerstörung sowie des verstärkten Einsatzes von Pestiziden zu begegnen, wurde eine Koalition der Willigen gegründet: Auf Initiative der Niederlande haben 11 europäische Länder beschlossen, entsprechende nationale Aktionspläne zu entwickeln. Es bleibt bisher jedoch unklar, was diese Koalition nun konkret unternehmen wird.

Gegen die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll wurde ein Plan entwickelt, wie dieser reduziert und vermieden werden kann. 8 Millionen Tonnen Plastik werden jährlich in die Meere der Welt gespült und sammeln sich insbesondere in einigen

Meeresdriftströmungswirbeln und an den Küsten an. Dies umfasst sowohl Plastikverpackungen und groben Plastikmüll als auch Mikroplastik. Im Mittelmeer kommt Schätzungen zufolge auf 2 Plankton-Lebewesen ein Teil Mikroplastik. Der Plan setzt an erster Stelle auf die Vermeidung von Plastik bei der Herstellung und beim Konsum und die Nutzung alternativer, mehrfach benutzbarer Verpackungen und mikroplastikfreier Kosmetik.

### Ausblick

Mit dem Ende der Konferenz steht ein Wechsel an der Spitze der Biodiversitätskonvention an: Die rumänische Umweltministerin Cristiana Pașca Palmer wird als neue Geschäftsführerin das Sekretariat der Konvention vom Brasilianer Bráulio Ferreira de Souza Dias übernehmen, der das Amt seit 2012 innehatte. Auf sie warten eine Menge Herausforderungen. Es wird nicht leicht sein, die Vertragsstaaten zum Handeln zu motivieren und den Strategischen Plan sowie die globalen Biodiversitätsziele in den kommenden 4 Jahren noch umzusetzen – in einem globalen Machtgefüge, das derzeit wenig auf internationale Zusammenarbeit setzt und bei dem die Umwelt eher hinten auf der Prioritätenliste angesiedelt ist. Die nächste Vertragsstaatenkonferenz COP14 findet 2018 in Ägypten statt.



Friedrich Wulf

Der Autor ist bei der Schweizer Naturschutzorganisation Pro Natura (Friends of the Earth Switzerland) für internationale Biodiversitätspolitik zuständig und koordiniert die AG Biodiversität des Forum Umwelt und Entwicklung.

Die Beschlüsse der CBD-Konferenz lassen sich nachlesen unter:

<https://www.cbd.int/conferences/2016>.

<sup>1</sup> So benannt nach der japanischen Provinz Aichi, in deren Hauptstadt Nagoya 2010 die CBD COP 10 stattfand, auf der der Strategische Plan der CBD verabschiedet wurde.



© Mirko Milovanovic / Compact (BY-NC 2.0)

Zur finalen Abstimmung im EU-Parlament über CETA protestieren Hunderte lautstark gegen das Abkommen.

## DER PROTEST GEHT WEITER

### EU-Parlament stimmt trotz anhaltender Kritik für das umstrittene Freihandelsabkommen CETA

Am 15. März 2017 stimmte das EU-Parlament in Straßburg über CETA, das umfassende Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada, ab. Wie erwartet sprach sich die Mehrheit der Abgeordneten für das Abkommen aus. Das Parlament stellte die letzte noch zu nehmende Hürde für die Ratifizierung auf europäischer Ebene dar, nachdem die EU-Kommission und der Europäische Rat dem Abkommen bereits im Herbst 2016 zugestimmt hatten. Nun kann die vorläufige Anwendung des überwiegenden Teils des Abkommens in Kraft treten und die weitere Ratifizierung findet auf Ebene der Mitgliedstaaten statt. Auf kanadischer Seite kann CETA nach Abstimmung in den beiden Kammern des kanadischen Parlaments vorläufig in Kraft treten. Bisher hat aber nur das Unterhaus dem Abkommen zugestimmt.

INSGESAMT 408 ParlamentarierInnen und somit 59 Prozent aller Mitglieder des Parlaments stimmten am 15. März für das Abkommen; die GegnerInnen waren mit 254 Stimmen vertreten. Wie erwartet stellten sich neben der geschlossen stimmenden Gruppe der Linken (GUE-NGL) fast alle Mitglieder der Grünen (Greens/EFA) gegen CETA. Eine im Vorhinein von GegnerInnen und BefürworterInnen heiß umkämpfte Gruppe war die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), in der auch die deutsche SPD zu finden ist. Wäre es der aktiven Zivil-

gesellschaft gelungen, diese Gruppe zu einem Nein zu einen, hätte das Abkommen im EU-Parlament verhindert werden können. Hier gab es schlussendlich 95 Ja-Stimmen, aber auch 66 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen. Vor allem aus Frankreich und Italien entschieden sich viele Abgeordnete dazu, mit Nein zu stimmen. Auch bei den Liberalen und der Europäischen Volkspartei (EVP), der konservativen Gruppe, zu der auch die Union gehört, gab es vereinzelt Gegenstimmen oder Enthaltungen. Aus Deutschland stimmten insgesamt 58 Abgeordnete

mit Ja und 28 mit Nein. Größtenteils spiegelt das Abstimmverhalten in den einzelnen Ländern das Verhältnis der Parteien zueinander wieder, da, bis auf die erwähnten Ausnahmen, entlang der Parteilinien gewählt wurde. Laut einer Auswertung von votewatch wählten insgesamt 82 Prozent der Abgeordneten so, wie von ihrer politischen Gruppe vorgegeben.

#### Abstimmung von Protesten begleitet

Vor dem Parlamentssitz im französischen Straßburg gab es am Abstimmungstag viele Proteste und zivilgesellschaftlichen Widerstand. Auch die Medien berichteten von der Abstimmung und den Aktionen vor Ort. Mehrere 100 AktivistInnen aus ganz Europa waren angereist und es herrschte trotz des absehbaren Ergebnisses gute Stimmung. Die Demonstrierenden lagen teilweise auf dem Boden und versperrten den Eingang zum Parlament oder forderten mit Transparenten und Sprechchören „Stoppt CETA“ oder „Hormonfleisch, nein danke“. Viele deutsche, französi-

sche und europäische Organisationen hatten zu dem Protest geladen. Auch die europaweite Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA war aktiv vor Ort. Nach ihrer erfolgreichen Unterschriftensammlung 2015 mit rund 3,3 Millionen Unterschriften hatte die Initiative ihren Kampf gegen CETA mit Fokus auf das Europäische Parlament 2016 fortgesetzt. Dazu hatten die InitiatorInnen den CETA-Check ins Leben gerufen, der BürgerInnen die Möglichkeit gab, vor der Abstimmung zunächst ihre Europa-Abgeordneten zu den wichtigsten CETA-Themen zu befragen. In einer zweiten Phase hatten sie die Möglichkeit, ihre Abgeordneten direkt dazu aufzufordern, gegen CETA zu stimmen. Auch wenn dieser Weg nicht den gewünschten Erfolg brachte, half die Arbeit der Initiative und der vielen Nichtregierungsorganisationen doch dabei, das Thema im Vorhinein europaweit an die Öffentlichkeit zu bringen und die breite Mobilisierung aufrechtzuerhalten.

### Der Widerstand geht weiter

Natürlich gab es aber auch Enttäuschung aufgrund des Ergebnisses unter den AktivistInnen. In einer Pressemitteilung sagte beispielsweise Campact-Vorstand Felix Kolb: „Mit ihrer Zustimmung zu CETA im Europaparlament haben die Parlamentarier den Rechtspopulisten in Europa ein unfreiwilliges Geschenk gemacht. CETA schränkt die demokratischen Handlungsspielräume seiner Mitgliedstaaten ein, weil Konzernen viel Macht zugestanden wird und damit Umwelt- und Sozialstandards gefährdet werden.“ Er betonte, genauso wie viele seiner KollegInnen, dass CETA aber noch nicht in trockenen Tüchern sei und die nationalen Parlamente nun das Ruder in der Hand hätten. In Deutschland könne noch eine Sperrminderheit aus Linken und Grünen das Abkommen im Bundesrat zu Fall bringen. Allerdings stehen schon bald Landeswahlen ins Haus, die die Stimmverteilung wieder umwerfen könnte. Dennoch wäre ein entschlosseneres Auftreten der Grünen wünschenswert. Sie könnten mit einem bestimmten und geeinten Auftreten gegen CETA die Stimmung in Deutschland noch beeinflussen und das Thema auch weiter auf der Tagesordnung halten. Allerdings scheint unwahrscheinlich, dass CETA noch vor der Bundestagswahl zur Abstimmung gebracht wird.

Auch der Handelsexperte des BUND e. V., Ernst-Christoph Stoller, richtet den Blick nach der Abstimmung im EU-Parlament nun auf die Bundestagswahl und fordert zudem ein Umdenken bei der Handelspolitik: „CETA ist von gestern, zukunftsfähig wäre allein die umfassende Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik entsprechend der UN-Nachhaltigkeitsziele. Im Vorfeld der Bundestagswahl ist es einer unserer wichtigsten Wahlprüfsteine, ob sich die Parteien in Deutschland für sozial-ökologische Reformen der Handelspolitik einsetzen.“ Bei der anstehenden Bundestagswahl werden viele Organisationen in Deutschland versuchen, CETA und die EU-Handelspolitik zu einem zentralen Thema zu machen.

### Zustimmung der nationalen Parlamente weiterhin ungewiss

Neben dem Bundestag und Bundesrat müssen noch die 37 weiteren nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen. Eine negative Abstimmung genügt, um das Abkommen zu Fall zu bringen. Die aktive Zivilgesellschaft kann hier den Druck nochmals enorm erhöhen und kritische Parlamente haben die Möglichkeit, ihrer verbalen Ablehnung Taten folgen zu lassen. Was das für Auswirkungen haben kann, haben wir bereits im letzten Jahr in Wallonien gesehen. Die kleine belgische Region blockierte Ende Oktober die Unterzeichnung durch den Rat. Zwar gab Wallonien die belgische Unterschrift zu CETA schlussendlich frei, machte aber klar, dass man CETA in dieser Form nicht ratifizieren werde. Belgiens Zustimmung, genauso wie die einiger anderer Parlamente, scheint also durchaus fraglich.

Auch stehen im ersten Halbjahr sowohl in Frankreich wie in den Niederlanden Wahlen an, die die Zusammensetzung der Parlamente und Positionen zu CETA nochmals verändern könnte. Zudem droht in den Niederlanden oder Österreich auch ein Referendum zu CETA. Die NiederländerInnen hatten bereits 2005 in einem Volksentscheid den EU-Vertrag zu Fall gebracht (ebenso wie Frankreich). CETA ist in der Bevölkerung nicht beliebt und könnte ähnlich enden wie damals die EU-Verfassung, auch wenn die Ergebnisse von Referenden in den Niederlanden nicht bindend sind. Alternativ besteht die Möglichkeit, dass das Abkommen ewig in der Schwebe hängen könnte,

weil es keine zeitliche Begrenzung des nationalen Ratifizierungsprozesses gibt. Somit würde es bei der vorläufigen Anwendung bleiben.

### Die EU-Handelspolitik in der Krise

Unabhängig davon, ob CETA schlussendlich in Kraft treten wird oder nicht – das Buhlen um das Abkommen hat gezeigt, dass die EU-Handelspolitik in einer Krise steckt und viele Unstimmigkeiten in dem Bereich herrschen. Es darf nun keine Rückkehr zum „business as usual“ geben und die derzeit geltenden Handlungsprinzipien von immer mehr Wachstum – so schnell und viel wie möglich und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen – müssen endlich in Frage gestellt werden. Der massive Zulauf in der Bewegung gegen TTIP und CETA zeigt unter anderem, dass immer mehr Menschen mit dem alten Mantra brechen wollen. Sie spüren schon länger, dass die Versprechen von einem Freihandel mit mehr Wachstum und gleichzeitig auch immer mehr Wohlstand haltlos sind. Im Grunde profitieren von den Vorteilen ausschließlich bereits privilegierte Gruppen, während alle anderen zurückstecken müssen und in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Somit ist die Zivilgesellschaft auch weiterhin aktiv und kämpft für eine demokratische Handelspolitik – für gerechten Welthandel. Um gemeinsam weiterführende Strategien zu entwickeln und Aktionen zu planen, trafen sich Hunderte von Aktiven am 24. und 25. März bei der zweiten Auflage der Strategie- und Aktionskonferenz in Kassel. Zentrale Fragen waren u. a. wie man die breite Unterstützung in einen politischen Durchbruch verwandeln kann, wie man sich dem rechtspopulistischen Standortnationalismus am besten entgegenstellen kann oder welche Aktivitäten und Projekte 2017 den Protest am besten sichtbar machen können.



Jasmin Miah und  
Nelly Grotefend

Die Autorinnen arbeiten beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Weitere Infos und Bilder der Konferenz gibt es auf:  
<http://ttip-aktionskonferenz.de>



© László Maráz

Kiefernplantage in Brandenburg.

# KLIMASCHUTZ DURCH AUFFORSTUNGEN?

## Die vertrackte Sache mit dem Kohlendioxid

**Aufforsten und Bäume pflanzen für den Klimaschutz. Das klingt gut. Dabei weiß kaum jemand, wie sich das Wachstum von Bäumen und Wäldern auf den Treibhauseffekt auswirkt. Klar, Wälder und Bäume speichern Kohlenstoff, darum ist das Pflanzen von Bäumen und das Vorhandensein von Wäldern eine gute Sache. Was aber bringt es, wenn dafür alte Wälder abgeholzt werden, oder wenn schnellwachsende Baumarten gepflanzt werden, die nach ein, zwei Jahrzehnten wieder geerntet werden? Ein Erklärungsversuch.**

**E**S GIBT in Uganda ein Projekt, das dem Klimaschutz dienen soll. Wie der SPIEGEL berichtete,<sup>1</sup> lässt das deutsche Unternehmen Global Woods dort 6 Millionen Karibische Kiefern pflanzen, die auf einer Fläche von 85 Quadratkilometern (etwa die Hälfte des Stadtgebietes von Karlsruhe) während ihres Wachstums in 60 Jahren rund 2 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus der Atmosphäre schlucken und speichern sollen. Das wäre etwa so viel CO<sub>2</sub>, wie die EinwohnerInnen von Karlsruhe in knapp 9 Monaten jährlich ausstoßen, oder so viel, wie der gesamte Verkehr in Deutschland in 4 Tagen verursacht. In 4 Tagen!

In der Savanne mit Resten des halbbimmergrünen Tropenwaldes, einzelnen Bäumen, Büschen und Grasland ist durchaus Platz für neue Pflanzungen. Doch von dem Land leben

Menschen, viele betreiben Viehzucht, sammeln Brennholz oder stellen Holzkohle her. Ihr Pech: Sie siedeln in einer „Forest Reserve“, also einem Stück Land, das eigentlich Wald sein sollte. Diese Gegend in Uganda ist ziemlich entwaldet. Immer mehr Menschen suchen Arbeit und Einkommen. Sie sind froh, wenn sie ein Stück Land nutzen können, um sich und ihre Familien durchzubringen.

### Landnutzungs-Konkurrenz

Es kommt also zur Konkurrenz um die Landnutzung. Im Konfliktfall verlieren oft die Schwächeren das Rennen, die Menschen vor Ort. Wenn Einheimische brandrodern, mit Holz oder Holzkohle kochen, werden sie als Umwelt- und KlimazerstörerInnen bezeichnet. Nicht ganz zu Unrecht. Ihre Rinder beschädigen die Vegetation, ehemalige Waldgebiete

degradieren. Was aber, wenn ein deutsches Klimaschutzprojekt die Vegetation abbrennt und exotische Bäume pflanzt, um sie später zu zersägen oder Holzkohle daraus herzustellen? Dann wird derselbe Vorgang plötzlich zu einer guten Tat für den Umwelt- und Klimaschutz. InvestorInnen, ExpertInnen, Beratungs- und Marketingfirmen kommen und gehen. Manchmal fließen sogar Klimaschutz- oder Entwicklungshilfegelder. Die GeberInnen freuen sich über die gute Tat. Die Einheimischen stören nur, sie müssen zusehen, wo sie bleiben. Hoffentlich landen sie nicht als Flüchtlinge bei uns.

Könnte ein Waldprojekt, das Arbeitsplätze schafft, nicht eine Lösung sein? Weltweit bewerben viele Initiativen das Pflanzen von Bäumen als Maßnahme gegen den Klimawandel. Das Konzept ist einfach. Bäume entnehmen der Luft während ihres Wachstums Kohlendioxid und verwenden den Kohlenstoff zur Bildung von Zellulose- und Lignin-Molekülen, den Bestandteilen von Holz. Sterben alte Bäume ab, wird die organische Substanz zersetzt. Das Holz verrottet, wenn Milliarden von Lebewesen ihrer Arbeit nachgehen. Pilze und Insekten

verzehren die energiereiche Substanz, was Jahre bis Jahrzehnte dauern kann. Dabei wird auch viel Kohlendioxid gebildet und in die Atmosphäre abgegeben. Brennt der Wald oder verheizt man sein Holz, geht das schneller. Auch bei der Herstellung von Zellstoff aus den Zellulosefasern wird die andere Hälfte der Holzsubstanz, das Lignin, schon am selben Tag abgeschieden und verbrannt, als Energiequelle für die Fabrik. Selbst wenn man haltbarere Holzprodukte herstellt, wird dieser Vorgang lediglich verlangsamt. Ein Teil des Kohlenstoffs wird für einige Jahre gespeichert, bevor das Holz vermodert oder verbrannt und durch frisches Holz ersetzt wird. Da Paletten, Holzbauten oder Möbel fast immer alte Holzprodukte ersetzen, wächst dieser zusätzliche „Holzproduktspeicher“ aber kaum, sodass die Klimaschutzwirkung recht gering ist.

### Grünes Mäntelchen

Ärgerlich wird es bei solchen Projekten, wenn Dinge versprochen werden, die zwar gut klingen, aber größtenteils falsch sind. Schon in der Beschreibung des Kikonda-Projektes<sup>2</sup>, wie sie etwa von der Stadt Karlsruhe verbreitet wird, finden sich irreführende Angaben. Es ist nämlich gar kein Waldprojekt, sondern hier wird eine kommerzielle Holzplantage errichtet. Eine Monokultur aus Karibischen Kiefern, die alle 18 Jahre geerntet und zersägt werden sollen. Mit Wald hat das nicht viel mehr zu tun, als dass hier viele Bäume eng beieinander stehen und Schatten spenden.

Bei Global Woods heißt das in der Selbstdarstellung: „Wir [...] etablieren und bewirtschaften einen Wald“ und in einem Zertifizierungsbericht des TÜV Süd<sup>3</sup> wird die Firma mit der Aussage zitiert, dass sich ein „hübscher gleichaltriger Wald“ entwickeln würde. Viele Holzäcker verstecken sich hinter so einem grünen Mäntelchen. Auch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) klärt bislang nicht über den Unterschied zwischen Wald und Holzplantage auf. Dabei ist der Unterschied wirklich groß. Denn für die biologische Vielfalt leisten solche Plantagen nichts. Im Gegenteil: Die vorhandene Vegetation wird vor der Pflanzung erst einmal entfernt. Das ursprüngliche Gras- und Buschland mit einzelnen Bäumen und Baumgruppen ist um ein Vielfaches artenreicher als die Holzplantage, die ja nur aus einer einzigen Baumart

besteht. Selbst solche degradierten Waldökosysteme beherbergen noch eine erstaunliche Vielfalt an Arten und leisten einen Beitrag zur Vermeidung von Dürren und Überschwemmungen. Sie sind nicht das, was man gemeinhin unter „Ödland“ versteht. Es wäre gut, solche Bestände wieder zu naturnahen Waldökosystemen zu restaurieren.

### Hauptsache zertifiziert

Durchaus zulässig ist es aber auch, einige dieser Flächen für die Erzeugung von Holzprodukten zu nutzen, die ja auch gebraucht werden. Da solche Plantagen auch in Uganda als lukratives Investment empfohlen werden, ist eine Förderung mit öffentlichen Geldern gar nicht nötig. Die Plantagenwirtschaft von Global Woods in Kikonda ist sogar FSC-zertifiziert<sup>4</sup>. So erfährt man wenigstens Genaueres über die Art der Bewirtschaftung. Liest man sich den Bericht des Prüfers SGS durch, der für den FSC tätig ist, fallen pikante Details auf<sup>5</sup>. Beim Kriterium 5.5. Erhalt der Waldfunktionen und Ressourcen, wird dem Unternehmen bescheinigt, dass es viele Waldfunktionen erhält, wie zum Beispiel die „Senke“ für Chemikalien, da der Baumbestand auch Chemikalien aufnimmt. Dabei stammen die meisten Chemikalien von der Firma selbst. 2015 wurden mehr als 82.000 Liter des Herbizids Roundup (Glyphosat) versprüht. Auch vom Insektengift Imidacloprid, einem Neonicotinoid, wurden über 270 Liter ausgebracht, um Termiten zu bekämpfen (Nichts davon ist in all den netten Broschüren zu lesen, mit denen versucht wird, die Holzplantage als Klimaschutzprojekt zu bewerben).

### Klimaschutzbeitrag fragwürdig

Da kommt also jemand aus einem reichen Industrieland und verwendet Land in Uganda zu dem Zweck, ein wenig von unserem Klimaschaden wieder wettzumachen. Das muss nicht schlecht sein. Es gibt schließlich weltweit viel Land, das wiederbewaldet werden sollte. Dass die Bäume wirklich 2 Millionen Tonnen Kohlendioxid aufnehmen, ist so wie das Projekt konstruiert ist, schlicht unmöglich. Auch der TÜV SÜD rechnet mit deutlich weniger als einer Million Tonnen. Ob selbst diese Zahl stimmt, ist zu bezweifeln. Häufigster Fehler: Der Betreiber addiert einfach die gesamte Wuchsleistung zusammen. Doch die Bäume wachsen zwar schnell, sie sol-

len aber alle 18 Jahre geerntet werden. Damit sinkt der Kohlenstoffvorrat auf den Kahlflächen auf null. Wenn junge Bäumchen gepflanzt werden, dauert es etliche Jahre, bis sie wieder nennenswerte Kohlenstoffmengen aufbauen. Im Durchschnitt ist deswegen deutlich weniger als die Hälfte des maximalen Holzvorrates auf der Gesamtfläche gebunden! Der größte Teil des Kohlendioxids befindet sich dauernd in der Erdatmosphäre. Nur ein Bruchteil wird über die Projektlaufzeit hinweg gespeichert, zumal vorher die Vegetation mitsamt ihrem Kohlenstoffvorrat entfernt wurde. Wenn am Ende des Vertrags alle Bäume geerntet werden, landet der Kohlenstoffvorrat der Fläche wieder in der Atmosphäre. Und dann würden es Jahrzehnte dauern, bis sich die ursprüngliche, wenn auch lückenhafte Vegetation wieder entwickelt hat.

Fazit: Man sollte endlich damit aufhören, Wälder als Reparaturbetrieb einer verfehlten Energie- und Klimapolitik zu missbrauchen. Wenn wir Wälder restaurieren und aufforsten, dann können wir im allerbesten Falle so viel Kohlenstoff auf diesen Flächen speichern, wie früher dort vorhanden war. Das ist allemal eine wichtige Aufgabe. Weder Wälder, noch Holzprodukte können die gigantischen Mengen an zusätzlichen fossilen Treibhausgas-Emissionen schlucken.



László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Dialogplattform Wald und der AG Wälder, und Mitarbeiter im Forum Umwelt und Entwicklung

- 1 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/uganda-waldprojekt-raubt-bauern-lebensraum-a-1065963.html>.
- 2 <http://klimafair-karlsruhe.org/de/inhalte/service/projekt Dokumente.php>.
- 3 [https://www.klimafair-karlsruhe.org/de/pdf/klimaprojekte/kikonda/Certification\\_Report\\_KFR\\_CFS-2013.pdf](https://www.klimafair-karlsruhe.org/de/pdf/klimaprojekte/kikonda/Certification_Report_KFR_CFS-2013.pdf), S. 13.
- 4 Der FSC (Forest Stewardship Council) ist ein Zertifizierungssystem für Waldnutzung.
- 5 <http://fsc.force.com/servlet/servlet.FileDownload?file=00P3300000iUEutEAG>, S. 8.



Zeitung oder iPhone? – Was machen wir aus dem Strukturwandel in der Medienlandschaft?

# AGENDA SETTING IM POSTFAKTISCHEN ZEITALTER

## NGOs als Treiber oder Getriebene?

**Unter diesem Titel stand das diesjährige Plenum des Forum Umwelt und Entwicklung am 14. März im Berliner Haus der Demokratie. Der Saal war bis auf den letzten Stuhl besetzt, als die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen und struktureller Umbrüche in der Medienlandschaft diskutiert wurde. Dabei wurde nicht nur die Kommunikationsfähigkeit der NGOs kritisch in den Blick genommen, sondern auch Gefahren und Potenziale der digitalen Medien analysiert. Am Ende kristallisierte sich die Schlussfolgerung heraus: Die Herausforderung besteht darin, gleichzeitig in einfacher Sprache und mit einem Schuss an Emotion, dabei aber stets faktenbasiert, Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit abzuholen und sich zugleich von der stark vereinfachten Kommunikationsweise der PopulistInnen abzugrenzen.**

**D**IE DISKUSSION eröffnete der Pressesprecher des Bundesministeriums für Umwelt, Bau- und Reaktorsicherheit (BMUB), Michael Schroeren, mit einer Keynote-Rede. Dabei stellte er zunächst in Frage, ob der Begriff „postfaktisch“ unser Zeitalter tatsächlich treffend beschreibt. Falsche Nachrichten, sogenannte ‚Fake News‘, seien weder etwas Neues, noch ein Grund zur Panik. Interessanterweise waren es in den 1970er und 80er Jahren NGOs, die unter dem Titel ‚Das Bild lügt‘ ihr Misstrauen gegenüber dem Medienbetrieb ausdrückten. Wer Medienzugang hatte, stand schnell im Verdacht, zu „den Medien“ zu gehören. Das Gefühl, dass die Mainstream-Medien einseitig berichten, führte dazu, dass eine Alternativpresse entstand. So hieß die Tageszeitung die taz zum Beispiel ursprünglich ‚Informationsdienst zur

Verbreitung unterbliebener Nachrichten‘. Man verstand sich gewissermaßen als aufklärerisches Projekt gegen den Medienmainstream. Schroeren zufolge sei es wichtig, dass NGOs diese Rolle der Aufklärerin auch heute und in Zukunft weiter wahrnehmen. NGOs seien definitiv nicht „Getriebene“; die explosionsartige Ausweitung der Kommunikationsmöglichkeiten habe auch für NGOs neue Möglichkeiten eröffnet.

### Die Umweltkommunikation hat ein Sprachproblem

Insbesondere beim Thema Umwelt- und Klimaschutz, das in der breiten Bevölkerung konstant einen hohen Stellenwert habe, sei es wichtig, dass NGOs als Treiber des Wandels fungieren. Schroerens Kritik in diesem Zusammenhang: Unsere Sprache ist nicht verständlich. Laut einer BMUB-

Untersuchung verstünden beispielsweise nur 3 Prozent der Bevölkerung den Begriff Dekarbonisierung und auch nur wenige könnten sich etwas unter Transformation, Green Economy oder Biodiversität vorstellen. Die Umweltkommunikation müsse ihr Sprachproblem dringend in den Griff bekommen, wenn sie die Öffentlichkeit mitnehmen möchte, so Schroerens Appell.

### Emotion ist kein Selbstzweck

Im Zusammenhang mit Kommunikationsformen ging Schroeren zudem explizit auf das Thema Emotionen ein. Dies sei ein zweischneidiges Schwert – einerseits könnten viele politische Themen, wie beispielsweise der Naturschutz, schwer ohne Emotionen vermittelt werden, trotzdem müssten Emotionen auch gebändigt werden, um eine rationale politische Diskussion zu ermöglichen.

Zum Abschluss hielt der Pressesprecher des BMUB noch ein Plädoyer gegen das berühmte „Agenda Setting“ (das Setzen von Themen), das weit überschätzt werde, weil man Themen nicht einfach „setzen“ könne. Seiner Meinung nach sollten NGOs machen, was notwendig sei und was sie für das Richtige hielten – nicht, was am meisten Aufmerksamkeit in der Bevölkerung mit sich brächte.

Anschließend diskutierte Michael Schroeren mit Marita Strasser (Campagnerin von Campact), Yvonne Weber (Leiterin Presse und Öffentlichkeitsarbeit des BUND) und Katharina Nocun (Bloggerin, Campagnerin, und Aktivistin) auf dem Podium. Die Diskussion leitete Jürgen Maier, Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

## Berichterstattung mit konstruktivem Dreh

Ein erstes Thema in der Podiumsrunde bildete der Wandel der Medienkultur. Auf Jürgen Maiers Nachfrage, ob unsere Öffentlichkeitsarbeit angesichts einer immer fragmentierteren Öffentlichkeit überhaupt noch in der Lage sei, eine gemeinsame Sprache für alle Zielgruppen zu finden, forderte die Bloggerin Katharina Nocun: Medien müssten alternative Formate schaffen, sich an die Interessen der BürgerInnen anpassen. Diese seien auch in Zeiten unbegrenzten Informationszugangs über das Internet durchaus gewillt, etwas zu bezahlen, wenn digitale Medien ihnen Informationen oder Formate bieten können, die sie vermissen. Beispielsweise seien digitale Medien erfolgreicher darin, Nischen anzusprechen und zu bedienen.

Dass durch die Fragmentierung der Medienlandschaft parallele Welten entstehen würden, die sich nach außen verschließen und nicht mehr an einer gemeinsamen Öffentlichkeit teilnehmen würden, wies Maritta Strasser von Campact zurück. Ihrer Meinung nach gebe es weiterhin Themen, die die Gesamtgesellschaft betreffen, man müsse jedoch flexibel sein und diese aufspüren und dann öffentlichkeitswirksam aufbereiten.

Im Hinblick auf das Stichwort Agenda Setting hakte Moderator Jürgen Maier nochmal nach: Themen zu setzen sei wichtig für NGOs, um die Öffentlichkeit dazu zu bewegen, über bestimmte Themen nachzudenken und zu sprechen. Doch was könne getan werden, um Themen wie beispielsweise die Forderung nach einem gerechten Welthandel langfristig auf der politischen Agenda zu halten?

Darauf reagierte Maritta Strasser mit dem Beispiel TTIP. Dessen Erfolgsgeheimnis seien nicht die 4 Buchstaben und nicht die 320.000 DemonstrantInnen gewesen. Vielmehr hätten es die NGOs geschafft, die Grundstimmung vieler Menschen aufzunehmen, dass mit der neoliberalen Politik etwas nicht stimmt. Ein

Gespür für das Unbehagen der Menschen zu entwickeln und die Gründe dafür anzugehen, das sei die Aufgabe von NGOs. In ihren Worten:

## „Wir sind die Surfer auf einer Welle, nicht die, die den Wind pusten.“

Trotz positiver Aspekte der digitalen Kommunikation vermisste Katharina Nocun eine globalisierungskritische Bewegung in Bezug auf den Umgang mit global handelnden Unternehmen, die den digitalen Markt beherrschten. Wenn ein Konzern anhand eines geheimen Algorithmus unseren Informationszugang im Internet lenken könne, müssten wir als NGOs gegensteuern und Netzpolitik und Datenschutz zu einem wichtigen Thema bei unserer Arbeit machen. Denn „Facebook ist kein öffentlicher Raum, sondern ein Privatgrundstück mit AGBs“, so Katharina Nocun.

Auch aus dem Publikum kam die Aufforderung, die eigene Rolle mehr zu reflektieren: Donald Trump betriebe auf seine Weise „brillantes Agenda Setting“, aber „wie distanzieren wir uns vom reinen Populismus, ohne möglichst einfach und emotional zu diskutieren?“. Eine zweite Wortmeldung aus dem Publikum schloss an: Mit der Kampagne gegen TTIP seien unfassbar viele Menschen erreicht und vernetzt worden. Dieses Potenzial müssten wir weiter progressiv nutzen, dabei aber aufpassen, dass wir mehr mit Expertise als mit Emotionen arbeiten. Maritta Strasser fügt hinzu: Es gehe darum, gemeinsam politischen Wandel in die Wege zu leiten. Nicht nur NGOs seien die Antwort, auch beispielsweise Parteien oder Gewerkschaften seien hier gefragt. Darauf reagierte Michael Schroeren noch einmal mit dem Hinweis, dass gerade Wahlkampf sei und wir doch versuchen sollten, unsere Themen in den Koalitionsverträgen zu verankern. Wenn wichtige Themen von Parteien nicht mehr aufgegriffen würden, dann müssten NGOs dies erst recht tun.

## Eine Lanze für die Glaubwürdigkeit brechen

Als Jürgen Maier am Ende der Diskussion zu einem Abschlussplädoyer der PodiumsteilnehmerInnen aufrief, meldete sich noch einmal Yvonne Weber vom BUND zu Wort. Im Hinblick auf die diskutierten Themen sei eine faktenbasierte Argumentation unsererseits zentral – und zwar in einfacher Sprache. Trump habe durch seine Sprache Menschen angesprochen,

die vorher von normaler Politik in ihrer Lebenswirklichkeit nicht erreicht wurden. Als VertreterInnen und Sprachrohr der BürgerInnen sei es unsere Aufgabe, alle mitzunehmen und vertrauensvolle, qualitativ hochwertige Informationen leicht verständlich aufzubereiten.



Marijana Todorovic

Die Autorin arbeitet in der Geschäftsstelle des Forum Umwelt und Entwicklung.

Vor dem öffentlichen Teil des Jahresplenums kamen die Mitgliedsorganisationen des Forum Umwelt und Entwicklung zusammen, um den Geschäftsbericht des letzten Jahres zu besprechen, sowie den neuen Leitungskreis für die kommenden 2 Jahre zu wählen. Ohne Gegenstimmen wurden folgende 7 Personen in den Leitungskreis des Forums gewählt: Roman Herre (FIAN), Sven Hilbig (Brot für die Welt), Arndt von Massenbach (INKOTA), Ernst-Christoph Stolper (BUND), Thomas Tennhardt (NABU), Berit Thomsen (AbL) und Karen Thormeyer (Grüne Liga). Sebastian Schönauer übernimmt erneut den 8. Sitz als Vertreter des Deutschen Naturschutzrings. Das Team des FUE gratuliert ganz herzlich zur Wahl und freut sich auf eine weiterhin sehr gute und produktive Zusammenarbeit.

Weitere Informationen zur Struktur und Arbeitsweise des FUE finden Sie auf [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

# PUBLIKATIONEN DES FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG



## VON NAFTA ZU CETA KONZERNLOBBYISMUS DURCH DIE HINTERTÜR

Kanada und die Europäische Union haben ein eigenständiges Kapitel zur regulatorischen Kooperation im CETA-Handelsabkommen aufgenommen. Die Studie analysiert Bedeutung und Folgen der regulatorischen Kooperation im Rahmen von NAFTA am Beispiel von Regeln zu giftigen Chemikalien und Pestiziden in Kanada. Dazu wurden Regierungsdokumente, Positionspapiere der Industrie, wissenschaftliche Studien und ausgewählte Presseartikel ausgewertet und ExpertInneninterviews geführt. Die Auswertung dokumentiert, wie Kanada die regulatorische Kooperation wiederholt als Vorwand benutzt hat, um strengere Regeln beim Umwelt- oder Verbraucherschutz zu verhindern oder zu verwässern.



## ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT WELTWEIT IN GEFahr FÜR GERECHTE ENTWICKLUNG, UMWELTSCHUTZ, DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND FREIHEIT

Dass sich Initiativen, Vereine, soziale Bewegungen, Basisorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen für andere engagieren und in politische Prozesse einbringen können, ist eine wichtige Voraussetzung für gerechte Entwicklung, Umweltschutz, Demokratie und den Schutz der Menschenrechte. Das Diskussionspapier beklagt den weltweiten Trend von zunehmenden Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Handlungsraums. Es gibt klare Forderungen an die Politik, die aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen dringend umgesetzt werden müssen, um die Demokratie, Menschenrechte und eine unabhängige Zivilgesellschaft zu verteidigen.

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt und Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage [www.forumue.de](http://www.forumue.de).

Bestellungen online oder postalisch an: Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)



## MENSCHENRECHTE ALS UNEINGELÖSTES VERSPRECHEN NACHHALTIGKEIT, ARBEITS- UND SOZIALSTANDARDS IN EU-HANDELSABKOMMEN

Brot für die Welt, das Forum Umwelt und Entwicklung, Unternehmensgrün und ver.di kritisieren in einer gemeinsamen Studie die fehlende Berücksichtigung von Menschenrechten in der EU-Handelspolitik. Die EU habe es versäumt, dringend notwendige Reformen vorzunehmen, die eine menschenrechtsbasierte und sozial-ökologisch nachhaltige Handelspolitik gewährleisten. Zentrales Thema der Studie ist u. a. die Frage, inwieweit Instrumente wie die Menschenrechtsklausel und die Nachhaltigkeitskapitel die mit ihnen geweckten Erwartungen erfüllen können. Es gibt eine Analyse der Ausgestaltung, der Reichweite und der Effizienz diese Ansätze.

179

3,80 EURO • MÄRZ 2017

**südklink**

DAS NORD-SÜD-MAGAZIN VON INKOTA

## Kampagnen

**In Bewegung für eine andere Welt**

Es schreiben unter anderem Jürgen Maier, Marc Amann, Judith Orland, Olaf Bernau, Farhat Fatima und Lucy Garrido

Außerdem: Charlotte Wiedemann:  
Der gerechte Islam / Perspektiven des israelisch-palästinensischen Konflikts / Der radikale Luther

REINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

STOP TTIP CETA

Bestellung: [versand@inkota.de](mailto:versand@inkota.de) | [www.suedlink.de](http://www.suedlink.de), Probeabo: 2 Ausgaben, 6 Euro

Foto: Jakob Huber / compact (CC BY-NC 2.0)

**KONFERENZ**

# Globalisierung in der Sackgasse - Visionen für den Neustart

**2. MAI 2017**

Hotel Aquino - Tagungszentrum Katholische Akademie,  
Hannoversche Str. 5B, 10115 Berlin

**Brot**  
für die Welt



**MISEREOR**  
DIE HILFSWERK

**GREENPEACE**



Anmeldung bis zum 24. April 2017 unter:  
[veranstaltungen.dgb.de/glob](http://veranstaltungen.dgb.de/glob)